

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 13. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Mandatshandel in Württemberg.

Aus Württemberg wird uns geschrieben:

Durch die Bekanntheit des zwischen der württembergischen Volkspartei, die jetzt bekanntlich ein Bestandteil der geeinigten Fortschrittlichen Volkspartei ist, und den Nationalliberalen getroffenen Abkommens wird schon jetzt die Aufmerksamkeit auf den Wahlkampf in Württemberg gelenkt, von dessen Entscheidung uns noch fast 4 Monate trennen. Dieses Abkommen ist ein Dokument der Schwäche des Liberalismus. Sowohl der Linksal als der Rechtsliberalismus ist durch eine Politik, die auf die Bezeichnung „liberal“ keinen Anspruch erheben kann, so tief im Vertrauen des Volkes gesunken, daß keine von beiden Parteien auch nur den Versuch machen kann, selbständig in den Wahlkampf einzutreten. Auch die Hoffnung, mit „vereinigten Kräften“ die bisherigen Positionen verteidigen zu können, wird wohl schlagen. Der Vertrauensschwund zweier politischer Parteien wird dadurch, daß man ihn zusammenwirft, nicht kleiner, sondern größer. Und so kann denn schon jetzt vorausgesetzt werden, daß trotz des Wahlabkommens die Volkspartei von ihren jetzigen 18 Bezirksmandaten keine 3, die Nationalliberalen von ihren 10 Bezirksmandaten kein einziges im ersten Wahlgang behaupten wird. Es müßte denn sein, daß die konservativen Bauernbündler in dem einen oder anderen Bezirk den Nationalliberalen gleich im ersten Wahlgang Hilfe leisten, um sich ein freundliches Verhältnis für den zweiten Wahlgang zu sichern.

In manchen Kommentaren zu diesem Wahlvertrag, so in der „Köln. Zig.“, wird der Freude darüber Ausdruck gegeben, daß es auf diesem Wege gelungen sei, der Volkspartei „einen Megele nach links vorzuschieben“, andererseits wird in volksparteilichen Protokollblättern, die begreiflicherweise wenig auftrieden sind über die Abmachungen, bedauert, daß die Volkspartei nicht mit der Sozialdemokratie Hand in Hand in den Wahlkampf gezogen sei, was weiten Wählerkreisen viel lieber gewesen wäre. Dazu sei bemerkt, daß sowohl von der Sozialdemokratie wie von der Volkspartei nicht der leiseste Versuch gemacht worden ist, ein Abkommen zwischen diesen beiden Parteien zu treffen. Der Öffentlichkeit war von unserer württembergischen Parteileitung nicht der geringste Zweifel darüber gelassen worden, daß die Sozialdemokratie völlig selbständig in den Kampf einzutreten und in allen Wahlkreisen durch eigene Kandidaten Anhänger für ihre Sache zu werben bestrebt sein werde. Das neue württembergische Wahlverfahren bietet nicht die geringste Veranlassung zur Freigabe der Selbstständigkeit, denn es läßt nicht wie in Bayern die relative Mehrheit schon im ersten Wahlgang gelten, sondern gibt den Parteien, falls im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit erlangt, für den zweiten Wahlgang wieder vollste Freiheit. Es können also alle Kandidaten aus dem ersten Wahlgang wieder präsentiert werden und weitere dazu, die Kandidaten können zurückgezogen und durch andere ersetzt, kurz es können ganz neue Vorbereitungen getroffen werden. Im zweiten Wahlgang ist sodann die einfache Mehrheit entscheidend.

Auch die in der schwarz-blauen Presse verbreiteten Märchen von dem in Vorbereitung begriffenen Großblock können leicht abgetan werden durch Feststellung der einfachen Tatsache, daß sich das liberale Wahlabkommen ja vorwiegend gegen die „gefährlicher denn je emporstrebende Sozialdemokratie“ (so heißt es im offiziellen nationalliberalen Begleittext) richtet. In Württemberg ist für einen Großblock kein Boden vorhanden. Weder bei den Nationalliberalen, noch bei der Sozialdemokratie besteht irgendwelche Neigung zu einer dauernden Arbeitsgemeinschaft, für die es bei dem gegebenen Stärkeverhältnis der Parteien auch an jedem Anlaß fehlen würde.

Neben der schwächlich-liberalen Politik der beiden „liberalen“ Parteien hat die starke Entwidlung der Sozialdemokratie die Bedenken herbeigeführt, die jene Parteien veranlaßte, nach Hilfe Ausschau zu halten. Das Zentrum, das sein geographisch scharf abgegrenztes Gebiet beherrscht, in den anderen Landesteilen aber nicht oder meist nur mit unbedeutenden Stimmengahlen in Betracht kommt, hatte schon aus diesem Grunde von vornherein auszuscheiden. Mit dem konservativen Bunde der Landwirte, der durch eine gerissene Demagogie die demokratisch empfindenden Kleinbauern der Volkspartei wegangelte, steht diese in einem so wenig günstigen Verhältnis, daß auch ein Bündnis zwischen diesen beiden Parteien ausgeschlossen war. Es kam also nur noch die nationalliberale Partei in Betracht, die in Württemberg zwischen dem Jung- und dem Altliberalismus hin- und herpendelt. Die nationalliberalen Führer hatten bald nach den Reichstagswahlen offen ausgesprochen, daß sie bei den Landtagswahlen sich mit der Liebe der Volkspartei nicht begnügen, sondern sich auch bei den Bündlern profilieren wollten. Durch die von der volksparteilichen Presse, und besonders von Herrn Payer in einer Rede darauf gegebene Antwort wurde der Schein erweckt, als würde den Nationalliberalen die „reine Scheidung“ gegenüber der Rechten zur strikten Bedingung gemacht. So forsch sind nun aber die Volksparteiler nicht aufgetreten, sie haben vielmehr den Nationalliberalen der

blüffend weitgehende Zugeständnisse gemacht und dabei doch die „reine Scheidung“ nicht erreicht.

Das ganze Wahlabkommen erweckt den Eindruck, als ob die Nationalliberalen bei jeder an die Volkspartei gerichteten Forderung erklärt hätten: entweder ihr bewilligt, oder wir gehen zum Bauernbund, und darauf haben die Volksparteiler bewilligt. So ist es den Nationalliberalen gelungen, von insgesamt 65 Bezirken, die aufgeteilt wurden, 31 zugewiesen zu bekommen, in denen sie die Kandidaten zu stellen haben, während die Volkspartei 34 Kandidaten aufstellen darf. Dabei ist zu beachten, daß bei der letztmaligen Feststellung des Stärkeverhältnisses der beiden Parteien, nämlich bei der Landesproporzwahl im Jahre 1907 die Volkspartei in den 65 Bezirken mehr als doppelt so viel Stimmen aufbrachte, und daß die Volkspartei zurzeit auch über doppelt soviel Mandate verfügt, wie die Nationalliberalen. In einer Reihe von Bezirken, welche die Volkspartei bei den letzten Wahlen verlor, darf sie keinen Kandidaten aufstellen, und einen jetzt von ihr vertretenen Bezirk (Wesigheim) muß sie den Nationalliberalen schenken. In etwa der Hälfte der mit nationalliberalen Kandidaten zu besetzenden Bezirken ist die volksparteiliche Stimmengahl 6 bis 10 mal so groß als die nationalliberale.

Damit noch nicht genug, muß es sich die Volkspartei auch noch bieten lassen, daß die Nationalliberalen im Bezirk Leonberg statt den volksparteilichen den bündlerischen Kandidaten unterstützen, dem sie bei der Reichstagswahl heimlich ein Versprechen in diesem Sinne gegeben haben, und daß sie in Tübingen-Amt, welcher Bezirk neben Heidenheim und Ludwigsburg-Stadt von dem Abkommen ausgenommen wurde, der Volkspartei einen Gegenkandidaten gegenüberstellen. Und endlich haben sie sich für den zweiten Wahlgang „freie Hand“ ausbedungen, falls ein nach dem Abkommen aufgestellter Kandidat zurückgezogen werde. Die Nationalliberalen werden also Kandidaturen, die den Bündlern un bequem sind, zurückziehen und dafür die bündlerische Unterstützung in anderen Bezirken einhandeln. Es heißt, daß sogar im ersten Wahlgang die Bündler für den Leonberger Viehbesitzer schon Gegenleistung in Wesigheim gewähren werden. Nur in 3 Bezirken haben sich die Nationalliberalen in den Kampf gegen die Rechte drängen lassen, während in 7 bündlerisch vertretenen Bezirken die Volkspartei die Kandidaten zu stellen hat.

Ein Mandatshandel nach allem herkömmlichen Ritus! Die Wähler werden verhandelt wie die Kinder, Prinzipien und Anschauungen sind gleichgültig. Mandate sind das allein Entscheidende. Volksparteilicher Oberschmeißer war der Abgeordnete Haußmann, der sich jetzt von seiner Bezirkspresse sagen lassen muß, das Abkommen habe „etwas Anrüchiges“ an sich. Er habe die ihm übertragene Vollmacht mißbraucht, indem er über den Kopf der Organisation hinweg Wahlkreise an die Nationalliberalen ausgeliefert habe usw. Diese Proteste werden von den Oberkommandeuren der „demokratischen“ Volkspartei unterdrückt. Das Abkommen wird durchgeführt werden. Bereits ziehen sich volksparteiliche Kandidaten, die sich doreilich in solchen Bezirken hatten aufstellen lassen, die nun an die Nationalliberalen verhandelt sind, zurück und geben das Feld frei.

Für unsere Parteigenossen ist diese Lage nicht ungünstig. Das Abkommen erleichtert ihnen den Beweis, daß die ehemals kleinbürgerlich-demokratische Volkspartei nationalliberal, das heißt zur Vertretung der Interessen des Großkapitals geworden ist. Zahlreichen Wählern, die sich seither im volksparteilichen Schlepplau befanden, werden jetzt klar erkennen, wohin die Reise geht. Das Vertrauen dieser Kreise durch eine prinzipiell klare Propaganda zu erwerben, ist Aufgabe der Sozialdemokratie.

## Der Organisationszwang der kapitalistischen Kartelle.

Sehr häufig wird der Organisationszwang ausgedehnt durch die Vorchrift, der Abnehmer dürfe nur bei dem betr. Syndikat kaufen (Exklusiv-Klausel), sofern er Anspruch auf Vorzugsbedingungen haben wolle. Für den Fall, daß bei Unorganisierten (Außenseiter) gekauft wird, tritt eine hohe Konventionalsstrafe, evtl. sogar völlige Lieferungsperre ein. Umgekehrt werden den ausschließlichen Syndikatskunden „Trennrabatte“ verschiedener Art gewährt. Auf diese Weise werden auch an den Organisationsfreiheiten unbeteiligte Dritte indirekt zu einem Druck auf die Außenseiter gebraucht. Das Mittel-deutsche Braunkohlensyndikat bindet seine Kunden bei einer Konventionalsstrafe von 5 M. für je 140 Hektoliter Kohle und 1 Tonne Koks, weder Britteits noch Kappreifeite, noch Braunkohle auhensichtender Werke zu kaufen, zu vertreiben, überhaupt deren Abfall weder mittelbar noch unmittelbar zu fördern.“ Die Vereinigung deutscher Gaswerke verpflichtet ihre weiterverkaufenden Abnehmer, keinen Koks von nichtsyndizierten Gaswerken abzukaufen. Das Rheinisch-Westfälische Zementsyndikat begünstigt die Mitglieder des Bauunternehmerverbandes, die sich zum ausschließlichen Bezug vom Syndikat verpflichten, mit Anrechnung von 10 M. Refaktion pro Wagon. Ähnliche Vorzugsbestimmungen enthalten die Lieferungsverträge des Druckpapier Syndikats, der Konvention photographischer Reproduktionsanstalten, des Verbandes

der Seidenfärbereien zu Arefeld usw. Auf diese Weise arbeitet ein Kartell dem anderen in die Hände; die organisationsunlustigen Fachgenossen werden förmlich in eine Zwangsmühle genommen, bis sie sich, um den fortgesetzten systematischen Geschäftsschädigungen zu entgehen, dem Kartell anschließen.

Zu den gegen die „arbeitswilligen“ Fachgenossen seitens der kapitalistischen Kartelle ausgeübten Zwangsmitteln gehören auch die Ausführervergütungen, die praktisch eine Prämierung der kartellierten Unternehmungen bedeuten. Die 1902 in Düsseldorf eingesezte „Abrechnungsstelle für die Ausfuhr“ war vom Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat, dem Roheisensyndikat, dem Halbzeugverband und dem Trägerverband organisiert. Seit 1908 deckt sich ihre Geschäftsleitung mit der des Stahlwerksverbandes. Die „Abrechnungsstelle“ zahlt grundsätzlich nur syndizierten Werken Ausführervergütungen, kann aber solche auch „für alles bei dem Kohlensyndikat und Stahlwerksverband unmittelbar gekaufte und von diesem bezogene Material gewähren, soweit derselbe zu ausgeführten Erzeugnissen Verwendung gefunden hat, welche zu einem billigeren als den auf dem inländischen Markte herrschenden Preise ans Ausland verkauft worden sind“. Somit prämiieren die großen Kohstoff- und Halbzeugsyndikate die Verອງung des Auslandes mit billigen deutschen Produkten, führen damit das „Schuhgollsthem“ ad absurdum und verfügen darin über ein vorzügliches Organisationszwangsmittel. Wenn auch die Prämienzahlung an nichtsyndizierte Exporteure vorgesehen ist, so läuft sie in der Praxis doch auf eine gegenseitige Unterstützung der syndizierten Kohstoff- und Halbzeugerzeuger und der kartellierten Weiterverarbeiter hinaus. Ein nicht prämiierter Exporteur kann dann eben nur noch mit Verlust in das von seinen Konkurrenten belegte Ausland ausführen.

Außerdem werden die Prämien, denen die jeweils erhöhten Rabatte in ihrer geschäftlichen Wirkung gleichkommen, je nach der „Widerstandsfähigkeit der Abnehmer“ bemessen. Wo es sich nämlich um sehr kapitalkräftige, wenn auch organisationsunlustige Käufer handelt, da werden günstiger Rabatte bewilligt, während die kapitalschwachen, die das Syndikat „gerade unter seinen Willen beugen will“, die härtesten Verkaufsbedingungen gleich Kampfmahregeln diktiert werden. So geschieht von der Spirituszentrale, dem Zuckersyndikat, auch vom Roheisensyndikat. Die Wirkung dieses Organisationszwanges ist, daß den so Vergewaltigten der geschäftliche „Wettbewerb unmöglich“ gemacht wird. Sie müssen sich fügen oder fallieren. Wenn dies nicht anders zu erreichen ist, dann geschieht es durch planmäßige Preisunterbietung. Sie ereignet sich am häufigsten zwecks Ruinierung neuerrichteter Werke oder doch, um diese einem Kartellzwang zu unterwerfen. Ist dies Ziel erreicht, dann werden die vorherigen, oft viel höheren Kartellpreise wieder hergestellt. So dekretierte der Konzern der großen Elektrizitätsgesellschaften den mit der Ausarbeitung der Offerten beauftragten technischen Bureau, die Außenseiter ohne Rücksicht auf die Selbstkosten zu unterbieten.

Wo es sich um entsprechend große Objekte handelt, da zwingt man die Störigen durch Entziehung des Bankkredits in das Syndikat hinein, oder man kauft den betreffenden Außenseiter auf. Für die Ausübung des letztgenannten Zwangsmittels sammeln entweder die Kartellzentralen selbst, wie es beispielsweise beim Zuckersyndikat geschah, oder die einzelnen Syndikatswerke, beispielsweise die Weichblechfabrikanten und die alten Kalitwerke, Kampffonds auf. Typisch für das Vorgehen der Syndikatswerke gegen einen „arbeitswilligen“ starken Außenseiter ist der Fall Stahlwerksverband kontra Phönix geworden. Ohne Phönix hätte der Stahlwerksverband keinen langen Bestand gehabt. Ihre Direktion weigerte sich mit Rücksicht auf die spezielle Situation des Werkes, dem Stahlwerksverband beizutreten. Darauf kauften die mit den koalitionsunlustigen Hüttenwerken verbündeten Großbanken, insbesondere die Disconto-Gesellschaft, das Bankhaus Sol. Oppenheim jun. und der Schaaffhausensche Bankverein unter der Hand soviel Phönixaktien, bis sie die Mehrheit hatten. Gleichzeitig drohte das Kohlensyndikat der Phönix-Gesellschaft mit der Entziehung der Ausführervergütung, und die übrigen Hüttenwerke mit der Sperre des Halbzeugs (Phönix mußte große Mengen Halbzeug zulassen). Nunmehr beschloß die Generalversammlung der Phönix gegen den Rat des Werksdirektors den Beitritt zum Stahlwerksverband. Dem brüchig gewordenen Nordwestdeutschen Zementsyndikat half die Dresdener Bank, indem sie den Außenseiter die Kreditentziehung in Aussicht stellte.

Von einer anderen Art des Zwanges zum Kartellbeitritt, der geschäftlichen und privaten Verschlingung (Verrufs-erklärung) kommt verhältnismäßig wenig zur öffentlichen Kenntnis, weil die Unternehmerkartelle infolge der meist relativ kleinen Zahl der Mitglieder ihre Dispositionen in der Regel streng vertraulich treffen. Sie brauchen nicht, wie die Lohnarbeiter und Angestellten öffentliche Versammlungen abzuhalten; Zirkularschreiben genügen zur Inforrierung der Fachgenossen. Wenn Interessentensammlungen stattfinden, dann sind sie meist vertraulicher Natur, und die nicht selten scharfen persönlichen Auseinandersetzungen gelangen sehr selten zur Kenntnis des breiten Publikums. Bei den Arbeitergewerkschaften liegt das natürliche Bedürfnis vor, sich öffentlich an eine möglichst große Masse Verursachenden zu wenden; darum finden auch die etwaigen Zusammenkünfte zwischen den Organisierten und den Organisationsunlustigen hier unter der Kontrolle der Öffentlichkeit statt. So sind die in Lohnstreit befindlichen Gewerkschaften auf die Kontrolle der „Arbeitswilligen“ durch Streikposten angewiesen, während sich die weit stärkere Überwachung der „arbeitswilligen“ Außenseiter im Unternehmerlager durchaus heimlich, oft nicht einmal dem Heberwachen kenntlich vollzieht. Daß es aber an scharfen Verrufserklärungen, geschäftlicher und gesellschaftlicher Achtung der Organi-

### Die Infiltrations-Gebühr

Beträgt für die schlaggehaltene Kolonisation oder deren Raum 60 Bg., für politische und gewerkschaftliche Vereine und Versammlungs-Anzeigen 30 Bg. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Bg. (guldige Zeitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenangebote und Schlußstellenangeboten das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Tarife für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

fationsunlustigen seitens der kapitalistischen Kartellgenossen — selbst öffentlichen Beschimpfungen, wie die zitierte „Agrarcorrespondenz“ beweist — nicht fehlt, belegt Rejner ebenfalls.

Jedenfalls gehört ein hohes Maß von Ungerechtigkeit, ja Heuchelei dazu, von dem Mangel an sozialpolitischer Einsicht ganz zu schweigen, wenn die kartellierten Unternehmer in einem fort nach „Schutz der Arbeitswilligen gegen den gewerkschaftlichen Terrorismus“ schreiben, wo doch die von den Arbeiterorganisationen wirklich ausgeübt, durchaus gesetzlichen Organisationsmaßnahmen nicht entfernt so drückend wirken können, wie die von den kapitalistischen Kartellen gegen die Arbeiter systematisch angewandten Zwangsmaßnahmen. Wenn irgendwo, dann trifft auf die nach Ausnahmefällen gegen die Arbeiterverbände zurechnenden kapitalistischen Syndikalisten die Warnung zu: Wer im Moshause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juli 1912.

### Ablehnung des badischen Budgets durch die sozialdemokratische Kammerfraktion.

Aus Karlsruhe wird telegraphisch gemeldet:

In der heutigen Nachmittagsitzung der Zweiten Kammer gelangte das Finanzgesetz mit 53 gegen 19 Stimmen zur Annahme. Gegen die Annahme haben alle Sozialdemokraten gestimmt mit der Erklärung, die Regierung habe von Anfang bis zu Ende der Tagung bewiesen, daß sie die Sozialdemokraten nicht als gleichberechtigte Staatsbürger anerkenne. Es entspräche daher dem Gebote der Selbstachtung, das Budget abzulehnen.

### Herr Erzberger als Kriegsheer und Flottentreiber.

Schon während der Marokkokohe im vorigen Jahre machte sich Herr Erzberger durch seine skrupellosen chauvinistischen Treiben höchst unangenehm bemerkbar. Jetzt geht er sein lauberes Handwerk in einer Weise fort, daß jeder journalistische Kult des Panzerplattenkapitals in ihm seinen Reizverehren könnte.

Offenbar geht ihm das deutsche Flottenrüsten, das in der Welt nicht seinesgleichen hat, noch zu langsam. Anders ist wenigstens der alarmierende Hinweis auf Englands gesteigerte Flottenkonzentration im Kanal und in der Nordsee nicht zu verstehen. Herr Erzberger weist die — allbekannte — Verschiebung der Hauptmasse der englischen Flottenmacht nach dem Kanal und der Nordsee zahlenmäßig nach und sagt dann — im roten „Tag“ — wörtlich hinzu:

„Diese Verschiebung der Reserveformationen sagt noch deutlicher, wohin die Absichten Englands gehen. Gegenüber solchen Zahlen sollten endlich die Redensarten über die Verändingung aufhören; denn dieser Rohmen zeigt jedem Deutschen die wirklichen Absichten Englands. Mögen selbst englische Minister sich überbieten in Friedensversicherungen. Der kluge Mann schaut auf die Tat und nimmt danach seine Stellung ein.“

Ob dieser infamen Hege gegen England scheint selbst diesem abgebrühten Zentrumsdemagogen denn doch das Gewissen zu schmerzen, denn er verwahrt sich gleich gegen die allerdings nur zu nahe liegende Gegenbemerkung, daß das deutsche Flottenrüsten ja für die Verschiebung verantwortlich sei. Und die Leute, die sich zu dieser zwingenden Logik bekennen, glaubt er dann durch die Grobheit abtun zu können, daß es „auch solche Käuze im Herrgottsgarten geben“ müsse. Denn — Deutschland habe ja doch „vom Anfang an bis heute betont, daß es nur eine Abwehrflotte“ baue. Es gehört schon Erzbergers Intelligenz und Unerschrockenheit dazu, in demselben Atemzuge Englands Abwehrmaßnahmen als ärgste Bedrohung Deutschlands anzuschwärzen, wo er selbst die Friedensbetuerungen des fabelhaft rüstenden Deutschland als etwas hinstellt, woran zu zweifeln verruchtester Frevler sei. Aber solche frampfigen Clownsstücke ist man ja bei einem Erzberger längst gewöhnt.

So bescheiden sind selbst die Verstandesgaben des Herrn Erzberger nicht, daß er nicht kapieren müßte, daß das fortgesetzte Flottenrüsten für das auch das Zentrum wieder bei der neuesten Flottenvorlage eingetreten ist, zu einem unaufhörlichen Nüftungswettlauf und selbstverständlich auch zur Konzentration der englischen Flottenmacht führen muß. Und wenn Herr Erzberger wenigstens so konsequent wäre, beide Nationen das Recht zum Mißtrauen zuzugestehen. Aber während er es für Deutschland in Anspruch nimmt, unterschiebt er England nach der Methode der frivolen Sepapostel und Panzerplattenagenten die feindseligsten Absichten gegen Deutschland. Das Betrübsten soll also weiter gehen, bis die wahnsinnige Ueberspannung wirklich zur Katastrophe führt, mit der die Leute vom Schlage eines Erzberger ein so frivoles Spiel treiben! Ob den Deutschen denn gar nicht einmal der Gedanke aufdämmert, daß eine solche Katastrophe auch für unsere Kriegstreiber selbst höchst verhängnisvoll werden könnte?!

### Nicht abseiffen, sondern erkämpfen!

In der Redaktion des „Berliner Tageblatt“ liegen drohende Klänge. Statt dagegen zu protestieren, daß Genosse Eisner ein preussisches Wahlbündnis mit dem Fortschritt wegen der politischen Unüberlässigkeit der Fortschrittswähler für aussichtslos erklärt hatte, entfristen sich diese unentwegt liberalen Männer darüber, daß der „Vorwärts“ sich nicht einer politischen Illusion (der „Schwächung“ des blauschwarzen Blocks wegen) zuliebe zu der Taktik beflehen kann, dem Freisinn in einer Reihe von Wahlkreisen die sozialdemokratischen Uerwähler zuzutreiben! Ja mehr noch: trotzdem der „Vorwärts“ erklärte, daß es lediglich vom Freisinn abhängt, ob für die Abgeordnetenwahlen ein Abkommen zwischen Freisinn und Sozialdemokratie zustande komme, daß das „V. Z.“ dem Freisinn, den Kampf „aus eigener Kraft“ zu führen! Es geht nicht über freisinnige Selbstlosigkeit: die sozialdemokratische Unterstützung wollen sich die Herren in Preußen gnädig gefallen lassen, aber über die Gegenleistungen schweigt man sich vornehm aus.

Sollen wir uns gegen die fühlbare Unterstellung, der „Vorwärts“ glaube wohl gar durch die Eroberung von einem Duzend sozialdemokratischer Mandate „die Zunker- und Geldackere brechen“ zu können, im Ernste verwahren? Besten wir doch nicht einmal den Grad von Naivität, uns einzubilden, daß etwa durch die Verstärkung des Fortschritts um ein halbes Duzend Mandate eine reaktionäre Wahlrechtsreform für das Proletariat akzeptabler werden könne. An solche „Wunder“ glauben wir allerdings nicht, vielmehr sind wir der Ansicht, daß das Proletariat sich auf geologische Zeitperioden einrichten, und mit mehr als Engelsgeduld wappnen müßte, wenn es darauf warten wollte, bis es pou à pou durch Pläneformden auf Grund der Zusammensetzung des Reichstagsparlamentes zulieferne ein demokratisches Wahlrecht erhielte! Aus dieser historisch-politischen Betrachtungsweise heraus, die freilich selbst Fortschrittswählern von der intensiveren Couleur des

„Berliner Tageblatt“ unverständlich sein mag, legen wir denn auch weniger Gewicht darauf, ob der Freisinn etliche Mandate mehr oder weniger erobert, als vielmehr darauf, auch die preussischen Abgeordnetenwahlen nach Möglichkeit dazu auszunutzen, die proletarischen Volksmassen zu politischen Kämpfern zu erziehen!

Wenn die „Dresdener Volkszeitung“ unserer Auffassung nicht ohne weiteres zustimmen vermag, sondern vor allen Dingen eine „gründliche Vertiefung in die preussische Wahlstatistik“ empfiehlt, so haben wir gegen diesen Rat natürlich nicht das geringste einzuwenden, höchstens daß auch ein gründliches Mitstudieren der Reichstagswahlstatistik zu empfehlen wäre. Nach dem Boreliegen der Ergebnisse solchen Studiums wollen wir gerne weiter diskutieren.

### Besitzstern zur gefälligen Auswahl.

Reichskanzler und Reichsfinanzsekretär sind, um sich die Gunst des schwarzen Blocks und der Nationalliberalen nicht zu verscherzen, auf einen kuriosen Plan verfallen. Sie wollen dem Reichstag nicht einen bestimmten Besitzsteuervorschlag zur Genehmigung vorlegen und sich für dessen Annahme einsehen, sondern sie gebeten das Prinzip des Warenhandels auf die hohe Reichsfinanzkunst anzuwenden. Sie lassen eine ganze Reihe verschiedener Steuerentwürfe zur Deckung der neuen Heeres- und Marinekosten ausarbeiten, den einen Vorschlag etwas mehr kapitalistisch-liberal, den anderen etwas mehr agrarisch-konservativ, um diese dann den „staats-erhaltenden“ Parteien zur „gefälligen Auswahl“ vorzulegen. Die betreffenden Parteien sollen sich dann aus dem Haufen herausfinden, was ihrer Interessenpolitik entspricht, und falls sie Änderungen wünschen, diese näher bezeichnen.

Eine heftige halbamtliche Korrespondenz berichtet über den schönen Geschäftsplan:

Ein Gesetzentwurf über eine Besitzsteuer wird dem Reichstage, wie wir aus besserer Quelle hören, voraussichtlich erst im März 1913 zugehen. Im Reichstagsrat sind Vorbereitungen für einen solchen Entwurf erst insofern getroffen worden, als eine Denkschrift ausgearbeitet wird, die sich mit dieser Materie eingehend befaßt und die verschiedenen Arten einer Besitzsteuer bespricht, ohne bestimmte Vorschläge für die zukünftige Gesetzgebung zu machen. Diese Denkschrift wird den Bundesstaaten zugehen und wird im Laufe des nächsten Winters eine der Grundlagen bilden für die Verhandlungen zwischen den Finanzministern der Einzelstaaten. Bestimmte Pläne in irgendeiner Richtung sind bisher noch nicht gefaßt und werden erst in Monaten gefaßt werden können, da die neue Besitzsteuer in Art und Höhe des Ertrages von den Einnahmen des Haushaltsplans abhängig gemacht werden soll. Die Verhandlungen über die Steuer werden kaum vor Dezember beginnen und eine endgültige Stellungnahme des Bundesrats ist kaum vor März 1913 zu erwarten, sobald die Vorlage schließlich erst im April dem Reichstag beschickt wird, der eine frühere Vorlegung auch nicht gewünscht hätte.

Bisher haben schon meist die Herren Minister im Reich und in Preußen ihre Stellung zu den Konservativen und ihren Verbündeten so aufgefaßt, wie die eines Handlungskommiss zu seinem Prinzipal; aber vor der Öffentlichkeit haben sie sich wenigstens als selbständige Männer aufgestellt — jetzt lassen sie auch diese Maske fallen und gestehen offen zu: „Wir machen alles, was gewünscht und verlangt wird.“ Solche Offenheit verdient alle Anerkennung; der Kammerlaten soll nicht den Herrn spielen.

### Das bayerische Zentrum und die Lehrer.

Das bayerische Zentrum hat sich mit der Verweigerung der Gehaltsaufbesserung für die Lehrer in eine recht bedenkliche Situation gebracht, rebelliert doch sogar der katholische Lehrerverein, den die Ultramontanen als Gegengewicht gegen die liberalen bayerischen Lehrerverein ins Leben gerufen haben. Für nächsten Sonntagabend ist eine große Protestversammlung der bayerischen Lehrerschaft nach München einberufen. Das Zentrum steht zwar, wie seine Presse berichtet, dieser Kundgebung „mit dem vollsten Gleichmut“ entgegen, das hindert jedoch manche Zentrumsblätter nicht, durch Uelauderverweigerung und mündliche Bearbeitung die Lehrer vom Besuche dieser Versammlung zurückzuhalten.

### Großmäuligkeit.

Das Berliner Wandlerblatt gebietet sich, als ob es gar nicht den Termin der Verhandlung gegen die Genossen Warschadt und Leinert erwarten könnte. Man sollte glauben, die Blamage, die die Wappenstein und ihre Helfershelfer bei der schmachtvollen Affäre seinerzeit davongestogen haben, sollte sie gar nicht so expediat auf neue öffentliche Blamagen machen. Oder rechnen sie so bestimmt auf einen richterlichen Sulturs? Wenn ihnen der Prozeß nur nicht übel bekommt!

Unverküht im höchsten Maße — von Taktlosigkeit sprechen wir bei dem Wandlerblatt absichtlich nicht — aber ist es, daß es sich darüber zu verwundern wagt, daß sich Genosse Warschadt auf dringlichste ärztliche Rathung schleunigst einer Kur unterzogen hat. Ja, haben denn nach Ansicht der „Deutschen Tageszeitung“ nur Gentlemen vom Schlage des Philo Eulenburg das Recht, aus Gesundheitsrückichten die Vertagung eines prozessualen Verfahrens zu verlangen? Zudem mag sich das Dextel-Blatt getrüben: Früher wie die Eulenburg-Affäre wird die Affäre Warschadt schon zur Verhandlung kommen. Und sicherlich nicht zur Begünstigung der Scharfmacher und Aufputscher des Herrn v. Erffa!

### Der Säugling im Gefängnis.

Den Ruhm, Säuglinge ins Gefängnis gebracht zu haben, teilt mit der Justiz des Ruhrgebiets das heilige Köln. In einem Schöffengerichtssaal sah dieser Tage eine Frau mit einem dreizehn Monate alten Kinde, mit dem sie schon zwei Wochen im Gefängnis zugebracht hatte. Sie war angeklagt, die Kölner Armenverwaltung und den katholischen Elisabetherverein, den letzteren um 6 M., die erstere in vier Fällen um je 3.11 M. „beschuldigt“ zu haben. Um Brot und eine Strohvorderlage für sich und ihren Säugling zu bekommen, hatte sie einen falschen Namen und Familienstand angegeben. Das Gericht sprach sie frei, da die Zeugen erklärten, daß die Frau die Beträge bei wahrheitsgemähen Angaben auch bekommen hätte. Welche der „Wohlfahrtsvereine“ hat es auf dem Gewissen, die arme Frau von ihren drei anderen Kindern gerissen und sie mit dem Säugling ins Gefängnis gebracht zu haben? Glaubte man an — Flußverdacht bei der Mutter von vier Kindern?

### Das bayerische Zentrum als Sachwalter des Kapitals.

Die Abgeordnetenkammer verhandelte am Freitag über den Ausbau der Wasserkräfte, die Elektrifizierung der Bahnen und die Verbesserung des Landes mit Elektrizität. Die heutige Regierung verschleppt den bereits 1910 vom Landtag beschlossenen Ausbau des Waldensees und läßt so den Elektricitätsruß immer mehr in Bayern eindringen. Im Reichsthat hat man die Regierung aufgefordert, das ganze Projekt aufzugeben, und die Regierung hat auf diese Angriffe Erklärungen abgegeben, die nicht anders aufzufassen sind, als daß sie zwar die Pläne grundsätzlich festhält, ihre Ausführung aber vorläufig zu verhinbern gedenkt. Auch am Freitag kündigte der Minister des Innern langwierige Erwägungen an. Entschieden forderte der liberale Abgeordnete Hübsch, endlich

mit dem staatlichen Ausbau zu beginnen. Er regte an, den staatlichen Betrieben Aufsichtsräte beizugeben, in denen auch Abgeordnete vertreten seien. Herr Oser, der Sprecher des Zentrums, riet dagegen der Regierung, sich nicht zu überstürzen.

Die Anlust der heutigen Regierung und des Zentrums, eines der wichtigsten Kulturwerke in Angriff zu nehmen, wurde vom Genossen Adolf Müller scharf kritisiert. Er erinnerte an die Elektrifizierung, die noch der zwei Jahren für das Werk herrschte. Heute vertrete die Partei rein privatkapitalistische Interessen. Vom agitatorischen Standpunkt könne unsere Partei mit der Verschleuderung der Wasserkräfte zufrieden sein. Wir haben aber noch stets den grundsätzlichen Standpunkt vertreten, daß die Wasserkräfte durch den Staat ausgebeutet werden sollen. Das Land müsse unbedingt Klarheit über die Verhältnisse haben, ob tatsächlich der Vorwurf gegen den früheren Verkehrsminister berechtigt ist, daß er leichtfertig oder absichtlich Arbeiten verhinbert oder vernachlässigt hätte, die jetzt neu gemacht werden müssen. Sei der Vorwurf berechtigt, so ergäbe sich die Notwendigkeit, nachträglich dem früheren Verkehrsminister den Prozeß zu machen; sei er nicht berechtigt, dann müsse er hervortreten und Stellung nehmen gegen die unkontrollierbaren Angriffe, die aus dem Dunkel gegen ihn erfolgt sind. Im Reichsthat, so fährt Müller fort, habe das Privatinteresse an der Ergatterung billiger Wasserkräfte einen Kampf gegen die staatlichen Pläne geführt.

Wegen des Ausdrucks „Kammer der Aufsichtsräte“ wird der Redner vom Vizepräsidenten Frank gerügt, der es auch für unzulässig erklärt, ein Mitglied des Reichsrats als Interessenten zu bezeichnen.

Genosse Müller wendet sich gegen die Unterbrechungen des Vizepräsidenten: „Sie können mir ja das Wort entziehen, wenn Ihnen meine durchaus sachlichen Ausführungen nicht passen.“ Redner schilderte dann die Ausbreitung des Elektrizitätskapitals, gegen die es nur eine einzige Rettung gäbe, den staatlichen Ausbau der Wasserkräfte. Was man jetzt gegen die Elektrifizierung der Bahn sage, ähnele dem, was man einst gegen den Bau von Eisenbahnen gesagt habe. Wenn die Presse sich gegen das Elektrizitätskapital wende, so aus dem einfachen Grunde, weil bis in hohe Kreise die Interessenten des Elektrizitäts tätig sind.

Zum Schluß verliest der Redner die Ausführungen des Ministerpräsidenten, die er als Professor in einem Buche niedergelegt hat, gegen die Macht des Kapitals, der gegenüber es Pflicht des Staates sei, Unternehmungen, welche ihrer Natur nach dem Interesse aller dienen sollen, selbst zur Ausführung zu bringen, statt sie privaten Gesellschaften zu ihren eigenen Vorteilen zu überlassen.

Der Verkehrsminister v. Seidel ein antwortet, daß die Regierung an ihren Plänen festhalte, aber die Verhältnisse hätten sich geändert, die Dürre des vorigen Sommers hätte die Berechnungen umgekehrt; jetzt brauche man noch zwei Jahre, um den Plan neu auszuarbeiten. Der Minister v. Soden beklagte sich, daß man seine Begeisterung für das Unternehmen bezweifle.

Der Zentrumsabgeordnete Steininger stellt sich zu dieser Frage auf die Seite der Linken und protestierte energisch gegen die verdächtige Verschiebungspolitik. In einer persönlichen Bemerkung stellte Genosse Auer fest, daß Minister v. Soden eine von ihm im Ausschuss getane Aeußerung gefälscht habe.

### Der Polizeikampf um die roten Kranzschleifen.

In Preßlau dauert ununterbrochen an. Ein besonders krasser Fall „an diese Woche“ vor Gericht zum Austrag. Die Polizei attackierte den Leichenzug der alten Genossin Weined, der sich nur von der Leichenhalle des Friedhofes bis zum Grabe bewegte, um sich mit Gewalt der Kränze oder der Schleifen zu bemächtigen. Als die Polizei die Kränze wegnah, trat der Sohn der Verstorbenen dem Wachmeister entgegen, wehrte ihn ab und rief: „Der Kranz gehört meiner toten Mutter!“ Der Wachmeister rief trotzdem die Schleife ab, und der Sohn erhielt eine Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Selbst der Staatsanwalt sah in Anbetracht der der Sachlage den Fall „milde“ an und beantragte „nur“ 10 Mark Geldstrafe.

Das Gericht gab sich mit 5 Mark zufrieden, da das Vorgehen der Polizei auf den Friedhöfen geeignet gewesen sei, „böse Blut“ zu machen.

### Vom heftigen Landtage.

Endlich ist die Beratung der heftigen Befolgungsvorlage beendet. Sie hat zu guter Letzt noch zu einer ganz unwürdigen Demütigung der Zweiten Kammer durch die Herrenkammer geführt. Diese verurteilte die von der Zweiten Kammer beschlossene Befolgungsverbesserung um 1/10 und wollte den Lehrern nur 11 Proz. statt 15 Proz. Aufbesserung geben, wie die Zweite Kammer beschlossene hatte. Die Zweite Kammer nahm geborlich die Verschlechterung für die Beamten an, beschloß aber, den Lehrern wenigstens 13 1/2 Proz. Aufbesserung zu geben. Die Erste Kammer, die Donnerstag fortwährend neben der Zweiten tagte, blieb jedoch fest, bis sie die Mehrheit der Zweiten Kammer müde hatte. Nationalliberale, Zentrum und Wandler fielen nach wiederholter Beratung um, nur die Sozialdemokraten blieben fest.

Darauf wurde die tapirere Zweite Kammer bis zum Herbst vertagt.

### Ein neuer Chef des Generalstabes?

Nach Mitteilung der „Köpl. Rundschau“ soll noch in diesem Jahr ein Wechsel in der Person des Chefs des Großen Generalstabes erfolgen. Ein in militärischen Kreisen umlaufendes Gerücht will wissen, daß der gegenwärtige Chef des Generalstabes General der Infanterie und Generaladjutant v. Wolke im Herbst dieses Jahres aus seiner Stellung scheidet und durch den Rangältesten Oberquartiermeister v. Windheim ersetzt werden wird.

### Frankreich.

#### Wie eine sozialistische Gemeinde das Nationalfest feiert.

Paris, 10. Juli. (Fig. Ver.) Der Tag des Bastillesturmes ist bekanntlich in Frankreich als Nationalfest zu einer banalen Umgebung des Altimim-Patriotismus geworden, mit offiziellem Zeremonieel, militärischem Spektakel und einträglicher Tanzmusik bei den Weinwirten. Der neugewählte sozialistische Gemeinderat von Treit hat gleichwohl beschlossen, den 14. Juli gleich seinen Vorgängern zu feiern, aber in einem bemerkenswerten Manifest an die Bevölkerung legt er dar, in welchem Sinne er sich an der Feier beteiligt, im besonderen an der militärischen Revue, der er in corpore betommen wird. Die Erklärung lautet:

„Wenn wir uns an dieser militärischen Feierlichkeit beteiligen, sind wir uns bewußt, von dem Gedanken des internationalen Sozialismus nicht das mindeste nachzulassen. Unser Antimilitarismus besteht in Wirklichkeit keineswegs — wie man manchmal wähnt — in Beschimpfungen der Armee, ihrer Führer, ihrer Soldaten und Seeleute. Sie beschimpfen? Wo doch die Armee und die Marine wir selbst sind, unsere Verwandten und Freunde und zu einem großen Teil unsere arbeitende Klasse. Wo doch in der Armee und in der Marine zahlreiche republikanische Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten und Seeleute sind, die den Quälereien, den Verfolgungen der erstarrten Reaktion preisgegeben, sich in ihren legitimen Bestrebungen unserer Partei zuwenden und mit uns die Republik gegen die Versuche eines immer drohender aufstretenden Tzarismus verteidigen würden.“

Der sozialistische Antimilitarismus ist in jedem Falle ein Gefühl höherer Art. Er ist der Protest der Arbeiter gegen das ungeheure Regime des bewaffneten Friedens, das in allen Nationen der Welt die für Werte der Solidarität und des Lebens so nützlich wären. Er ist der Schrei des Hornes und der Schande, den die zivilisierte Menschheit gegen die abscheulichen Schlächtereien erhebt, die uns der Hochmut der Regierenden und die Dabziger der Finanziers aller Länder vorbereiten. Heißt es unsere Brüder und unsere Freunde, die unter den Fahnen stehen, beschimpfen, wenn wir sie vor dem schrecklichen Tode auf dem Schlachtfeld bewahren wollen?

Und unser Internationalismus, weit entfernt davon, die Unterwerfung Frankreichs unter eine fremde Macht zu wollen, bereitet, gemeinsam mit den Sozialisten Deutschlands, Englands usw., das Herauskommen der Vereinigten Staaten Europas vor, wo alle Vaterländer von heute, unter der roten Fahne der Internationalen vereinigt, endlich in voller Sicherheit, jedes seinem eigenen Genie folgend, ihren Traum von sozialer Gerechtigkeit verfolgen können werden.

In keinem Falle sind wir es, bei denen die militärische Zeremonie Anstoß erregen kann, die die Erstürmung der Bastille und die Revolte der französischen Garden, welche an diesem Tage zum aufständischen Volke übergingen, feiern.

Sie kann nur unsere unter den Fahnen stehenden Brüder an ihre Pflicht gegen das Volk, dem sie entstammen, erinnern — für den Fall, daß dieses einst angesichts der Ohnmacht der gesetzlichen Mittel gezwungen sein sollte, sich wie im Jahre 1789 zu erheben, um mehr Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu erringen.

Es lebe die soziale Republik!  
Es lebe die Internationale der Arbeiter!

Die „Humanität“ beglückwünscht die Genossen von Vrest zu ihrer Proklamation. Hervé feiert sie in der „Guerre Sociale“ besonders auch als einen „statanten Bruch mit der alten Metaphysik“, die den Massen die wahre militärische Idee des internationalen Sozialismus verhäßt habe. An die Stelle des alten rein negativen Antimilitarismus, der den Militarismus durch den Angriff von außen zerstreuen wollte, setze das Manifest offiziell die für die kapitalistische Ordnung ganz andere gefährliche Taktik der Eroberung der Armee.

Hervé übertrifft da wie so manchemal. Die Gedankengänge der Proklamation sind nichts Neues, vielmehr geben sie zu einem guten Teil sogar die Ideen der demokratischen Friedensfreunde aus einer Epoche wieder, wo die sozialistische Internationale in ihren allerersten Anfängen war. Manche ihrer Wendungen erinnern auch an die Illusionen des Blodrepublikanismus, zu dessen letzten Vertretern ja Hervé zählt, und es ist einigermassen auffallend, daß die Genossen von Vrest von der geschichtlichen Rolle, die der Armee als Organ der Klassenherrschaft zugefallen ist, schweigen, vielmehr von einer „Eroberung der Armee“ und nicht von ihrer Revolutionisierung durch das wachsende Bewußtsein ihrer proletarischen Elemente sprechen. Aber gerade in ihrer demokratischen Blühigkeit ist die Proklamation ein einbrechender Protest gegen den politischen Verrat des bürgerlichen Republikanismus an seinen alten Idealen von Freiheit, Frieden und Völkerverbrüderung.

## Portugal.

### Die Monarchisten auf dem Rückzuge.

Lissabon, 12. Juli. Die Monarchisten aus Cabeceiras de Basto haben sich in mehreren Gruppen geteilt und werden von den Republikanern verfolgt. Auf ihrer Seite sind viele Leute kampfunfähig gemacht worden, während die Republikaner keine Verluste hatten.

Der Führer der monarchistischen Aufreiter Paiva Couceiro lagert mit 850 bewaffneten Leuten und vier Maschinengewehren auf spanischem Gebiete gegenüber von Pontalagre.

## Amerika.

Ein englisch-amerikanischer Konflikt wegen des Panamakanals. Der englische Geschäftsträger in Washington Mitchell Jones hat dem Staatssekretär des auswärtigen der Union Redd eine Note überreicht, in der England erklärt, daß der Gesegentwurf über die Schifffahrt im Panamakanal eine Verletzung des Hay-Pauncefotevertrages bedeuten würde, wenn die amerikanischen Schiffe den Kanal tatsächlich gebührenfrei passieren dürften, während die Schiffe anderer Nationen Abgaben zahlen müßten. Ferner wird in der englischen Note Einspruch erhoben gegen die Klausel des Gesegentwurfs, daß Schiffe, die sich im Besitz von Eisenbahngesellschaften befinden, von der Benutzung des Panamakanals ausgeschlossen werden sollen. Diese Bestimmung würde die Canadian Pacific-Eisenbahn und auch andere kanadische Eisenbahnen die Schiffe besitzen, schädigen. Die englischen Vorschläge sind dem Senator Brandegee überwiehen worden, der aber dem Staatsdepartement erklärte, daß es unmöglich sei, die parlamentarische Friedigung der Bill aufzuschieben.

## 23. Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Amsterdam, 11. Juli.

Der Antrag Belgien auf Prüfung der Mittel zur eventuellen Organisation eines internationalen Streiks wird von De Jardin-Belgien begründet: Wir halten den Generalstreik nicht für das Allheilmittel; er kann für das Proletariat ebenso gefährlich sein, wie für das Kapital. Wir sehen uns aber genötigt, uns nicht auf die bisherige Art des Einwirkens auf die Gesetzgebung zu beschränken. Die Generalstreikfrage hat im Proletariat große Fortschritte gemacht, so zur Zeit des großen britischen Streiks. Gestatten wir uns nicht mit der Generalstreikfrage, so werden vielleicht andere Kreise würde Solidaritätsstreiks inszenieren. Der Anfang 1912 war ein selten günstiger Zeitpunkt für einen internationalen Streik. Wir sollten vielleicht daran denken, nationale Bewegungen in den einzelnen Ländern gleichzeitig einsetzen zu lassen, um den Druck auf das Kapital und die Ausschüßten ihres Erfolges zu vergrößern. Jedenfalls handelt es sich um eine äußerst schwierige Frage.

Quintin-Frankreich begründet folgenden Antrag: Wenn ein Generalstreik in einem Lande ausbricht, sollten die Bergarbeiterverbände der benachbarten Länder die Förderung durch eine entschlossene Arbeitseinstellung einschränken. Es handelt sich zunächst darum, die Mittel zur Betätigung der internationalen Solidarität zu studieren. Sicher wären manche nationalen Kämpfe viel erfolgreicher gewesen, wenn sie durch internationale Streiks wären unterstützt worden. Es ist hier von der Verbindung eines Weltkrieges durch uns gesprochen worden. Wenn wir diesen Ehrgeiz haben, müssen wir aber erst die Möglichkeit des internationalen Streiks studieren. Dann würde schon die Drohung mit ihm den Ausbruch des Krieges verhindern. Also, die Beratung dieses Problems ist unerlässlich. Eine Erklärung Hollands, die wegen zu später Einreichung nicht mehr als Antrag behandelt werden kann, besagt, daß diese Frage nicht zu diskutieren sei, weil benachbarte in allen Ländern unsere Verbände noch nicht imstande sind, nationale Generalstreiks durchzuführen. So lange dies der Fall ist, können wir der Reso-

lution nicht zustimmen. Die Frage wäre auch nicht allgemein zu regeln, sondern nur von Fall zu Fall. Endlich gehört dieses Problem wohl in eine vertrauliche Komiteefassung, aber nicht vor die Öffentlichkeit. Wir beraten doch sogar jeden Einzelfall vorher vertraulich, nicht aber vor unseren Gegnern. Deshalb meinen wir, daß diese Frage von der Tagesordnung abgesetzt werden sollte. (Beifall.)

Calabaert-Belgien: Das Komitee sollte diese Sache gemeinsam mit der Regelung der Förderung beraten.

Duc-Essen: Wir verwerfen selbstverständlich den Generalstreik, soweit er nach individualistisch-anarchistischer Auffassung des Allheilmittel sein soll. Wir erkennen den Streik nur als ein Mittel an, das nur im äußersten Fall angewendet werden darf, entweder, wenn alle Verhandlungen gescheitert sind, wie in diesem Jahre in England, oder wenn die Unternehmer alle Verhandlungen ablehnen, wie in Deutschland 1912. Selbstverständlich üben wir internationale Solidarität, darüber brauchen wir gar nicht mehr zu diskutieren. Darum gehörten diese Anträge gar nicht mehr auf die Tagesordnung. Sie konnten von vornherein dem Internationalen Komitee überwiehen werden. Wenn wir diskutieren wollen, ob, wann, in welchem Umfang und zu welchem Zweck ein internationaler Streik auszuführen werden soll, so tun wir das nicht hier auf dem öffentlichen Kongreß, sondern wir beraten diese außerordentlich wichtige taktische Frage genau so vertraulich, wie das die Unternehmer machen und wie es die Engländer voriges Jahr ebenso in Southport gemacht haben. Ich möchte dringend bitten, solche Anträge künftig nicht erst auf die Tagesordnung zu setzen, sondern von vornherein dem Internationalen Komitee zu überwiehen. (Lebhafte Beifall bei den Deutschen und Engländern.)

Internationaler Sekretär Ashton beantragt, die Anträge nur dem Internationalen Komitee zur Aufstellung eines Planes und Berichterstattung an den Kongreß 1918 zu überwiehen, da die weitere Debatte wenig Zweck zu haben scheint. — Sprecher-England wünscht die Worte „Plan aufstellen“ zu streichen, da diese so gedeutet werden könnten, als hätte sich der Kongreß bereits für den internationalen Streik ausgesprochen. (Zustimmung.) — Ashton ist mit dieser Forderung einverstanden. — Dejardin-Belgien erklärt noch, daß die belgische Delegation nur das Studium der Frage des internationalen Streiks verlange. — Der Antrag Ashton wird einstimmig angenommen, und zwar in der geänderten Form.

## Wohnungsverhältnisse und Ermittlungen.

Dillmore-Großbritannien begründet unter Darlegung der elenden Wohnverhältnisse in den Kohlenrevieren folgende Resolution:

„Der Kongreß drückt seine Entrüstung aus, unter denen die Bergarbeiter in diesen Kohlenrevieren wegen der elenden für sie bestimmten Wohnungen leben und fordert die verschiedenen Regierungen auf, eine Gesetzgebung zu veranlassen, die die gegenwärtigen Zustände unmöglich machen würde, weiter verlangt der Kongreß Gesetze, die die Ermittlung von Arbeiterfamilien während eines wirtschaftlichen Kampfes verhindern.“

Winstone-England berweist namentlich auf die hohe Mindersterblichkeit infolge des Wohnungsfehlers. — Sachse: Die Deutschen werden hierzu nicht sprechen, weil sie mit der Resolution vollkommen einverstanden sind und weil in Deutschland die ganze Arbeiterbewegung längst in diesem Sinne wirkt. — Cadot-Frankreich schildert die in Deutschland allgemein bekannte Verklammerung der Arbeiter durch Werkwohnungen; die Ausgaben dafür sind keine Philantropie, sondern kalt berechnender Egoismus der Unternehmer. — Lombard-Belgien schließt sich an und bepricht gewisse belgische Bestimmungen, Werkwohnungen unter einer von Unternehmern und Arbeitern unabhängigen Verwaltung zu schaffen. — Laah-Amerika: In Amerika werden die Arbeiterhäuser gar nur aus Holz gebaut; sie gehören meist den Fischen, die die Ermittlung als terroristisches Mittel gegen die Agitation benutzen. — Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Darauf verlegt sich der Kongreß auf Freitag.

## Soziales.

35 bis 40 Prozent erwerbsfähig und daher nicht invalid.

Der 60 Jahre alte Arbeiter F. aus G. wurde mit seinem Antrag, ihm die Invalidenrente zu bewilligen, von der Landesversicherungsanstalt Kammern abgewiesen, weil er noch nicht als invalid im Sinne des Gesetzes zu erachten sei. Der Arzt Dr. F. hat in seinem ersten Gutachten den F. für 30 Proz. und im zweiten Gutachten um 35 bis 40 Proz. für erwerbsfähig erklärt. Die gegen den ablehnenden Bescheid beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Regierungsbezirk Steinf., eingeleitete Berufung wurde zurückgewiesen, weil der Schiedsgerichtsamt zu dem Ergebnis kam, daß F. nicht mehr 35 bis 40, sondern 50 Proz. erwerbsfähig sei. Des weiteren wurde für festgestellt erachtet, daß F. tatsächlich noch 1,50 M. pro Tag in der Landwirtschaft verdient hat. Nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes und auch der jetzigen Reichsversicherungsordnung ist aber nur derjenige Versicherte invalid, der nicht mehr imstande ist, ein Drittel = 33% dessen zu verdienen, was Arbeiter mit der gleichen Ausbildung am gleichen Orte zu verdienen pflegen.

Bekannt ist, daß die Herren Kertze die Schätzung auf Grund des Körperlichen Befundes des Untersuchten vornehmen. Unmöglich erscheint es uns jedoch bei dieser Schätzung, genau um 1% bis 5 Proz. die Differenzierung vorzunehmen. Derjenige Arbeiter, der, wie im vorliegenden Falle, nach ärztlichem Ermessen noch um 35 Proz., also nur um 1% Proz. höher als das Gesetz es vorschreibt, als erwerbsfähig angesehen wird, ist tatsächlich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erwerbsfähig, er wird nirgends Arbeit finden. F. hat auch tatsächlich die im Schiedsgerichtsamt angezogenen 1,50 M. pro Tag mehr aus Mitleid, denn auf Grund seiner Arbeitsfähigkeit erhalten. Von Kertze und von Rechts wegen erklärt man F. jedoch noch nicht für invalid, spricht aber immer noch davon, daß für den Arbeiter bis an sein Lebensende gesorgt sei, daß der Arbeiter an einer gefüllten Kompostschüssel sitze.

## Lehrlingshüterei.

Gestern kam eine Klage des Buchdruckerlehrlings D., vertreten durch seinen Vater, gegen die Verlagsdruckerei „Merkur“, Köpenicker Straße 48/49, vor dem Gewerbeamt zur Verhandlung. Die Verhandlung leuchtete in diesen Betrieb hinein, der hauptsächlich mit Lebelingen arbeitet.

In der Klage wurde die Auflösung des Lehrverhältnisses gefordert, da der Kläger durch den Obermaschinenmeister Freis Hübner, einen Bruder des Inhabers, mißhandelt worden sein will und auch die Ausbildung eine ungenügende sei. Als Beweis für die Mißhandlung wurde ein ärztliches Attest überreicht, welches folgendes zum Ausdruck bringt: „Es finden sich bei der heutigen Untersuchung auf dem Rücken beiderseits in der Höhe der untersten Rippen mehrere größere blau und braunrot angeschwollene Stellen. Die Mitte des linken Unterschenkels ist an der linken Schienbeinkante geschwollen und braunrot verfärbt. Es ist ersichtlich, daß die Verletzungen durch Schlag oder Stoß mit stumpfen Werkzeugen entstanden sind.“ Der Kläger behauptet, die Mißhandlungen seien ihm ohne ersichtlichen Grund zuteil geworden. Er lerne jetzt 2 1/2 Jahre und habe bisher immer nur an Ligeledruckpressen gearbeitet. Nun sollte er an eine große Schnellpresse herantreten, um dort zunächst das Anlegen zu erlernen. Er habe sich auch Mühe gegeben, doch klappte es noch nicht. Der Obermeister H. habe

darauf zu ihm gesagt, er solle aufpassen, sonst kriege er Schläge, daß er blau werde. Als dann doch wieder einige Bogen schief in die Maschine gingen, habe H. den Kläger mit den Fingernägeln ins Fleisch gefaßt, so daß dieser laut aufschrie. Später habe ihn H. auch noch mit der Faust gestochen und ihm am Schienbein verletzt. Zwei Zeuginnen bezeugten nur, daß der Kläger einmal laut aufgeschrien habe, von einer Mißhandlung wollen sie nichts gesehen haben. Auf Befragen gab die eine Zeugin aber zu, daß sie dem Kläger, als er ihr den Vorfall erzählte, geraten habe, dies seinem Vater mitzuteilen. Zwei andere Zeuginnen sollten über die Ausbildung etwas bezeugen. Es waren dies die Maschinenmeister Reil und Hermann Dreher; beide sind erst 18 Jahre alt und haben erst im Frühjahr bei der Vorklasse angelehrt. Sie gaben an, daß außer drei Obermeistern noch 5 Gehilfen und 10 Lehrlinge in den Maschinenjäten tätig sind, vier Gehilfen hätten zu Ostern zu gleicher Zeit angelehrt. Nach ihrer Meinung ist die Ausbildung eine genügende. Eine Gehilfenprüfung, wie sie in Berlin im Buchdruckgewerbe fast allgemein üblich ist, haben diese Zeugen nicht gemacht. Der Zeuge Freis Hübner bestritt die ihm zur Last gelegten Mißhandlungen, er habe ihn nur einmal angepöbel und habe dabei vielleicht ins Fleisch gegriffen, geschlagen oder gestoßen habe er aber nicht. Der Zeuge Obermeister Stemmer meinte, der Junge sei wohl von dem Zeugen H. nicht richtig behandelt worden; er habe den Kläger auch unter sich gehabt, und habe sich derselbe zuerst etwas dumm angestellt, sich aber später geändert und dann zu denjenigen Lehrlingen gehört, welche am besten arbeiteten. Von einer Mißhandlung will auch dieser Zeuge nichts gesehen haben. Nur die Beobachtung habe er gemacht, daß H. den Kläger an der Schulter gepöbel habe.

Die Kammer 8 des Gewerbeamtes unter Vorsitz des Magistratsrats Schultze kam infolge der negativen Aussagen der Zeugen zur Abweisung der Klage. Nach der Aussage der Zeugen sei der Vorkurs der Mißhandlung und der ungenügenden Ausbildung nicht erwiesen. Das Gericht gab aber seiner Ansicht Ausdruck, daß der Zeuge H. kein geeigneter Lehrmeister sei; ihm mangle die Ruhe, und habe er ein zu heftiges Temperament.

Die Abweisung ist zu bedauern. Denn die Beweisaufnahme genügte vollkommen, um die Klage zu rechtfertigen. Der Lehrling ist berechtigt, den Vertrag aufzulösen, wenn der Lehrherr seine gesetzlichen Verpflichtungen in einer die Ausbildung des Lehrlings gefährdenden Weise vernachlässigt oder das Recht der väterlichen Zucht mißbraucht. Nach der Beweisaufnahme war Herr Hübner zur Ausbildung völlig ungeeignet und hat überdies hant ausgeübt noch seiner eigenen Befehle mißhandelt, denn das Anpöbeln an den Schülern oder ins Fleisch greifen ist kein Mittel zur Verbringung der richtigen Art der Bedienung einer Schnellpresse. Ueberdies muß ein so eingerichteter Betrieb als ungeeignet zum Lernen bezeichnet werden.

## Schikandöse Behandlung Angestellter.

Daß sich der Angestellte keine schikandöse Behandlung gefallen zu lassen braucht, sprach die 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts gelegentlich einer dort zur Entscheidung gekommenen Streit Sache aus. In dem betreffenden Fall war eine Lageristin vom Prinzipal etliche Zeit vor Ablauf des Engagementsverhältnisses zur Disposition gestellt worden, und der Chef stellte das Verlangen an die Gehilfin, daß sie alle Tage um acht Uhr morgens sich im Geschäft einfinden sollte. Die Lageristin kam auch diesem Erlauchen in den ersten Tagen nach, wurde aber jedes Mal vom Prinzipal mit dem Bemerkens sofort wieder weggeschickt, sie könne wieder nach Hause gehen. Die Lageristin kam zu der Überzeugung, daß das Verlangen des Prinzipals nicht einem berechtigten Geschäftsinteresse entspreche, sondern nur dem Wunsche, die zur Disposition gestellte vor dem übrigen Personal zu demütigen. Sie blieb deshalb in den folgenden Tagen fort, trotzdem der Chef auf ihr Kommen bestand, und erhielt daraufhin die sofortige Entlassung.

Das Kaufmannsgericht sprach der Lageristin das von ihr geforderte Recht ab. Es gab ihr darin recht, daß sich ein Angestellter einem derartigen Verlangen des Prinzipals nicht zu unterwerfen braucht. Der zur Disposition gestellte müsse sich allerdings jederzeit zur Verfügung des Chefs halten, diese Bestimmung dürfe aber nicht schikandös angewandt werden.

## Ein Achtstundengesetz nach 40 Jahren.

s. k. 1868, als die Arbeiter in Bewegung kamen und eigene Politik zu machen drohten, beschloß der Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika ein Gesetz, das für alle Regierungsarbeiten das Tagewerk auf 8 Stunden bestimmte. Wie gewöhnlich, wußten die Gerichte auch dieses Arbeiterschutzgesetz zunächst zu machen, indem sie erklärten, daß das Gesetz nur für Arbeiter gelte, die von der Regierung unmittelbar, nicht für solche, die durch Unternehmer für die Regierung ausgeführt werden. Die Regierung der Union ließ darauf hin die meisten Arbeiten durch Unternehmer ausführen, so daß nur ein kleiner Teil der Arbeiter in den Genuß der Vorschrift kam. Seitdem forderben die Arbeiter die Ausdehnung des Gesetzes auf Regierungs-Kontraktarbeiten. Da sie damals auf eigene Politik verzichtet hatten, und die „Schwanzpolitik“, das Anklammern an die beiden großen Parteien behufs Aufnahme einiger Arbeiterforderungen in die Parteiplattformen, betrieben, gelang es, die Republikaner, denen dann die Demokraten folgten, zur Aufnahme dieser „Planke“ in ihre Plattform zu bestimmen. So war also Einstimmigkeit für die Forderung vorhanden. Aber keine von beiden Parteien kümmerte sich um ihr Versprechen — bis zum Erwachen einer mächtigen neuen Arbeiterbewegung und dem Vorbestehen neuer Wahlen, bei denen diesmal die Arbeiter ein besonders gewichtiges Wort mitzusprechen sollten. So ist jetzt, nach 40 Jahren, die erweiterte Fassung des Gesetzes vom Kongreß beschloffen und vom Präsidenten unterzeichnet worden. „Glaubt man, daß es auch 4 Jahrzehnte gedauert hätte, ehe eine solch geringfügige Reform durchgesetzt wäre, wenn die amerikanische Arbeiterklasse schon 1872 begonnen hätte, eine selbstständige politische Partei zu bilden“, fragt die „New-Yorker Volkszeitung“, indem sie auf die von Gompers auch diesmal wieder geübte Politik der Vorkämpfer zu den bürgerlichen Parteien verweist.

## Anlösung ausländischer Arbeiter.

Vor dem Gewerbeamt in Köln standen fünf österreichische Weber und eine österreichische Weberin. Sie berichteten, ein Agent der kölnischen Baumwollspinnerei A.-G. habe sie in ihrer Heimat angeworben und ihnen gesagt, die Weber verdienten wöchentlich 22 M., die Weberinnen 17 M.; dabei sei in Köln alles billig. (Köln ist in Wirklichkeit eine der teuersten Städte im Reich.) Sie seien fünf Wochen hier, hätten aber nicht mehr als 12—13 M. wöchentlich im Akkord verdienen können. Die Differenz verlangen sie heraus. Die Männer sagten, die Kinder hätten Hunger, sie könnten ihnen aber nichts geben; wenn sich das nicht ändere, müßten sie mit den Kindern ins Wasser gehen. Die Österreicherin war mit ihren fünf Kindern im Gerichtslokal erschienen. Die Firma hat ihr den letzten Wochenlohn mit 12 M. und 18 Pf. festgehalten, weil sie nicht mehr zur Arbeit gekommen war, nachdem der Polizeikommissar ihr geboten hatte, ihre fünf kleinen Kinder zu beaufsichtigen. Frau und Kinder weinten bitterlich. Die Frau sagte, sie wisse nicht, was sie nun anfangen solle. Ein Bild zum Erbarmen. Unter dem Eindruck dieser Szene versprach der Vertreter der Firma, der Frau die Herausgabe des Lohnes zu erwirken. Den übrigen Klägern konnte das Gericht nicht helfen, da sie noch mehr an Heißgeld und Lohnvorschuß erhalten hätten, als ihre Forderung ausmachte.

Weshalb geht in solchen Fällen die Anklagebehörde gegen den gemissliebigen Agenten und seine Aufstodger nicht wegen Betrugs und Wucher vor.

# Gewerkschaftliches.

## Der Generalstreik in Zürich.

Zürich, 12. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Generalstreik wurde in Zürich heute morgen perfekt. Der Tram-bahnverkehr ruht vollständig, ebenso feiern alle Transportarbeiter. Auch die Gemeindegewerkschaften haben die Arbeit eingestellt.

Man schreibt uns aus Zürich unter dem 11. Juli:

Mit dem gestern telegraphisch gemeldeten Proteststreik der zürcherischen Arbeiterschaft hat es folgende Bewandnis. Seit Wochen streifen die Maler und Schlosser für die Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnerhöhung. Der Kampf sollte eine Nachtprobe werden. Hinter die Meisterverbände im Schlosser- und Malergewerbe stellte sich die Gesamtheit der schweizerischen Unternehmerverbände, besonders aber engagierte sich der Metallindustriellenverband. Die Streikenden waren auf diese Situation gefaßt und trafen die nötigen Maßnahmen. Da der Zugzug der Streikbrecher gering war, versuchten es die Unternehmer mit einer Pression auf die Behörden. Sofort wurde diesen Wünschen nachgegeben. Der Regierungsrat des Kantons Zürich ordnete Massenausweisungen streifender Ausländer an, zwang die städtischen Behörden zur Verstärkung der Polizei. Daneben erfüllten auch die bürgerlichen Gerichte ihre Pflicht und inangurierten eine Greuelpraxis, die aus Ruhrgebiet erinnert, aber alle diese Gewaltmittel konnten den Streik nicht erwürgen und da die Situation eben anders war, als wie sie von Unternehmerseite geschildert wurde, lehnte der zu drei Vierteln aus Bourgeoisvertretern bestehende Kantonsrat eine weitere Verschärfung des vor einigen Jahren geschaffenen Knebelgesetzes ab. Nun spielten die Scharfmacher ihren letzten Trumpf aus. Durch Vermittlung der „feinen“ Firma Ludwig Koch in Hamburg wurde ein Teil der Berufsstreikbrechergarde nach Zürich dirigiert. Es sind jene sauberen Elemente, die durch den Moabiter Skandal als die Helfershelfer des bekannten Friedrich Hinge berüchtigt wurden. Nachgewiesenermaßen gibt es unter dem gegenwärtig in Zürich hausenden Streikbrechergesindel notorische Juchthäuser, die in Deutschland wegen Kupferei, Zuhälterei und schwerer Körperverletzung wiederholt bestraft wurden. Selbstverständlich stieg die Erbitterung nicht nur bei den Streikenden, sondern bei der ganzen Arbeiterschaft ungeheuer. Der letzte Sonnabendabend schlug dem Haß den Boden aus. Ein kleinerer Trupp dieser Streikbrecher begab sich in provokatorischer Weise und mit den ihnen von den Unternehmern zur Verfügung gestellten Revolvern bewaffnet, in verschiedene Wirtschaften des Proletariatsviertels (Auerhahn). Wie ein Lauffeuer ging die Wahrnehmung dieser „Besucher“ durch das Quartier. Eine ungeheure Menschenmenge versammelte sich vor der Wirtschaft, in der sich die Streikbrecher aufhielten. Man zwang die Garde zum Abzug. Plötzlich zog einer davon den Revolver und schoß blindlings in die Menge, dabei einen Arbeiter so niederknallend, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Nun wars genug. Der Revolverheld blieb mit zerfälligen Gliedern liegen. Und als dann noch kurz nach diesem Vorfall bekannt wurde, daß die städtische Behörde das Streikpostenverbot verhängt hatte, ließ die herrschende Erbitterung sich kaum noch meistern. Von den Behörden wurde die Respektierung der Neutralität durch sofortige Zurücknahme des Streikpostenverbots und die Ausweisung des gemeingefährlichen Streikbrechergesindels verlangt. Eine Interpellation im Stadtrat hatte einen negativen Erfolg, bewirkte aber, daß sich die Arbeiterschaft mit dem Gedanken des Generalstreiks vertraut machte. In allen Gewerkschaften wurde die Frage diskutiert und mit Mehrheit die Proklamierung eines vierundzwanzigstündigen Generalstreiks beschlossen.

## Berlin und Umgegend.

### Die Sonntagruhe der Einkassierer und Kassenboten.

Die im Deutschen Transportarbeiterverband organisierten Einkassierer und Kassenboten der Abzahlungs-, Automaten- und Versicherungsgeschäfte kämpfen um ihre Sonntagruhe. Zum mindesten verlangen sie, daß eine Mitte Juni erlassene Verfügung des Polizeipräsidenten über die Sonntagarbeit in dieser Branche von den Unternehmern eingehalten wird. Am Donnerstagabend hielten sie in der Brauerei Pfefferberg eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Ludwig und Schmal vom Deutschen Transportarbeiterverband referierten. Die Redner wiesen ausdrücklich auf das noch vielen Angestellten unbekanntes Rundschreiben der Polizei an die Unternehmer hin. Das Schreiben ist datiert vom 13. Juni und lautet:

„Es ist hier zur Sprache gebracht worden, daß Sie auch des Sonntags Ihre Voten mit dem Einkassieren von Geldern beschäftigen.“

Sobald Sie eine offene Verkaufsstelle haben, dürfen Sie Ihre Einkassierer und Kassenboten nach dem Ortsstatut der Stadt Berlin vom 14. Oktober/3. November 1911 über Einschränkung der Sonntagarbeit in offenen Verkaufsstellen — abgesehen vom ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfesttage, an welchen ihre Beschäftigung überhaupt unterbunden ist — an Sonn- und Festtagen in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September nur von 8 bis 10 Uhr vormittags und in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. April nur von 12 bis 2 Uhr mittags mit dem Einkassieren von Geldern beschäftigen. Haben Sie keine offene Verkaufsstelle, so darf die Beschäftigung der Einkassierer an Sonn- und Festtagen — abgesehen vom ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfesttage — nach dem Ortsstatut der Stadt Berlin vom 30. Dezember 1904, betr. Sonntagruhe im Handelsgewerbe, nur in der Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags erfolgen.

Ich mache Sie hierdurch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie sich strafbar machen, wenn Sie Ihre Einkassierer und Kassenboten an den Sonn- und Festtagen zu anderen als den vorstehend angegebenen Zeiten beschäftigen.

Nach Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe genügt es zur strafbaren Handlung, wenn der Geschäftsinhaber oder sein Vertreter die Beschäftigung zuläßt und nicht hindert.

Viele Unternehmer haben sich nicht daran gehalten und ließen das Einkassieren am Sonntag wie bisher ruhig fortsetzen. Die Abzahlungsstellen stellen sogar Sonntagseinkassierer an, die mit 10 Proz. vom einflussierten Gelde entlohnt werden. Etwa 70 Firmen der Abzahlungsbranche beschäftigen überhaupt keine fest angestellten, sondern nur Sonntagseinkassierer. Von dem einzelnen Kassierer werden Sonntagslöhne von 150, 200 bis 250 M. verlangt, die aber nur mäßig sind, wenn der Kassierer noch Frau und Kinder mitfüttern läßt. In der Kassenmaschinenbranche stellt man keine Sonntagseinkassierer an, aber die Festangestellten bekommen am Freitag oder Sonnabend eine Zweitagestour und müssen am Montag abbrechen, also am Sonntag fleißig arbeiten. Bei den Automaten- und Versicherungsgeschäften sind dienstfreie Sonntage sehr selten. So angenehm nun den Einkassierern das polizeiliche Rundschreiben war, so mühten waren die Unternehmer darüber. In ihrer Versammlung, die sie bald darauf abhielten, sprachen sie von einem „schweren Schlag“, der sie getroffen und den sie abwehren müßten. Da sich aber diese und ungezählt nicht nach der Verfügung richten, hat

die Branchenleitung der Einkassierer und Kassenboten beschlossen, eine Sonntagskontrolle einzurichten und diejenigen Unternehmer zur Anzeige zu bringen, die die Schutzvorschriften für die Sonntagruhe fortgesetzt übertreten. Die Unterstützung der Angeklagten ist für solche Bestrebungen natürlich in erster Linie notwendig.

Nach kurzer Diskussion nahm die Versammlung die folgende Resolution einstimmig an:

„Die in der Brauerei Pfefferberg versammelten Einkassierer der Abzahlungs-, Kassenmaschinen- und Automaten-Geschäfte Groß-Berlins nehmen Kenntnis von der Verfügung des Polizeipräsidenten betr. Verbot des Kassierens an den Sonntagen. Die Versammelten stellen fest, daß diese Verfügung von einem Teil der Unternehmer dieser Branchen nicht beachtet wird und erwarten infolgedessen von der Polizeibehörde, daß dieselbe von jetzt ab jeden Unternehmer zur Verantwortung zieht, der sich über die gesetzlichen Bestimmungen hinwegsetzt. Die Versammelten verpflichten sich, soweit sie noch nicht organisiert sind, Mann für Mann ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, beizutreten, um mit dessen Hilfe die vollständige Sonntagruhe zu erringen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die organisierten Einkassierer rechnen bei ihrem Vorgehen auf die tatkräftige Unterstützung des auf Teilzahlung tausenden Publikums, besonders der Berliner Arbeiterschaft, die aufgefordert wird, von jetzt ab die Kassenzahlungen nur noch an Wochentagen zu leisten.“

Jeder organisierte Einkassierer ist im Besitz einer graugrünen Legitimationskarte. Täuschungsversuche sollte man energisch zurückweisen.“

### Lohnkämpfe im Gastwirtsgewerbe.

Zum Kellnerstreik im Brauerei-Ausschank der Kindl-Brauerei zu Neufölln, Oekonom Herr Hartmann, ist zu berichten, daß die Differenzen beigelegt sind.

Im Ausschank der Genossenschafts-Brauerei Friedrichshagen war am letzten Sonntag auf Veranlassung des Oekonom Büttner eine fliegende Polizeiwache eingerichtet, die eine etwaige „Revolution“ im Keime ersticken sollte. Beim Kellnerverein „Alt-Rölln am Wasser“ bestellte Herr Büttner Ausschankkellner, und zwar verlangte er „extra kräftige Leute“. Sollte da wieder eine Prügelei inszeniert werden?

Der Paradiesgarten in Treptow wurde auch am letzten Sonntag wieder durch mehrere Geschäftsführer und Kriminalbeamte bewacht. Sie wollten verhindern, daß Flugblätter im Garten verteilt wurden. Trotzdem wurde das ganze Lokal aber zweimal innerhalb zwei Stunden belegt. Die Gäste waren in ihrer Mehrzahl auf Seiten der Streikenden, und soweit sie das Lokal nicht verließen, sorgten sie wenigstens dadurch, daß sie nicht verzehrten, dafür, daß Herr Müller am Umsatz merkt, wie man über seinen scharfmacherischen Standpunkt denkt.

Die zwei letzten Betriebe sind für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin I.

### Zur Zigarrenarbeiterbewegung.

Von der Gauleitung des Tabalarbeiterverbandes wird uns mitgeteilt, daß die Zigarrenarbeiter der Firma Karl Kleist in Wusterhausen sowie der Fabrikation in Golsen (Westfalen) in den Streik getreten sind. Die Arbeiter beider Fabriken hatten der Firma eine Lohnforderung von 1 M. pro Rille unterbreitet. Dieselbe ist seitens des Inhabers der Firma brüdel abgelehnt worden. Wenn man bedenkt, daß Herr K. Kleist seinen Arbeitern in Wusterhausen einen Minimallohn von 7 M. pro Rille zahlt, so wird die Ablehnung um so unverständlicher, wenn man dabei in Betracht zieht, daß die bei diesen Arbeiten beschäftigten Tabalarbeiter einen Wochenlohn von ganzen 14 M. erzielen. Ob Herr Kleist und Sohn damit wohl auskommen würden? Schwierig. Da genannte Firma in Berlin und Umgegend einen Teil ihrer Produkte in den Handel bringt, so machen wir die Käufer hierdurch aufmerksam.

Arbeiter, Parteigenossen! Unterstützt die Tabalarbeiter in ihren schweren Kämpfen und fragt beim Einkauf Eurer Zigarren immer nach dem grünen Plakat, unterzeichnet mit Alwin Schulze.

## Deutsches Reich.

### Lohnbewegung der Stettiner Straßenbahner.

Zu den Straßenbahnen, bei welchen die schlechtesten Dienst- und Lohnverhältnisse bestehen, gehört auch die Stettiner Straßenbahngesellschaft. Neben einer ausgedehnten täglichen Dienstzeit von durchschnittlich 10 1/2 Stunden für das Fahrpersonal, gibt es die niedrigsten Löhne. Die Angestellten, die fast sämtlich im Transportarbeiterverband organisiert sind, haben der Direktion jetzt nachstehende Forderungen unterbreitet:

1. Für die Handwerker und Arbeiter eine Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden, für das Fahrpersonal einen täglichen Dienst von 9 Stunden durchschnittlich.
2. Für Handwerker einen Anfangslohn von 110 M. für die Arbeiter und das Fahrpersonal einen solchen von 95 M. monatlich, steigend nach einem Jahre um 5 M. pro Monat, vom dritten bis siebenten Jahre steigend jedes Jahr pro Monat um 8 M., vom achten bis zwölften Jahre jedes Jahr pro Monat um 2 M. und sodann jedes Jahr pro Monat um 1 M. steigend.
3. Ueberstunden und Sonntagarbeit sollen für Handwerker und Arbeiter mit 25 Proz., resp. 50 Proz. Aufschlag zum Lohn bezahlt werden. Das Fahrpersonal verlangt für Ueberstunden 50 Pf. pro Stunde.
4. Wiedum Gewährung von Ferien eruchtet und zwar nach 1—5-jähriger Beschäftigung drei Tage, über 5-jährige Beschäftigung sechs Tage.
5. Wird verlangt, daß dem Fahrpersonal 52 freie Tage im Jahr gewährt werden, bisher wurden 48 gewährt.

In Anbetracht der ziemlich teuren Lebens- und Wohnungsverhältnisse in Stettin sind die Forderungen nicht zu hoch zu nennen. Hoffentlich zeigt die Direktion das nötige Gegenkommen.

Zu einer Arbeitseinstellung der Kellner kam es in Frankfurt a. M. in den Betrieben des Cafésiers, W. Loebel (Casé Astoria und Windsor) in der Kaiserstraße. Anlaß dazu bot eine Forderung der Kellner auf einen Monatslohn von 20 M. Wieder mühten die Kellner ohne jeden Lohn, Kost und Logis arbeiten, ja sogar von ihren Trunkgeldern 50 Pf. pro Tag abgeben. Außerdem forderten die Kellner Abschaffung der unberechtigten Abgabe sowie eine menschenwürdige Behandlung. Eine gültige Einigung war bei dem ablehnenden Standpunkt des Cafésiers Loebel nicht zu erzielen.

Verband der Gastwirtsgehilfen.

### Vom Hamburger Hafen.

Wider Erwarten stellen sich kurz vor Abschluß der Bewegung der Hafenarbeiter noch Schwierigkeiten ein, verursacht durch Unternehmer, die sich anscheinend noch nicht recht an eine friedliche Regelung der Differenzen gewöhnen können. Zunächst liegen die Überführer der Kohlenbetriebe wegen der Auslegung des Tarifs mit ihren Unternehmern in Streit. Die Arbeiter haben einige Forderungen erhoben, von deren Beendigung durch die Waase es abhängen wird, ob endlich Ruhe eintritt.

Noch kritischer hat sich die Sache bei den Expeditionsarbeitern gestaltet. Während es anfangs schien, als würde nach einer Verständigung über die noch strittigen Punkte bald eine endgültige Regelung eintreten, hat sich nun das Bild völlig verschoben. Der Hafenbetriebsverein hat zwar gegenüber den weiteren Forderungen der Arbeiter einiges Gegenkommen gezeigt, aber daneben plötzlich eine Maßnahme getroffen, die helle Entrüstung der Arbeiter hervorgerufen mußte. Er verlangt nämlich Unterstellung der Expeditionsarbeiter unter den nicht paritätischen Arbeitsnachweis, der sich aus guten Gründen bei den Hafenarbeitern größter Unbeliebtheit erfreut. Wegen die verlangte Einnahme von Arbeitsarten haben nun die Expeditionsarbeiter energisch Front gemacht und gleichzeitig über den

Arbeitsnachweis, der kürzlich im Hafenhause, Deichstraße, errichtet wurde, die Sperre verhängt. Wie sich die Dinge unter diesen Umständen gestalten werden, ist noch nicht abzusehen.

### Glasarbeiterausperrung.

Die Firma Johannshütte in Schönborn hat am 6. Juli 40 organisierte Glasarbeiter ausgesperrt. Da die Firma keiner Unternehmerorganisation angehört, so dürfte die Aussperrung auf diesen Betrieb beschränkt bleiben. Die Sparvereiner, eine von der Firma gegründete Organisation, geben sich alle Mühe, unorganisierte Arbeitswillige zu erhalten. Wenn die Firma keine Arbeitswilligen erhält, dann kann die gelbe Garde den Betrieb nicht aufrecht erhalten. Es werden deshalb alle Glasarbeiter ersucht, die Firma Johannshütte in Schönborn streng zu meiden.

## Aus der Frauenbewegung.

Von der Frauenarbeit in Japan. Wirtschaftliche Ursachen verschiedener Art treiben auch in Japan stets wachsende Scharen von Frauen in Arbeitsgebiete, die bisher der Mann allein beherrschte. Die Gesamtzahl der weiblichen arbeitenden Bevölkerung beläuft sich auf 752 000, wovon 191 000 ihren Lebensunterhalt außerhalb des Familienkreises suchen. Die Zahl der Hausbediensteten beträgt 59 000, die der Näherinnen 26 000 und die der Verkäuferinnen 24 200. Schenkfrauen und Hotelbedienstete gibt es 20 000, Lehrfrauen und Frauen in höheren Berufen 14 500, 90 Proz. der arbeitenden Bevölkerung von Tokio sind Arbeiterinnen. Witwen und Unverheiratete von 15 bis 60 Jahren sind in der Mehrzahl vertreten.

### Mutterküchen.

In Paris hat man Mutterküchen eingerichtet. Sie sind zweimal täglich zu bestimmten Zeiten geöffnet. Hier finden junge Mütter, die ihre Kinder selbst füttern und den Tag über arbeiten müssen, umsonst eine reichliche, ausgiebige Mittagssuppe. Die Mutterküche ist in irgendeinem bescheidenen Raum untergebracht, worin ein paar Tische und Bänke stehen, und das ganze Personal besteht aus einer Köchin und einer Aufwärterin. Die Frauen, die hier eine warme Mahlzeit suchen, werden mit keinerlei Fragen belästigt; nur ihren Namen brauchen sie anzugeben, Erfindungen über die Zivilverhältnisse der jungen Mütter, über ihre Nationalität und ihre Religion sind streng verboten. Die einzige Bedingung ist, daß die junge Mutter nachweist, daß sie imstande ist, ihr Kind selbst zu nähren. Sie erhält dann zum Frühstück eine kräftige Suppe, zum Mittagessen Suppe, Fleisch, Gemüse, Brot, leider auch Bier; abends wieder Suppe und Gemüse, Brot und Bier.

### Junggefallensteuer in Amerika.

Dem Senat des Staates Illinois liegt ein Gesetzentwurf vor, der sich die Einschränkung des Alkohols und die Förderung des Kinderreichtums zum Zwecke gesetzt hat. Nach dieser Gesetzesvorlage muß jeder Ledige, der das Alter von 35 Jahren überschritten hat, dem Staate überzeugende Gründe dafür beibringen, daß er in seiner Einsamkeit verharren muß. Fallen seine Erklärungen unbefriedigend aus, so wird er einer jährlichen Steuer von 40 M. unterworfen. Die Erträge dieser Steuer werden einem Bevölkerungsfonds überwiesen. Aus dieser Kasse sollen Mütter für jedes Kind, das nach dem zweiten Jahre ihrer Verheiratung geboren wird, eine Prämie von 400 M. erhalten.

### Medizinische Untersuchung vor Eintritt in die Ehe.

Die gesetzgebende Körperschaft des Staates Indiana in Nordamerika hat eine Vorlage angenommen, nach der sich in Zukunft alle Männer, die eine Ehe eingehen wollen, durch das öffentliche Gesundheitsamt auf ihre körperliche Eignung zur Ehe untersuchen lassen müssen.

## Letzte Nachrichten.

### Der Schiffahrtsstreik in der französischen Kammer.

Paris, 12. Juli. (W. T. V.) Bouisson (Sozialist) brachte einen Antrag ein, in welchem die Regierung aufgefordert wird, Schiffe, wenn erforderlich, für sich in Anspruch zu nehmen und die Schiffahrtsgesellschaften zu zwingen, die Bedingungen der mit dem Staat abgeschlossenen Verträge zu erfüllen. Der Handelsminister, der alsdann das Wort ergriff, wies auf seine früheren Erklärungen hin und betonte, daß er völlige Neutralität in dem zwischen den Schiffahrtsgesellschaften und ihren Angestellten ausgebrochenen Konflikt bewahren, der lediglich den konkurrierenden fremden Gesellschaften zugute komme. Auf Ersuchen des Handelsministers änderte Bouisson seinen Antrag dahin ab, daß die Regierung aufgefordert wird, bei Abschaffung der künftigen Verträge der Festsetzung der Lohnbedingte ihre Aufmerksamkeit zu schenken und sie bei der Bewilligung der Subvention zu berücksichtigen. Der Antrag wurde angenommen.

### Die Feinde des Proporz.

Paris, 12. Juli. (W. T. V.) Nachdem Combes und Clemenceau den Vorstoß in dem gestern gebildeten Abwehrkomitee des allgemeinen Stimmrechts gegen das Proporzstimmrecht abgelehnt hatten, ist der ehemalige Minister Raynaud zum Präsidenten gewählt worden. Das Komitee wird heute Abend ein von Clemenceau verfaßtes Manifest veröffentlichen.

### Gegen die Brotwucherer.

Marseille, 12. Juli. (W. T. V.) Zahlreiche eingeschriebene Seeleute, begleitet von ihren Frauen, veranstalteten heute nachmittag im Jolietquartier eine Kundgebung gegen die Erhöhung des Brotpreises. Polizeibeamte und Wachen wurden mit Steinwürfen empfangen und mehrere verletzt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Später erneuerten sich die Zusammenstöße.

### Spionageverurteilung.

Glasgow, 12. Juli. (W. T. V.) Vor dem Scheriffgericht erschien heute ein angeblich Deutscher Karl Graves, der vor drei Monaten hier wegen versuchter Spionage verhaftet wurde. Der Angeklagte erklärte sich für unschuldig. Der Verhandlungstermin ist auf den 20. Juli festgesetzt.

### Brand einer Dedensfabrik.

Osnabrück, 12. Juli. (W. T. V.) Die der Firma Müller u. Dörfling gehörige Dedensfabrik mit Spinnerei und Weberei ist heute nachmittag niedergebrannt.

### Riesenbrand in Worms.

Worms, 12. Juli. (W. T. V.) Die Kunstmühle von Voruch u. Schönsfeld steht seit heute mittag in Flammen. Alle Gebäude bis auf das Maschinenhaus sind bereits niedergebrannt. Das Feuer bedroht auch die umliegenden Fabriken. Die anstehende Röhrenbauanstalt von Horn ist bereits von den Flammen ergriffen und auch die Treibwerke Seegrassfabrik ist arg gefährdet. Auch in einer Entfernung von 250 Metern vom Brandherd liegende Hornäder sind vernichtet worden. Bisher ist es nicht gelungen, an den Brandherd zu gelangen. Die gesamte städtische Feuerwehr sowie die Fabriksfeuerwehren aller Fabriken sind fieberhaft tätig, um dem wütenden Element Einhalt zu tun. Zwei Bataillone Soldaten sind zur Hilfeleistung und zur Abperung nach dem Brandort abkommandiert worden. Von der Kunstmühle dürfte nichts zu retten sein, auch die Röhrenbauanstalt von Horn dürfte teilweise ein Raub der Flammen werden.

Der italienische Parteitag.

(Dritter Tag.)

Reggio Emilia, den 9. Juli.

Nach Verlesung eines Telegramms des Genossen Studer im Namen der sozialistischen Partei der Schweiz wird die Diskussion fortgesetzt über den

Bericht der Parlamentsfraktion.

Angelika Valabanoff, als erste Rednerin, bezeichnet die Frage der Ausstufung der vier Genossen als eine Prinzipienfrage und bedauert die Sentimentalität, die sich gestern in dem Weisfall äußerte, der den Schluss von Podrecca Rede krönte. Es steht keinem an, hier sein Votum für die Partei, das Heiligste seines Innern bloßzustellen. Keiner von uns hat ja den guten Willen der Genossen bezweifelt, zu deren Ausstufung wir uns anschicken. Wir können und den Luxus erlauben, uninteressierte und tüchtige Menschen wegzuschicken, um die uns andere Parteien beneiden, nicht aus persönlichen, nicht aus moralischen Gründen, sondern aus prinzipiellen. Gerade weil wir die geschichtlichen Ursachen verstehen, die diese vier Abgeordneten von uns trennen, sehen wir auch ein, daß für jeden von uns Ueberläufer der Bourgeoisie der Tag kommen kann, an dem auch zu uns das Proletariat sagen kann: „Geht weg, Ihr seid nicht mehr der Ausdruck unserer Bedürfnisse und unserer Ideale.“ Deshalb können wir uns in den Seelenzustand dieser hineinversetzen, die wir heute von uns weisen wollen. (Weisfall.)

Mednerin kritisiert dann die Rechtsreformisten, die sich im Bestreben der letzten Weisheit glauben und alle Prinzipien verlaufen. Sie haben die Frage des Sozialismus zu einer rein politischen Zusammenschmüpfung lassen. Sie haben den Idealismus aus unserer Bewegung verbannt. Die in Frage stehenden Abgeordneten haben durch ihre monarchischen, durch ihre höfmannischen Kundgebungen das Parteigefühl verletzt. Mit Cabrini, Bonomi und Podrecca haben Sie nicht zu polemisieren: diese haben durch ihre Reden gezeigt, wie fern sie uns sind.

Weiter befreitet Mednerin, daß die internationale Partei je Sympathie für die Kolonialpolitik gezeigt hat und kritisiert die Haltung der sozialistischen Abgeordneten gegenüber dem Kriege. Es wäre Pflicht gewesen, den durch den Krieg geschaffenen revolutionären Moment für die Agitation in den Massen auszunützen, den proletarischen Mittern zu sagen: „Man schickt eure Söhne auf die Schlachtfelder, weil dies das Interesse der Bourgeoisie fordert.“ (Anhaltender Weisfall.)

Mednerin betont, daß sie heute eine Karte von Vebel erhalten hätte, in der dieser seine Verantwortung darüber ausdrückt, daß in Italien ihm ein Sozialist kolonialfreundliche Gefinnungen unterzulegen kann.

Die Unterscheidung in zivilisierte und nicht zivilisierte Völker darf der Sozialist nicht machen: Wir kennen nur solche mit entwickelter und rüstfahiger Produktion. Wenn wir aus der Unterscheidung das Recht ableiten, die „unzivilisierten“ Völker zu unterwerfen, so stellen wir uns in eine Linie mit der Bourgeoisie, die das Proletariat als minderwertige Klasse ansieht und unterwerfen will. Valabanoff spricht ihre Begegnung über die kriegsfeindliche Haltung des „Avanti“ aus. (Weisfall.)

Hier haben Bonomi und Cabrini ihrem Schmerz Ausdruck gegeben über ihre Trennung von der Partei. Warum haben sie sich aber dann in Widerspruch gesetzt zum Parteiempfinden? Ihr habt Euch amgemäß, das Proletariat gegen einen Verdacht zu schützen; Ihr seid aber nicht die Schützer des Proletariats. Das kann sich selber schützen. Wir brauchen nicht zu beweisen, daß wir keine Solidarität mit einem Verbrecher haben, daß für uns das Leben heilig ist. Wir vertreten mehr als eine andere Bewegung der Welt die Heiligkeit des Lebens. (Weisfall.)

Die, die heute von uns gehen, haben sich bis jetzt zu Schülern des Proletariats berufen gefühlt. Sie sind Philanthropen, Menschen guten Willens, keine Sozialisten. Das Proletariat läßt sie stehen und geht allein seinen Weg zur Zukunft, den Weg des Klassenkampfes. (Langandauernder Weisfall.)

Nach Annahme des Schlusses der Rednerliste nimmt, mit eifrigem Schweigen aufgenommen, Vissolati das Wort. Die Reden Cabrinis und Bonomis haben für seine Fraktion die Diskussion bereits erschöpft. Die von ihnen illustrierte Tendenz wird nicht sterben, auch wenn man sie aus der Partei jagt, wird nicht sterben, weil sie im tiefsten Wesen sozialistisch ist. Das Kriterium liegt nicht allein in dem Endziel, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Aufhebung der Klassen, sondern auch in der Methode, nach der die Arbeiterklasse es ist, die die soziale Umgestaltung vollziehen muß. Wir halten am Endziel wie an der Methode fest. Alle, auch die Revolutionäre vertreten die Notwendigkeit der Reformen. Um diese zu erreichen, muß der Proletarier sich auch des Staates bedienen. Der Proletarier kann nicht auf die Teilnahme an der Regierung verzichten. Das folgt allein aus der Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit, die schon eine Teilnahme an der Regierung ist. (Weisfall.) Ich möchte das Proletariat selbst befragen, ob es auf den Eintritt in das Ministerium verzichten will. Aber die Kollaboration, die ein solcher Eintritt einschließt, ist auch Kampf.

Medner versteht sehr gut, daß die deutschen Genossen sich diese Frage nicht stellen. Weil das Deutsche Reich ein konstitutionelles, aber kein parlamentarischer Staat ist. Sie haben erst noch eine politische Revolution zu vollziehen, die Deutschland in der Verfassung auf das Niveau Italiens setzt. (Widerpruch, Weisfall.) Medner erinnert daran, daß die Parlamentsfraktion ihn zu ihrem Redner über die Erklärungen der Regierung gewählt hat, nachdem er bereits über das Ministerportefeuille verhandelt hatte. Es sei logisch und notwendig gewesen, daß Medner, bei seiner Auffassung der politischen Funktion des Proletariats, auch den Weg zum Quirinal nicht scheute. Er war sich damals bewußt, mit einem Vorurteil zu brechen, und daß er selbst den Preis zahlen würde. Was eben heute geschieht. Trotzdem ist seine Aktion nicht nur historisch, sondern logisch an die der Linkreformisten gebunden.

Die Teilnahme an der Gläubigerdemonstration nach dem Attentat war nicht nur durch persönliche Menschlichkeit bestimmt. Wir mußten die Reaktion scheuen. Es war unsere Pflicht, die Gefahr voranzusehen und abzuwenden. Der Weg, den Medner damals zum Quirinal machte, war die Konsequenz des ersten Weges zum Quirinal. Wenn man gewisse Kontakte hat, so muß man ihre Folgen tragen. Dadurch bestätigte ich die Gründe, die meinen ersten Gang zum Quirinal bestimmten hatten.

Was den Krieg betrifft, so habe ich die Auffassung vertreten, daß der Krieg ein schwerer Mißgriff war, auch weil er die internationale Lage Italiens stark beeinträchtigte. In der Kammer hat Medner in diesem Sinne gesprochen, unter besonderer Betonung der Ablehnung des Annetionsdekrets.

Vissolati verteidigt seine Teilnahme an der Demonstration für Jean Corradini, der in einer Zeit, wo der ganze Bankkapitalismus von Europa die italienischen Truppen als graulame Mörder hinstellte, als einziger auswärtiger Journalist diesen Verhöhnungen entgegentrat. Ja kann nicht glauben, daß unsere Soldaten, unsere Arbeiter der Felder und Fabriken, in Tripolis zu Senfenschnecken geworden sind. (Unruhe, Protest.) Darin habe ich dem Sympathie beigeigt, der sie gegen infame Verhöhnungen in Schutz nahm. (Unruhe, Tumult. Der Vorsitzende, Genosse Canepa, droht, die lärmenden Tribünen räumen zu lassen.)

Vissolati (fortfahrend) will keineswegs seine Sympathien für die Tapferkeit der Soldaten verleugnen. Wir brauchen auch den Mut, die Disziplin, für eine Sache zu sterben, heute für die Interessen anderer, morgen für ein Ideal. Wir können das Meer nicht abschaffen, wir wollen es demokratisieren. Die großen internationalen Fragen werden nicht mit Tagesordnungen ausgetragen. So lange nicht die Kraft des Proletariats die Völker einander genähert hat, brauchen wir die See. Italien hat, nach England, die freieste politische Verfassung; es kann wohl sein, daß es sich eines Tages im Bunde mit anderen demokratischen Elementen Europas für den Fortschritt schlagen muß, und dann will ich wünschen, daß sich unsere Soldaten tapfer, noch tapferer halten werden, als heute gegen die Kraber.

Unser Krieg darf nicht dem absehnlichen gleichgestellt werden. Wir durften dem Rationalismus nicht das Monopol des Nationalgefühls lassen; dieser Gedanke hat meine Haltung bestimmt. Wenn uns die Partei gefolgt wäre, hätten wir vielleicht schon Frieden. Oft habe ich es bitter bereut, nicht in das Ministerium getreten zu sein. Wäre ich nicht von Eurer Willensschwäche angefaßt worden, so wäre es vielleicht nicht zum Kriege gekommen. (Widerpruch.)

Zu den Linkreformisten gewendet sagt er, daß ihre Haltung nicht heroisch gewesen wäre und kritisiert ihre Forderung einer Amnestie. Ein Meer im Kampf fordert keine Amnestie.

Was die Haltung zum Fall de Marinis betrifft, so erklärt ihn Vissolati durch die veränderten Verhältnisse. Er sei stolz, den inkriminierten Artikel geschrieben zu haben. Er, der dem konstitutionellen Monarchen seine Ehrerbietung gezeigt hat, sei weit entfernt, heute seinen Ruf in der Kammer, sein „Kieder der König!“ in anderer Stunde zu verleugnen und zu widerrufen.

„So bleibe mir nichts zu tun, als Euch die Mitgliedsarte der Partei zurückzugeben. Nicht ohne Schmerz, aber auch mit einem Gefühl des Mitleids für die Reformisten der Linken, des Mitleids für das nutzlose Opfer ihrer Folgerichtigkeit, politischen Würde und Logik, das sie durch unseren Ausschluß aus der Partei bringen.“ (Weisfall.)

Faluso (Rev.): Wenn man dem Mut in jeder Form huldigen will, so möchte man auch der Bedauern gedenken, die, schlecht bewaffnet und schlecht genährt, sich den italienischen Ängeln darbieten und ohne mit den Wimpern zu zucken, am Galgen sterben. (Weisfall.) Er kritisiert die Parlamentsfraktion. Das letzte Budget wurde angenommen, ohne daß ein Sozialist das Wort nahm. Medner führt weiter Fälle völligen Versagens der Fraktion an.

Chiesia (Linkreformist) spricht im allgemeinen über die Notwendigkeit von Reformen und der Erziehung der Massen. Westreit, daß die Regierung immer das Exekutivkomitee der Bourgeoisie sei und will dies Beispiel aus der jüngsten italienischen Politik belegen. Ist für einen Tadel der Rechtsreformisten, aber gegen ihren Ausschluß aus der Partei.

Nachmittagsfraktion.

Die Nachmittagsfraktion wird durch die Verlesung eines Sympathiegramms der italienisch-stabilischen Partei aus Progg eröffnet, mit der Mitteilung, daß dem Kongreß zwei Parteigenossen aus Triest, Egabar und Tedeschi beizuwohnen. (Weisfall.) Darauf nimmt Genosse Turati, der Führer der Linkreformisten das Wort:

Er hätte am liebsten gar nicht gesprochen und hätte gewünscht, daß als Ankläger die jüngeren Elemente gesprochen hätten, die nicht so vieles mit den betreffenden Genossen gemeinsam gehabt haben. Und das nicht aus Sentimentalismus, sondern weil er die Ausstufung für einen Irrtum hält. Warum sollen wir die ausstufen, die sich selbst außerhalb der Partei gestellt haben? Und wo ist die Grenze? Cabrini hat in seiner Weise die Theorie des Rechtsreformismus gemacht. Wenn wir wirklich Theorie entwickeln wollen, so fürchte ich, daß es sich für uns Linkreformisten darum handeln würde, ausgeschlossen zu werden, anstatt auszuschließen. Jeder von uns hat seine Tendenz nach rechts und gleichzeitig eine solche nach links.

Wir empfinden heute, daß wir Linkreformisten mit den Revolutionären mehr gemein haben als mit den Rechtsreformisten. Wir haben den Glauben gemein. Vielleicht habe ich selbst in dieser Hinsicht früher gefehlt. Trotzdem möchte ich niemand ausschließen, auch, um keine neue Partei zu gründen, um eine Spaltung zu verhindern. Die eigentliche Ursache der Differenz ist nicht persönlich; darin brauchen wir keinen Sündenbock. Wir wollen eine klare Scheidung der Verantwortlichkeiten.

Medner stellt in Abrede, daß die Vissolakaner die logischen Fortbildner des Reformismus seien, und weist die Schlussworte Vissolatis scharf zurück. Medner belächelt dann die Jäuferei der Rechtsreformisten, die Wahlreform durchgesetzt zu haben, und kritisiert ihre wohlwollende Haltung der Infamie des afrikanischen Krieges gegenüber.

Wenn die Partei stark genug wäre, um wirklich ihre Wesenheit zu behaupten, so könnten wir auch an der Regierung teilnehmen. Heute würden wir aufgejogen, von den Gegnern assimiliert werden.

Jene Verherrlichung unseres Volkes, die Vissolati versucht hat, verdrängt sich nicht mit dem Internationalismus. Es mag schön sein, zu sagen, die Graufamkeiten der italienischen Soldaten sind nicht möglich — sie sind eine Tatsache, aber sie dürfen nicht möglich sein. Das heißt sich selbst belügen, das ist noch schlimmer als die Graufamkeiten selbst. (Langandauernder Weisfall des ganzen Parteitages.)

Bonomi will glauben machen, daß auf der einen Seite die Rechtsreformisten bleiben, auf der anderen die Revolutionäre — daß die Linkreformisten von der einen oder anderen Richtung aufgejogen werden müssen. Medner leugnet dies auf das entschiedenste. Um die innere Wandlung im Reformismus zu erklären, erinnert er an Jaurès.

Es war mit ein Rätsel, wie ein Mann von der gewaltigen Intelligenz und Rednergabe Jaurès seine Stellung zum Reformismus ändern konnte. Die italienischen Ereignisse haben mich gelehrt, Jaurès zu verstehen. Er hat eingesehen, daß seine scharfe Theorie des Reformismus ihm die Menge entfremdete, daß man, um bei der Menge zu bleiben, sich verkleinern, seine Ueberlegenheit ablegen muß, den Schritt verlangsamen, um sie nicht zurückzulassen. Auch für mich ist diese Stunde gekommen, mich unterzuordnen und zurückzuziehen, wie Jaurès. Tut Ihr das nicht, so werdet Ihr der Sozialismus verraten. (Weisfall.)

Reina, ein Linkreformist, aber Gegner der Ausschließung der

Öhröhre im Theater. Das Londoner New Theatre wird binnen kurzem seine Gäste mit einer neuen Bereicherung moderner Komforts im Theater überraschen: die Direktion hat beschlossen, jeden Sitz im Zuschauerraum mit einem Hörrohr auszurüsten, und die Handwerker sind bereits eifrig an der Arbeit, um die kleinen Apparate, denen nach Einwurf von 6 Pence (30 Pf.) außer einem Opernglas fortan auch ein Hörrohr entnommen werden kann, an den Rücklehnen der Sitze zu befestigen. Diese neue Einrichtung ist nicht nur im Interesse jener Theaterbesucher getroffen worden, die über keine besonders guten Hörorgane verfügen, sondern auch im Interesse der Inhaber der hintersten Plätze, die oft, besonders bei der Aufführung moderner Stücke, einzelne Stellen der Schauspielerdialoge nur schlecht oder mühsam hören und sich dann natürlich den Kopf zerbrehen müssen, um zu raten, was der Intrigant wohl gesagt haben könnte, um plötzlich die Salonbabe in einen so furchtbaren Erregungszustand zu versetzen. Und auch die im Flüsterton gesprochenen Liebesjahren sollen auf dem Umweg über das Hörrohr künftig auch den Inassen des letzten Gallerieplatzes zugänglich sein, von dem ersten leicht eingehauchten Seufzer verhaltener Leidenschaft bis zu der dem Liebhaber entgegengeschleuderten Warnung, die Prüfer der Angebeteten nicht in Unordnung zu bringen. Die Hörrohre können durch einen Druck auf einen Knopf auf scharfes und mittleres Hören eingestellt werden.

Notizen.

— Die Kurfürstenoper hat so gründlich Weite gemacht, daß nicht einmal der Konkurs eröffnet werden konnte.

— In der Großen Berliner Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof ist der 14. Juli ein sogenannter billiger Sonntag. Eintrittspreis von 2 Uhr nachmittags an 25 Pf.

— Kunstchronik. In Düsseldorf wurde die der Stadt leit- und zeitweise überlassene Sammlung des ungarischen Sammlers Remes eröffnet. Sie umfaßt 120 Bilder; gut vertreten sind der neueste Modestyle alter Kunst Greco, ferner Goya und die neueren Franzosen. Die Ausstellung wird nächstes Jahr auch nach Berlin kommen.

— Das begrabene Kriegsbeil. Infolge eines Briefwechsels (in der Presse natürlich) scheint der Haber der Sezession mit Bürgermeister Reide nun beendet werden zu sollen. Schon werden klassische Zitate ausgetauscht — und die bekannten Mißverständnisse verantwortlich gemacht. Die Stadt Berlin kann nun endlich ihren bekannten Kunststifter betätigen — einen echten Picasso (na, na) kaufen.

— Wenn der Riese ruht. Unter diesem Titel hat der Verlag der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ eine allegorische Zeichnung von A. W. Lucht herausgegeben (Preis 25 Pf.). Sie ist im Anschluß an den Kampf der englischen Grubenleute entstanden und stellt mit prägnanten künstlerischen Mitteln die Wirkung des Riesenritze dar: der Riese ruht und Gabel und Wandel liegt daneben. Die Berg- und Hüttenwerke, Schifffahrt und Eisenbahnverkehr — alles steht still. Aufig liegt der Riese da, der dies alles vollbrachte, und läßt sich auch durch das anrückende Militär nicht aus der Ruhe bringen. Das Wort: Alle Räder stellen still... ist hier kraftvoll und originell illustriert.

Kleines feuilleton.

Die neueste Mode. Die der Perpendikel schlägt die Modenartetei von der einen Seite nach der anderen Seite aus, in ständiger Bewegung gehalten von den kapitalistischen Modemachern. Der Hofenrod vermannlichte die Frauentracht, der Gumpelrod verflachte sie. Jetzt soll ein die letzten Jahre gänzlich unterdrückter Körperteil zu Ehren kommen: der Bauch. Der Pariser Plauderer Clément Baulet verkündet die frohe Botschaft (vielleicht lanziert er sie auch zu Neufamezwecken) im „Natin“:

„Die Moden, die die Kleiderkönige gegengärtig kreieren“, lassen dem armen Bauch, der seit so vielen Jahren als Paria behandelt wurde, endlich wieder Gerechtigkeit angedeihen. Man munkelt, daß bei den großen Schneidern die „mannoquins“ bereits in der neuen Mode auftreten und den vornehmen Kundinnen zeigen, wie man fortan wird gehen müssen. Was jetzt mußte eine Frau, wenn sie für sich gelte wollte, gewissermaßen eine geschweifte Haltung annehmen: die Hüfte nach vorn und die Hüften sozusagen nach hinten geworfen; von nun an wird sie, wenn sie modern sein will, genau das Gegenteil tun müssen: der Unterleib, der sich schamhaft versteckte, wird zeigen, daß er auch noch da ist... Aber das wird ja schrecklich sein! Jammern Sie, meine Damen. Was wissen Sie davon?... Die schönsten Venusbilder des Altertums haben Bauch; die moderne Sphixide wäre wahrscheinlich einem Aphidias und einem Praxiteles sehr ähnlich erschienen, und diese Herren hatten doch eine gewisse Kompetenz in puncto Frauenkönnheit. Im übrigen ist Schönheit ja wohl Modedase, ganz wie die Moden! Der Triumph des Bauches kann in nationaler Hinsicht wichtige Folgen haben... Aus wird es sein mit der kleinen dünnen Frau, die, um nicht ihre löbliche Linie zu verlieren, keine Kinder haben oder wenigstens keine fangen wollte. Da die neue Schönheit sich an Rubens' und Jordans' Frauen ein Beispiel nehmen soll, wird bei der Sache wahrscheinlich auch die Wiederbevölkerung Frankreichs ihre Rechnung finden. Wie dem aber auch sein mag, ich bin überzeugt, daß viele unserer Zeitgenossinnen, die sich jetzt als Märtyrerinnen des Ansehungswanges fühlen, durchaus nicht böse sein werden, wenn sie sich wieder ein bißchen aufschwümmen können...“ Das Kinderkriegen ist also Modedase!

Eine Unterrod-Revolution in Ostafrika. Dem „Daily Telegraph“ berichtet man aus Tisabon: Die Stadt Inhambane, Bezirkshauptstadt der Provinz Mozambique an der Küste von Portugiesisch-Ostafrika, befindet sich in heller Empörung gegen ein Dekret des Gouverneurs, der allen eingeborenen Frauen kund und zu wissen tat, daß sie fortan einen Rod zu tragen hätten. Quersj empörten sich die indische Händlerinnen, die ganze Haufen von Schals und anderen Tüchern, wie sie bis jetzt die Frauenmode von Inhambane darstellten, auf Lager haben und durch den Ufas des Gouverneurs ihren ganzen Handel ruiniert sehen. Zum Zeichen des Protestes schlossen sie ohne weiteres ihre Läden. Dann ließen die vielen Landfrauen, die sich jeden Morgen nach der Stadt zu begeben pflegen, um Eier und Gemüse zu verkaufen, dem Gouverneur mitteilen, daß sie, wenn das Dekret nicht zurückgenommen

werden sollte, die Stadt aushungern und keine Eier und keine Milch mehr bringen würden: sie hielten die Kleiderverordnung des benachbarten Europäers geradezu für einen Verstoß gegen Moral und Anstößigkeit und für einen blutigen Schimpf, der ihrer Frauenehre angetan würde. Schließlich drohten Tausende von Frauen, die in der Stadt und in der Umgegend wohnen, in Massen auszuwandern und sich einen Wohnsitz zu suchen, an welchem Frauenzude als etwas durchaus Ueberflüssiges betrachtet werden. Die Opposition gegen die neue Mode gestaltete sich so bedrohlich, daß der Gouverneur seine Verfügung vorläufig zurückgenommen hat. Der drohliche Vorfall hat in kolonialen Kreisen große Heiterkeit hervorgerufen.

Bissolatiener, bezeichnet die parlamentarische Aktion als ganz und gar nichtig und unzulänglich. Darum müsse sich die Partei durch eine Rückkehr zur intransigenten Taktik stärken und erneuern. Die Ausschließung bekämpft Medner, weil er glaubt, daß alle, nicht nur die Rechtsreformisten, gefehlt haben. Wir würden die treffen, die den Mut haben, ihre Überzeugung offen zu sagen, nicht jene, die schlau genug sind, ihre Ansicht zu verschleiern. Meina betont auch in warmen Worten die Gefahr einer Parteispaltung und schließt mit der Aufforderung, daß der Parteitag die betreffenden Handlungen tadeln, aber die Abgeordneten nicht ausschließen möge. Er legt eine Tagesordnung in diesem Sinne vor.

Als nächster Medner nimmt Francesco Ciccotti, Revolutionär, das Wort, um die Resolution Mussolini zugunsten der Ausschließung zu vertreten. Er betont, im Gegensatz zu Turati, den hohen Wert der Disziplin. Wir wollen der Disziplinslosigkeit, nicht den Ideen den Prozeß machen. Die Handlungen haben die Unvereinbarkeit der Ideen der Reformisten und der Revolutionäre in ein und derselben Partei gezeigt. Die Trennung bedeutet für beide Teile eine Befreiung. Die Ausgestoßenen werden eine neue reformistische Partei gründen. Wir können nicht an einer Zusammenarbeit der Klassen teilnehmen. Medner legt dann des längeren den Antagonismus zwischen Demokratie und Proletariat dar, um im Anschluß hieran die Differenz zwischen Linksreformisten und Revolutionäre hervorzuheben. Mit Bissolati polemisiert er Ciccotti weiter hervor, daß der italienische Parlamentarismus in der Praxis sehr der Diktatur gleicht, um die sein anderes Land Italien zu beneiden braucht. Medner schließt mit der Erklärung, daß die Liebe zur Partei es verbietet, milde zu den auszuschließenden Abgeordneten zu sein. (Beifall.)

Bisordi, Linksreformist, hebt unter anderem hervor, daß Genosse Brampolini nach dem Attentat den Wunsch ausgesprochen hatte, auch zum König zu gehen, um gegen ein gemeinsames Verbrechen zu protestieren. Als die Revolutionäre protestieren, ruft der Medner ihnen zu: „Ihr habt Euch noch nicht zwischen Königsmord und der Zivilisation entschieden“. (Gelächter. Protest.) Mit zum Teil schon gebrauchten Argumenten sucht er den Unterschied zwischen Links- und Rechtsreformisten zu kennzeichnen: die Rechtsreformisten wollen zur Regel machen, was Ausnahme sein soll: Zusammenarbeit der Klassen. Wandlungspläne.

Veronini, Rechtsreformist, Deputierter, wünscht kurz eine Erklärung abzugeben. Er ist Referent über die Taktik, glaubt aber, daß er, nach dem heutigen Votum, morgen nicht mehr Referent sein wird. Das Urteil, das die vier Abgeordneten trifft, trifft alle Rechtsreformisten an. Wer wird übrig bleiben, nachdem ihr uns ausgemerzt haben werdet? Wer handelt, muß Reformist sein. Wenn unter revolutionärer Leitung das Proletariat schneller seinen Aufstieg vollziehen sollte, so werden wir trotz sein unserer heutigen Niederlage. (Beifall.) Er schließt mit einem Hinweis auf die unendliche Mannigfaltigkeit der sozialen Erscheinungen, denen eine Vielgestaltigkeit der Aktion entsprechen müsse. Wir werden, auch nach dem Ausschluß, immer an Eurer Seite sein.

Es wird nunmehr über drei Tagesordnungen abgestimmt: 1. Resolution Mussolini für die Ausschließung; 2. Modigliani, die die Abgeordneten desabonniert, die sich durch monarchische und kripotofreundliche Kundgebungen außerhalb der Partei gestellt haben; 3. Meina, die sich begnügt, die Abgeordneten zu tadeln. Natürlichweise wird keine der drei Resolutionen von den Rechtsreformisten angenommen, die erklären, sich der Abstimmung zu enthalten. Das Resultat der Annahme einer jeden der drei Resolutionen ist offenbar das des Austritts aller Rechtsreformisten aus der Partei, wodurch ungefähr zehn Parlamentsmandate vakant werden. Die Folgen des Votums werden in ruhigeren Augenblicken zu illustrieren sein. Heute sei nur gesagt, daß die meisten Abgeordneten nach ihrer Mandatsniederlegung von den Wählern ihrer Wahlkreise wieder aufgestellt werden dürften, wodurch sich auch die Parteifaktionen dieser Kreise, die den außerhalb der Partei stehenden Kandidaten etwa unterstützen, außerhalb der Partei stellen würden. Hierin liegt bereits der Kern der Parteispaltung.

Die namentliche Abstimmung, die zwei volle Stunden währt, ergibt das folgende, den ganzen Kongreß entscheidende Resultat:

Mussolini	12 556 Stimmen
Meina	5 683
Modigliani	3 280
Stimmen enthalten	2 072

Die Revolutionäre haben also die absolute Mehrheit.

## Gerichts-Zeitung.

### Wegen 10 Pfennige vor das Schwurgericht!

Ein Vorfall, bei welchem es sich um ein Objekt von barem zehn deutschen Reichspfennigen handelte, setzte gestern ein ganzes Geschworenengericht mit dem üblichen Zeugenapparat in Tätigkeit.

Unbefugtes Eichenfaheln im fiskalischen Walde bildete den Anfang zu einer Szene, welche die Arbeiterfrau Marie Niskowski und deren verheiratete Tochter Anna Lettau vor die Geschworenen führte. Beide Frauen hatten am 2. November v. J., um sich bei der damaligen großen Kälte etwas Brennmaterial zu verschaffen, im Walde der Oberförsterei Neuholland bei Dranienburg Eichen und eine geringe Quantität Eichenreisig gesammelt. Als sie auf dem Rückwege an dem Forsthaus Friedrichsthal vorübergingen, bemerkte sie der dort bedienstete Förster Schuch. Er setzte sofort den beiden Frauen nach, stellte sie und rief dem Schüler Willi Niskowski, dem Sohne der Erstangeklagten das Reisig, welches einen Wert von einigen Pfennigen hatte, aus der Hand. Hierüber kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Frauen und dem Förster, in deren Verlauf letzterer den Frauen, wie die Beweisaufnahme ergab, die mit Eichen und Reisig gefüllten Kiepen vom Rücken rief. Frau Niskowski versetzte nunmehr dem Förster mit einer Reisigrute einen leichten Schlag über den Arm. Außerdem sollen ihrem Aerger über das nach ihrer Meinung zu forsche Vorgehen des Försters in erregten Worten Luft gemacht haben. Aus diesem an sich so harmlosen Vorfall erwuchs gegen die beiden Frauen eine Schwurgerichtsanzeige § 117 St.-G.-B. bedroht nämlich mit Gefängnis von 14 Tagen bis zu 3 Jahren, wer einem Forstbeamten in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet oder sie während der Ausübung ihrer Amtes tätlich angreift. Solche Anklagen gehören zur Kompetenz der Strafkammer. Da aber der Schlag mit der Rute als Körperverletzung betrachtet wird, kamen die Frauen glücklicherweise vor die Geschworenen. § 118 St.-G.-B. sagt nämlich: „Ist durch den Widerstand oder den Angriff eine Körperverletzung dessen, gegen welchen die Handlung begangen ist, verursacht worden, so ist auf Zuchthaus bis zu 10 Jahren zu erkennen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.“ Das „Verbrechen“ gegen § 118 ist von Schwurgerichten abzuurteilen.

Der Staatsanwalt beantragte, die Schuldfragen im Sinne der Anklage zu bejahen — weshalb sollen denn auch arme Frauen nicht auf wenigstens ein Jahr ins Zuchthaus oder auf drei Monate ins Gefängnis wandern, wenn sie empört über das Fortreißen der Kiepe dem Beamten einen Rutenschlag über den Arm verfehen. So muß es der Formaljurist nach dem Gesetz wollen. Der Verteidiger der beiden Frauen, Rechtsanwalt Dr. Herbert Fuchs, hielt aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen die Freisprechung für geboten. — Die Geschworenen verneinten auch nach kurzer Beratung sämtliche Schuldfragen, so daß die kostenlose Freisprechung der beiden Angeklagten erfolgte.

### Ausdehnung des § 153 der Gewerbeordnung.

Wegen Übertretung des § 153 der Gewerbeordnung war Frau Hänel angeklagt worden, weil sie in Neufölln zur Zeit des Streiks in der Mäntelkonfektion einen „Andern“, eine Näherin, durch Körperverletzung zu bestimmen versucht habe, sich einer Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuschließen“. Mit dieser Verabredung war der Streik in der

Mäntelkonfektion gemeint. Die Andere war nun aber gar keine mit dem Streik in Verbindung stehende Person, etwa eine Arbeitswillige der Mäntelkonfektion. Vielmehr war das Mädchen, deren Palet Frau H. anfaßte und das sie Streikbrecherin nannte, eine Unterzodnäherin. Frau H. hatte das Mädchen auf der Straße getroffen und angesprochen; aus der ausweichenden Antwort des Mädchens hatte sie irrtümlich geglaubt entnehmen zu müssen, daß es eine Arbeitswillige der Mäntelkonfektion sei.

Gleichwohl verurteilte das Landgericht als Berufungsinstanz die Angeklagte auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung, indem sie annahm, daß die Unterzodnäherin als „Anderer“ im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung anzusehen wäre. Es brauche keine Berufungsinstanz zu sein. Unter dem „Anderer“ sei jeder Dritte zu verstehen.

Die Angeklagte legte Revision ein und Rechtsanwalt Dr. Kuhn als ihr Vertreter rügte namentlich jene Deduktion des Landgerichts als verfehlt. Außerdem fand er in dem Urteil noch verschiedene andere Rechtsmängel.

Das Kammergericht hob das landgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: Mit dem Reichsgericht sei allerdings anzunehmen, daß unter den Begriff „Anderer“ auch andere Personen als nur Berufsgenossen des Angeklagten in Frage kommen könnten. Jedoch sei dafür in jedem einzelnen Falle die Voraussetzung, daß der „Anderer“ die Möglichkeit habe, sich an dem Streik zu beteiligen, sei es nun direkt oder in Form eines Sympathiestreiks. Daß aber diese Möglichkeit bei der Unterzodnäherin bestand, sei nicht festgestellt. Dies müsse nachgeprüft werden. — Außerdem fehle in der Vorentscheidung die Feststellung, daß der Streik eine Bewegung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gewesen sei. Ferner sei nachzuprüfen, ob nicht statt des § 153 der Gewerbeordnung der Rötigungsparagraph des Strafgesetzbuches in Frage komme.

### Ein ungetreuer Vormund

mußte sich gestern in der Person des Schankwirts Robert Denbig vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. — Der Angeklagte, welcher in der Reichenburger Straße eine Schankwirtschaft betrieb, war vom Amtsgericht Berlin-Mitte zum Vormund des unehelich geborenen zweijährigen Eugen W. bestellt worden. Von dem Vater, einem Schuhmann, war im Vergleichswege an die Mutter die Summe von 1800 M. als Abfindung gezahlt worden. Als der Angeklagte in seiner Eigenschaft als Vormund diese Summe erhielt, kümmerte er sich nicht im geringsten um die vom Gericht erfolgte Aufforderung, das Geld in mündelsicheren Papieren anzulegen, sondern griff sofort den Betrag an, um sich und seiner Ehefrau damit einen vergnüglichen Tag zu machen. Der größere Teil des Geldes wurde verjubelt, während der Rest von dem Angeklagten dazu verwandt wurde, sich Einrichtungsgegenstände für sein jetziges Geschäft in der Brunnenstraße zu kaufen. — Diese Veruntreuung, durch welche die Mutter des Kindes, eine arme Arbeiterin in arge Verdrängnis geriet, kam bald zur Entdeckung und hatte die jetzige Anklage wegen Untreue zur Folge. — Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte nicht aus Not, sondern aus niedriger Habgucht gehandelt habe, auf 3 Monate Gefängnis.

### Witterungsübersicht vom 12. Juli 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Eintriede	768,5	SE	1	16	Sabaranda	770,0			18
Hamburg	767,0	SE	2	16	Petersburg	768,2			18
Berlin	765,0	SE	1	16	Schäff	759,0	SE	5	16
Frankfurt	766,0	SE	1	16	Uebersee	759,0	SE	3	15
München	766,0	SE	1	16	Paris	762,0	SE	2	15
Wien	767,0	SE	1	16					

### Wetterprognose für Sonnabend, den 13. Juli 1912.

Bowiegend heiter, trocken und sehr warm bei mäßigen Winden.



**Waldorf Astoria Cigarettes**

Hockey 3 Pf.  
Clio 5 Pf.

**Sommerpreise.**

Gegr. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.

**Kohlen- und Brikett-Großhandlung**

Hauptkonior: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.  
Telephon: Amt Königstadt, 3040 und 3086.

Lagerplatz 1: O. 34, Rüdigerdorfer Str. 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).  
Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)

Preise für in Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

Vulkan-Salon-Briketts	pr. Ztr. 0.90 M.	Krone Halbst. . . . .	pr. Ztr. 0.85 M.
Krone-Salon-	0.95 M.	Ilse, Kaiser u. Akw. Halbst.	0.90 M.
Ilse, Kaiser u. Akw.	1.00 M.	Anthracit Cadé . . . . .	2.30 M.

Ein Zentner (enth. 110—120 Stück) Holz zerkleinert 1.90 M.  
Bei Franklieferung je nach Quantum per Ztr. 5—15 Pf. mehr.  
Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.

Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.

Sonntags wieder von 8—10 Uhr geöffnet.

Verlangen und rauchen Sie die Zigaretten der

# Tabak-Tag

106/5\*

Arbeiter-Genossenschaft  
Stuttgart

Vertreter: Paul Horst.  
Engelstraße 15,  
Gewerkschaftshaus.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine

## Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.  
Friedrichstr. 108, Eing. Johannisstr., vis-a-vis der Karlstr.

**Warnung vor Nachahmung**  
des echten gesetl. gesch.

## Kapitän-Kautabaks

dringend geboten.

Jedes einzelne Stück wird nur verpackt und mit Aufschrift: „Kapitän-Kautabak“ geliefert.

Carl Röcker, Berlin, Gruner Weg 110.

**Es ist besser vorbeugen,**

als heilen; das sollte jede Mutter in den heißen Sommermonaten, mit ihren Gefahren verdorbener Milch und allzu reichlichen Obstgenusses vorbeugen und

## Dr. Michaelis' Eichel-Kakao

mit Zucker u. präpariertem Mehl

stets bereit halten. Das seit mehr als 25 Jahren bei Diarrhöe und Brechdurchfall ärztlich erprobte und verordnete, nährstoffreiche Mittel eignet sich, mit Milch gekocht, auch als tägliches Getränk für Kinder und Erwachsene und wirkt so vorbeugend gegen Verdauungsstörungen. Vorrätig in einschlägigen Geschäften. Fabr.: Gebr. Stollwerk A.-G.

**Nahrhaft!      Wirksam!**

**Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69**  
(Laden)

Wir empfehlen:

## Franz Mehring

### Deutsche Geschichte

Vom Ausgange des Mittelalters

Ein Leitfadens für Lehrende und Lernende

Teil I und II je 1,25 Mark. — Beide Teile zu einem Bande vereinigt, gebunden 2,50 Mark



Reparaturen. Spez.: Un-erklärlich laubere Versur für Schüler. Tonverbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone ähnelnd ähnlich ist. Wesentliche Vorteile und eventuelle Platzenzahlung für Vormerks-Abonnenten. Ungewöhnlich ebende Anerkennungen.

**Emil Toussaint.**

Werkstätte für Kunstgeigenbau in Berlin N. 24, St. Hamburgerstr. 17.

# Raucht

# Kressin Cigaretten

293 Pf.

Unserem Genossen  
**Hermann Geßler nebst Braut**  
die herzlichsten Glück-  
wünsche zur Vermählung.  
Die Genossen u. Genossinnen  
des 174-Bezirks, Neukölln.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

**Todesanzeige.**  
Am 10. Juli verstarb unser Ge-  
nosse, der Rabbiner  
**Gustav Seidel**  
Kinkamer Straße 32 (Bezirk 496).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, nachmittags 1/2 2 Uhr,  
vom Lazarus-Krankenhaus aus  
nach dem Friedhof in Nordend  
statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiter - Verband**  
Zweigverein Berlin.  
Sektion d. Gips- u. Zementbranche  
Den Kollegen zur Nachricht,  
das unser Mitglied, der Rabbiner  
**Gustav Seidel**  
am 10. Juli im Alter von 59 Jahren  
an Bluterkrankung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 13. Juli, nach-  
mittags 3 Uhr, auf dem Friedhof  
der Pankow-Gemeinde in Nordend,  
Blauenfelder Straße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Sektionsvorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
das unser Kollege, der Klavier-  
arbeiter  
**August Schneider**  
Eibinger Str. 8, im Alter von  
64 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 13. Juli, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Halle des  
Aufsichtungs-Kirchhofes, Weihen-  
see, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, das unser Kollege, der  
Klavierarbeiter  
**Wilhelm Schluwieke**  
Ober-Schöneweide, Kalepastr. 9,  
am 11. Juli im Alter von  
44 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 14. Juli, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle des  
Ober-Schöneweide Gemeinde-  
friedhofes aus statt.  
56/11 Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern ferner zur  
Nachricht, das meine  
innigste liebe Frau, unsere herz-  
gute Mutter  
**Anna Schulz**  
geb. Zühlke  
nach längeren Leiden ent-  
schlafen ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr,  
von der Leichenhalle in Marzahn  
aus statt.  
253/5  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, das meine  
innigste liebe Frau, unsere herzens-  
gute Mutter  
**Elise Buchholz**  
geb. Zühlke  
am 11. Juli verstorben ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Otto Buchholz nebst Kindern.**  
Rathenower Str. 36.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 14. Juli, nachm.  
3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit,  
Birkenstr. 62/63, aus nach dem  
neuen St. Johannis-Kirchhof in  
Wilmerssee statt. 41/1

Nach langem schweren Kranken-  
lager entschlief am Mittwochabend  
7 1/2 Uhr meine liebe Frau, Schwester,  
Schwägerin und Tante  
**Luise Wegner**  
geb. Lauo 24415  
Im Namen der trauernden  
Hinterbliebenen  
**Max Wegner**  
Lichtenberg, Kronprinzenstr. 3.  
Die Beerdigung findet am  
Montagnachmittag 4 Uhr von  
der Leichenhalle des Zentralfried-  
hofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht,  
das unser Mitglied, der Kollege  
**Georg Sims**  
am Sonntag, den 7. Juli, an den  
Verletzungen, die er am Vormittag  
durch Ueberfahren erlitten hatte,  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, nachmittags 5 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des neuen  
Veit's-Kirchhofes in Wilmerssee  
(Seestraße) aus statt.  
Jährliche Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung  
176/20

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten zur Nachricht, das  
am 10. Juli meine liebe Frau,  
unsere gute Mutter  
**Anna Schulz**  
geb. Klimpel  
nach längeren Leiden ent-  
schlafen ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr,  
von der Leichenhalle in Marzahn  
aus statt.  
Die Hinterbliebenen.

Bereinen, Gewerkschaften und Schulen empfiehlt sich das  
**Restaurant Wald-Jdyl**  
Schmöckwitz 1. d. Mark.  
Aussicht von Schilfweiden. — Auerkann gute Küche.  
Zugl. Ernst Rood. Telefon Reichen 31.

**Zentralverband der Glasarbeiter**  
u. -Arbeiterinnen Deutschlands.  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am Mittwoch, den 10. Juli,  
verschied unser langjähriges Mit-  
glied, der Polierer  
**Wilhelm Hahn.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 13. Juli, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle der Delberg-Gemeinde,  
Grunaus-Kirchhof, in Neuföhren,  
Hermannstraße, aus statt.  
71/3 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter**  
Deutschlands.  
Am Montag, den 8. Juli, ver-  
starb infolge eines Unglücksfalles  
unser Mitglied  
**Karl Hirsch.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr,  
von der Halle des Legeler Fried-  
hofes, Jernsdorfer Straße, aus  
statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
57/19 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Buch- und**  
**Steindruckerei-Hilfsarbeiter u.**  
**Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am 11. Juli starb nach kurzem  
Krankenlager unser Mitglied  
**Karl Wähler**  
im Alter von 30 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 14. Juli, nachm.  
1/2 5 Uhr, auf dem Walfisch-  
Kirchhof in Südenbe statt.  
28/2 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten zur Nachricht, das  
am 10. Juli meine liebe Frau,  
unsere gute Mutter  
**Anna Schulz**  
geb. Klimpel  
nach längeren Leiden ent-  
schlafen ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr,  
von der Leichenhalle in Marzahn  
aus statt.  
Die Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, das meine  
innigste liebe Frau, unsere herzens-  
gute Mutter  
**Elise Buchholz**  
geb. Zühlke  
am 11. Juli verstorben ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Otto Buchholz nebst Kindern.**  
Rathenower Str. 36.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 14. Juli, nachm.  
3 Uhr, vom Krankenhaus Roabit,  
Birkenstr. 62/63, aus nach dem  
neuen St. Johannis-Kirchhof in  
Wilmerssee statt. 41/1

Nach langem schweren Kranken-  
lager entschlief am Mittwochabend  
7 1/2 Uhr meine liebe Frau, Schwester,  
Schwägerin und Tante  
**Luise Wegner**  
geb. Lauo 24415  
Im Namen der trauernden  
Hinterbliebenen  
**Max Wegner**  
Lichtenberg, Kronprinzenstr. 3.  
Die Beerdigung findet am  
Montagnachmittag 4 Uhr von  
der Leichenhalle des Zentralfried-  
hofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht,  
das unser Mitglied, der Kollege  
**Georg Sims**  
am Sonntag, den 7. Juli, an den  
Verletzungen, die er am Vormittag  
durch Ueberfahren erlitten hatte,  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, nachmittags 5 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des neuen  
Veit's-Kirchhofes in Wilmerssee  
(Seestraße) aus statt.  
Jährliche Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung  
176/20



**„Hoffnung“**  
Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)  
gegründet von organisierten Schneidergehilfen  
Berlin N.  
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).  
Großes Lager  
fertiger  
**Anzüge**  
und  
Sommerpaletots,  
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen  
und Arbeiter-Berufskleidung.  
Lieferant der Konsumgenossenschaft  
und des Arbeiterradfahrerbundes.  
Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.

**JOSETTI**

**JUNO**

**2 H**

**CIGARETTEN**

**WESTMANN**  
Mohrenstr. 37 a.  
Gr. Frankfurterstr. 115.

Sehen Sie sich ohne Kaufzwang meinen  
**Schluß-Saison-Ausverkauf an!**  
Das Beste an Arbeit, Stoff und Passung!  
Jetzt 15, 25, 35, 45, 65 bis 150 Mark  
Sonst bis 25, 35, 45, 65 bis 175 Mark  
ca. 2000 Kostüme das Schickste, Schöne in  
Baumwolle, Kammgarn, Leinen,  
Seide, Kleider aus Liberty, Vellu, Ninen, Marquettai  
Alle Größen! — Alle Fassons!  
Jetzt 9, 12, 15, 18, 25, 35 bis 125 Mark  
Sonst bis 14, 20, 28, 45, 65, 75 bis 126 Mark  
ca. 3500 Mäntel Seide, Popeline, Etamine,  
Kammgarn, Alpaka, Tuch,  
Ullster, auch echt engl., alle Größen, alle Fassons.  
Röcke von 4, 6, 8, 10, 12 bis 3 M. an zurück-  
gesetzte Kostüme 12 M. zurückgesetzte Mäntel 5 M.  
zurückgesetz. Kleider 13 M., zurückgesetz. Wintermäntel 10 M.  
**Plüsch- u. Pelz-Konfektion**  
nur noch kurze Zeit an Sommerpreisen.  
Sonntag nur von 8-10 Uhr geöffnet!



Berlins  
Hinter-  
bliebene  
im Zoo.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Vornehme**  
**Herren-**  
**Bekleidung**  
fertig und nach Maß  
erhalten Sie in der modernen  
Mass-Schneiderei  
**J. Kurzberg**  
auf Wunsch Wochenrate.

von  
**1 Mark**  
an

Rosenthaler Straße 36  
1. Etage.  
Frankfurter Allee 104  
Ecke Friedenstraße.  
Reinickendorfer Str. 4  
Weddingplatz.

**Heideschloß Hohenbinde**  
„Zum Gutenberg“.  
Stadtbahnstation Erkner, Fernruf 298.  
Idealisch an Wald und See gelegen.  
Völlig Sommerwohnungen u. Zimmer.  
Für Vereine u. der schönsten Ausflugs-  
ort. Gradkanal und Halle, Regel-  
bahnen u. A. Schmann.

**Eine Mark**  
wichtigen Teilzahlung



liefern  
**elegante**  
**Herren-**  
**Moden**  
fertig und  
nach Maß.  
Garantie für  
tadellos. Sitz  
und feinste  
Verarbeit.

Klein Waren-Kredithaus!

**S. Boltuch**  
Mass-Schneiderei  
nur Frankfurter Allee 75.  
Eingang Tilsiter Straße.  
Kein Laden! Kein Laden!

**Monats-Garderobe!**  
Die besten Sommer-Paletots  
und 4-500 getragene Anzüge für  
Herren, Smoking-Anzüge, Grad-  
anzüge, sowie von Kadieren ge-  
tragene, fast neue Sachen (a. Seide),  
für jede Figur passend, in größter  
Auswahl zu unübertroffen 107/7  
**billigen Preisen.**  
1 Tr., deshalb billiger wie im Laden.  
Wasserkor-  
Hirsch Kleiderhaus, Straße 12/13 1.

**Technikum - Rausschule**  
Reg.-Baumeister Werner  
Neanderstraße 3.

**Saison-Räumungsverkauf**  
Feinste Anzüge, Paletots,  
schicke Ulster, Gehrockanzüge  
Smokings auf Seide 30-70 M.  
Versandhaus Germania  
21. Unter den Linden 21.

# 39

# JANDORF'S

## Woche

# 39

Bis Sonnabend den 20. Juli Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

Die annoncierten Artikel stellen nur einen Auszug aus einzelnen Abteilungen dar. Wir machen noch besonders auf unsere Schaufenster-Dekoration aufmerksam. Soweit Vorrat

### Wirtschafts-Artikel

- 1 Handtuchhalter ... 39 Pz.
- 1 Gewürz-Etagere ... 39 Pz.
- 1 Pfeffermühle Ahornholz, m. Delitdecor
- 1 Nudelrolle Ahornholz 39 Pz.
- 1 Garderobenleiste mit 3 Haken
- 1 Putz-o. Wischkasten grau
- 1 Ansklopfer m. Draht-einlage
- 1 Quiribrett Ahornholz
- 1 Gurkenhobel gross
- 1 Haarbürste
- 1 Waschbrett mit Zink-einlage
- 6 Pakete Blitzblank im Karton
- 1 Staubwedel
- 1 Kleiderbürste
- 1 Messerkasten aus Holz schrank
- 1 Eier-
- 1 Eckgarderobe mit Haken
- 1 Wäschleine ca. 15m
- 1 Marknetz
- 1 Ringständer
- 1 Feuerhaken
- 1 Blankbürste
- 1 Handfeger
- 1 Teppichhandfeger

- 1 Reibelsen ... 39 Pz.
- 1 Gurkenhobel
- 1 Gemüsehobel
- 2 runde Gaze-glocken
- 1 Küchenlampe mit 6" Brenner
- 1 Nachtlampe gross
- 2 Glühstrümpfe Normal
- 1 Puddingform
- 6 Teelöffel Britannia od. Aluminium
- 1 Brotkorb fein lackiert od. vernick.
- 1 Schaum-od. Schöpflöffel Aluminium
- 1 Stahlblech-Bratpfanne ca. 24 cm
- 1 Zwiebel- o. Semmelkorb Delft- oder Karomaster
- 1 Königskuchenform ca. 30 cm
- 1 Springform ca. 24 cm
- 3 Eselöffel Britannia od. Aluminium
- 3 Tismesser
- 1 Topflappenkasten Delft- oder Karomaster
- 1 Giesskanne grün lack.
- 1 Paar Solinger Bestecke
- 1 Solinger Brotmesser
- 1 Möbelbürste Kokos

### Wäsche, Schürzen

- 1 Mädchenhemd Ahsel- oder Fasonschnitt, m. Languet, 39 Pz. In verschiedenen Grössen
- 1 Knabenhemd in verschied. Grössen
- 2 Kinderlätzchen Wachtuch oder Pique, mit Stickerei
- 2 gestrickte Jäckchen
- 2 Molton-Unterlagen 39 Pz.
- 2 Erstlingshemdchen 39 Pz.
- 1 Tändelschürze weiss, mit Stickerei ... farblich
- 1 Kinderschürze in 3 Grössen
- 1 Knabenschürze mit Tasche
- 1 Knabenschürze Wachtuch

### Emalle

- 1 Milchkanne ca. 2 1/2, oder 3 Liter Inhalt neublau, ca. 16 oder 18 cm mit Hohlgriffen, ca. 16 cm
- 1 Schmortopf
- 1 Fleischtopf
- 1 Maschinentopf neublau weiss, mit oder ohne Ausguss
- 1 Kasserolle mit Hohlstiel, ca. 16 cm
- 1 Kasserolle mit Ring u. Stiel ca. 12 od. 13 cm
- 1 Kaffeekanne
- 1 Durchschlag neublau oder weiss, ca. 16cm
- 1 Wassermass mit Konsol
- 1 Milchtopf mit Ausguss 39 Pz.
- 1 Essenträger neublau oder weiss, ca. 15 cm
- 1 Müllschippe
- 1 Waschsüssel ca. 34 cm
- 1 Waschgürtel verschiedene Muster
- 1 Gummi-Gürtel schwarz oder farbig

### Steingut

- 6 Speiseteller tief oder flach 39 Pz.
- 1 Satz Schüsseln 4 Stück
- 1 Suppenterrine zusammen 39 Pz.
- 1 Sauciere
- 3 Gemüseschüsseln 39 Pz.
- 2 grosse Salatschüsseln rund oder oval
- 6 Portions-Kaffeetassen
- 2 grosse Milchtöpfe 1 1/2, Ltr.
- 1 Salz- oder 1 Mehlreste
- 6 Abendbrotteller zusammen 39 Pz.
- 1 Butterdose
- 1 Bratenplatte oval
- 1 Sauciere
- 10 Kompottäpfe
- 3 Schneidebretter bunt oder weiss mit Holländer-dekoren
- 2 Wandteller 39 Pz.
- 1 Kartoffelschüssel m. Deck.
- 1 Bratenplatte zusammen 39 Pz.
- 4 Schmalznäpfe
- 6 Kaffeebecher 39 Pz.
- 1 Waschs-service-Kanne weiss oder dekoriert
- 2 Vorratsstollen

### Galanterie

- 1 Wandspiegel ca. 27x35 cm m. schönem Rahmen 39 Pz. ca. 24x33 cm
- 1 Bild Visit aus Metall
- 2 Bilder-Rahmen
- 1 Portemonnaie für Herren oder Damen 39 Pz.
- 1 Markt-tasche ca. 30 cm lang mit Schweden-ständer
- 1 Wetterhaus 39 Pz.
- 1 Rasier-garnitur 39 Pz.
- 1 Konfektschale
- 1 Stehspiegel
- 1 Kleiderriegel mit 4 grossen und 3 kleinen Haken, ca. 64 cm
- 1 Paneel ca. 60 cm lang 39 Pz.
- 1 Handtuchhalter ca. 57 cm lang

### Möbelstoffe

- 1 Meter Filztuch-Lambrequinstoff reich bekarbelt
- 1 Meter Läuferstoff
- 1 Met. Portierenstoff
- 1 Tüll-Tischläufer
- 1 Met. Kongressstoff weiss oder creme

### Schreibwaren

- 200 Butterbrod-Beutel
- 1 Kochbuch 200 Seiten stark
- 1 Postkartenalbum 300 Kart.
- 3 Rollen Toiletten Papier
- 2 Roll. Küchenkanten
- 100 Reissnägel zusammen 1 Pz.

- 1 Mädchen-tasche 39 Pz.
- 10 Meter Wachtuch-spitze 39 Pz.
- 3 Pfd. Salmiak-Terpentin-Seifenpulver 39 Pz.
- 1 Untertaille mit Languetten-Besatz, in vielen Weisen 39 Pz.
- 1 grosses Küchenbrett 39 Pz.
- 1 Kammkasten aus Holz 39 Pz.

Hemdentuch für Leib- oder Bettwäsche ... 39 Pz.

Louisianatuch für Leib- oder Bettwäsche ... 39 Pz.

Züchen für Bezüge ... 39 Pz.

Piqué-o. Croisé-Barchend weiss 39 Pz.

### Baumwollwaren

- 1 Badekappe aus Gummi 39 Pz.
- 1 Schwimmhose aus Trikot mit Franzen, ca. 45x40 cm
- 3 Staubtücher ca. 34 x 40 cm
- 2 gelbe Poliertücher
- 2 Handtücher
- 3 Wischtücher kariert
- 1 Paar Schweiss-Socken granuliert
- 1 Paar Herren-Socken schwarz, leder, grau, buntfarbig
- 1 Paar Herren-Socken feinfarbig, m. Ringel
- 2 Paar Ersatzfüsse für Damen-strümpfe, schwarz od. leuchtend, besonders feine Qualität
- 100 Gramm Strickwolle schwarz o. meliert
- 1 Sportkragen

### Glas

- 1 Butterdose zusammen 39 Pz.
- 1 Zuckerschale
- 1 Pfeffer-u. Salzgefäss
- 6 Kompotteller Pressmuster
- 1 Salatschüssel Steinschliffmuster
- 4 Kompottschüsseln Steinschliffmuster
- 1 Kuchenteller gross, Steinschliffmuster
- 1 Käseglocke mit Teller, Steinschliffmuster
- 1 Butterdose mit Teller 39 Pz.
- 1 Kaffee-, Zucker- oder Kakaobüchse mit Metall-deckel
- 1 Bierkrug ca. 1 1/2 Liter 39 Pz.
- 4 Kavaler- od. Viktoriabecher
- 4 Bierbecher mit Bordüre

### Herren-Artikel

- 1 Regatte, Binder oder Schleife schwarz o. farb. 39 Pz.
- 1 Serviteur weiss oder farbig
- 1 Serviteur weiss, weich Pique
- 1 Stehamegekragen amerikanische Form 39 Pz.
- 1 Paar Manschetten 39 Pz.
- 1 Paar Hosenträger od. Herr.
- 1 Paar Socken halter 39 Pz.
- 1 Südwester f. Mädchen
- 2 seidene Lavalliers 39 Pz.

### Weisswaren

- 1 Stickerei-Matrosenkragen
- 1 Batist-Jabot in verschiedenen Aus-führung.
- 1 Tüll-Jabot mit Kin-satz und Spitze
- 1 Pierrettekragen weiss, mit Eins. od. Spitze ca. 10 oder 15 Meter
- 1 Abschnitt - Wäschestickerel ca. 2 Meter
- 1 Robespierrekragen aus Batist

### Spitzen und Be-satzreste

- 3 Taillenverschlüsse wasch-bar
- 2 Paar Armblätter wasch-bar
- 3 Paar Macco-Schleifensenkeln mit Seide besponn.
- 1 Dtz. Kragenstäbe
- 1 Paar Damenstrumpfhalter
- 1 Stück Bettlitze zusammen
- 2 Garnit. Senkel 39 Pz.
- 1 Paar runde Gummi-Absätze
- 1 Paar Melton-Pantoffel für Damen
- 1 Paar Cordpantoffel für Herren

### Ton-Kochgeschirre

- garantiert feuerfest Marke „Feuertrotz“
- Schmortöpfe, Maschinentöpfe, Milchtöpfe, Kasserollen usw.
- Stück 39 Pz.

Musseline imitiert, mit apart. Bordür. 39 Pz.

Zephir mit oder ohne Bordüre 39 Pz.

Perkal hübsche Muster 39 Pz.

Batist a-jour weiss Pfennig

### Porzellan

- 4 Milchtöpfe Golddekor 39 Pz.
- 3 Kaffeebecher Rosendekor
- 1 Salatschüssel dekor. 39 Pz.
- 1 Bratenplatte verschiedene Grössen
- 3 Kaffeetassen m. Untertassen dekoriert
- 1 Sauciere 39 Pz.
- 1 Kaffeeservice Porzellan, Steilig, auf Tablett 39 Pz.
- 1 Milchtopf ca. 2 Liter 39 Pz.
- 4 Kompottschüsseln dekor.
- 1 Menage Satz, Pfeffer, Senf, dekoriert
- 1 Butter-dose ca. 1 1/2 ltr. Inhalt, reich dekoriert
- 3 Speise-teller ca. 24 cm
- 1 Kaffeekanne dekoriert
- 6 Eierbecher
- 1 Salz- u. 1 Pfeffernapf 39 Pz.
- 3 Desserteller dekor. 39 Pz.
- 1 Teekanne dekoriert 39 Pz.

### Handarbeiten

- 1 Mittendecke aus Linnen, mit neue Zeichnungen 39 Pz.
- 2 Tablettdecken Linnen, mit Saum, vorgezeichnet 39 Pz.
- 1 Stuhl-kissen aus starkfüdigem Stoff, mit Franzen-garnierung, vorgez. 39 Pz.
- 1 Bürstentasche aus Aldastoff handgestickt
- 2 Nachttischdecken Linnen, mit Saum vorgezeichnet 39 Pz.
- 1 Tablettdecke fertig 39 Pz.
- 1 Kissenbezug aus starkfüdigem Stoff, vorgezeichnet 39 Pz.
- 1 Meter gehäkelte Spitze
- 1 gr. Flasche Brillantine
- 1 Flasche Bay-Rum
- 5 Stück Blumen-seife 39 Pz.
- 1 Toilettehalter mit Spielz. u. 1 Rolle Papier 39 Pz.
- 5 Stück Sparkernseife
- 1 Nagelpolierer Celluloid 39 Pz.

### Seifen

- 1 gr. Flasche Brillantine
- 1 Flasche Bay-Rum
- 5 Stück Blumen-seife 39 Pz.
- 1 Toilettehalter mit Spielz. u. 1 Rolle Papier 39 Pz.
- 5 Stück Sparkernseife
- 1 Nagelpolierer Celluloid 39 Pz.

6 Dosen Schuh-creme 39 Pz.

1 Arbeiter-kanne neublau emailiert 39 Pz.

2 Maschinentöpfe Emaille-neublau-weiss ca. 10 und 13 cm 39 Pz.

1 Staubtuch-korb 39 Pz.

3 Küchen-handtücher 39 Pz.

3 Teelöffel Alpaka 39 Pz.

1 Paar Damen-strümpfe deutsch od. englisch lang, schwarz oder leuchtend farbig 39 Pz.

1 Sport- oder Reisemütze für Herren o. Knaben 39 Pz.

6 Dutzend Druckknöpfe garantiert rostfrei 39 Pz.

1 Kamm-garnitur Steilig mit od. ohne Steine 39 Pz.

3 Schinken-teller Ahorn, rund oder blattförmig 39 Pz.

Restauflage 3 Bände Reiselektüre 39 Pz.

50 Briefbogen 50 Umschläge gewählte Qualität 39 Pz.

- 12 Kleider-bügel 39 Pz.
- 1 Kannen-Untersatz Majolika, mit vernickeltem Hand 39 Pz.
- 1 Reise-garnitur im Karton: 1 Glas-bürste, 1 Schmutz-bürste, 1 Auftrage-bürste, zusammen 39 Pz.
- Restauflage Deutsch. Marineleben Deutsch. Soldatenlieb. 2 Bände, zusammen 39 Pz.
- 1 Paar Herren-Socken schwarz od. leuchtend, m. bestickt, Faseln 39 Pz.
- 1 Netzjacke für Herren, 2 Grössen 39 Pz.



7. Verbandstag der freien Gastwirte.

Frankfurt a. M., 11. Juli.

Die Debatte über das Einkaufs- und Produktivgenossenschaftswesen endete mit Annahme der Resolution des Referenten. Dieser war noch ein Zusatz angefügt worden, daß nur mit Lieferanten, die mit den zuständigen modernen Gewerkschaftsorganisationen Tarifverträge abgeschlossen haben, Vereinbarungen getroffen werden.

Zur Beratung stand dann der Punkt:

Stellungnahme zu den Bestimmungen der Gewerbeordnung des Gast- und Schankwirtsberufes betreffend.

Der Referent Wichele-Berlin wandte sich sehr entschieden gegen die obligatorische Einführung der Bedürfnisfrage. Die Einführung bedeute ein Privilegium an die Hausbesitzer, denn durch sie würden die Häuser mit Gastwirtschaften eine gewaltige Wertsteigerung erfahren. Sie bilde aber auch eine Zuchtprobe für die der Polizei mißliebigen Wirte. Es sei dann ganz in das Ermessen der Behörde gelegt, ob ein Bedürfnis zugestanden wird. Das könne eine Zurücksetzung bestimmter Personen zur Folge haben. Der Referent begründete sodann die von ihm aufgestellten Forderungen an die Regierung für die Abänderung der Gewerbeordnung. Diese Forderungen gehen dahin:

1. Die Einführung des obligatorischen Bedürfnisnachweises ist abzulehnen.

Wird sie aber dennoch beschlossen:

a) dann durch Ortsstatut jede Art von Schankkonzession, also auch die Alkoholfreie, von der Prüfung des Bedürfnisses abhängig zu machen. (Da die alkoholfreien nur verlappte Bierwirtschaften oder Destillationen sind.)

b) Außer der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, dann auch durch Majorität der in der Ortschaft oder Kreis vorhandenen Gast- und Schankwirte die Einführung entscheiden zu lassen.

Ferner:

2. Die gesetzliche Festlegung des Konzessionsverfahrens:

a) Die gütliche Anhörung der sämtlichen am Orte angelegenen Wirte, und zwar in der Weise, daß alljährlich eine solche Vertretung aus ihrer Mitte durch Proportionalwahlen gewählt wird, welche an der Mitwirkung bei allen anderen das Gastwirtsberufes betreffenden Fragen heranzuziehen ist.

b) In den Stadt- und Kreisrätschüssen bzw. Bezirksausschüssen haben auch Gastwirte als Besitzer mitzuwirken. Nach Einführung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte würde die Fernhaltung der Gast- und Schankwirte von der Rechtsprechung in Konzessionsangelegenheiten nicht mehr zu rechtfertigen sein.

c) Die Anwartschaft der sogenannten älteren Bewerber auf Erteilung der Schankkonzession bei eintretendem Bedürfnis ist gesetzlich festzulegen.

d) Das Schankkonzessionsverfahren ist durch Einführung von kurzen Fristen für die Abgabe der Erklärungen der hierbei mitwirkenden Ortspolizei und Gemeindebehörden bzw. des neu zu schaffenden gastwirtschaftlichen Vertretungsorgans zu beschleunigen mit der Maßgabe, daß, wenn keine Erklärungen in den gesetzlich festzulegenden Fristen nicht abgegeben werden, die Entscheidung über das Konzessionsgesuch ohne Rücksicht hierauf zu erfolgen hat. Gegenwärtig dauert das Konzessionsverfahren meistens so lange, daß die beteiligten Gast- und Schankwirte hierdurch auf das aller schwerste geschädigt, ja vielfach ganz ruiniert werden.

Auch bezüglich der Lokalbeschaffenheit müssen wir verlangen, daß dies nicht den Landesregierungen Verlassen bleibt.

Es muß mindestens berücksichtigt werden, ob das Lokal schon unter den gegebenen baupolizeilichen Vorschriften konzeffioniert war.

4. Anzahl der zu erwerbenden Konzessionen: Daß möglichst an eine Person nur eine Konzession gegeben wird.

5. Konzessionierung juristischer Personen: Daß Schankkonzessionen an juristische Personen als solche nicht verliehen werden dürfen, gesetzlich festzulegen.

6. Polizeistunde: In die Gewerbeordnung allgemeine Normen einzufügen, welche durch Ortsstatut die einheitliche Regelung der Polizeistunde in den einzelnen Orten vorschreiben. Wenn daher auch die Regelung der Polizeistunde durch ortspolizeiliche Verordnungen bestehen bleiben soll, so empfiehlt es sich doch, Bestimmungen in die Reichsgewerbeordnung aufzunehmen, welche die Erteilung einer längeren Polizeistunde und die Entziehung derselben den mit der Erteilung der Schankkonzession befähigten Behörden überweisen und dem geregelten Verfahren unterwerfen.

7. Verwerfung jedes Befähigungsnachweises sowie jeder Bedingung, die sich an den Nachweis eines bestimmten Vermögens knüpft.

8. Bezüglich des Flaschenbierhandels empfiehlt es sich, einheitliche gesetzliche Bestimmungen zu treffen.

9. Konzessionspflicht der Privatlogis, Privatmitagastische und Speisewirtschaften. In der

Debatte

teilte Verbandsvorsitzender Vitsin-Berlin mit, daß eine Anzahl Vereine und Verbände, die nicht auf dem Standpunkt des Reichsverbandes deutscher Gastwirtsverbände stehen, zu der Abänderung der Gewerbeordnung Stellung genommen und bestimmte Forderungen aufgestellt haben, von denen die Vitsins des Referenten einen Auszug hielten. Es sei geplant, bei Zusammenrufen des Reichstages eine Konferenz nach Berlin einzuberufen, an der alle Vereine teilnehmen sollten, die auf dem Boden der aufgestellten Grundzüge stehen. Ferner sollen in einer bestimmten Woche im Herbst im ganzen Lande Wirtsversammlungen abgehalten werden, die sich mit der Bedürfnisfrage befassen.

Immer-Halle wünschte, daß in den Forderungen der Punkt Aufhebung der Polizeistunde aufgenommen wird.

Vorsitzender Vitsin bemerkte hierzu, daß der Verband dies prinzipiell verlangt, die aufgestellten Forderungen darum nur eventualiter gemeint sind.

Von der Heiden-Röhl erklärte, daß die Forderung auf Einführung der Bedürfnisfrage auch schon in die Reihen der Parteigenossen gedrungen sei. So wären die abstinenten Arbeiter für die Einführung. Es sei daher nötig, daß dieser Frage in Parteikreisen mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Einen gegenwärtigen Standpunkt wie sämtliche Redner nahm Japp-Nürnberg ein. Er sprach sich für die Einführung der Bedürfnisfrage aus. — Vorsitzender Vitsin stellte unter Zustimmung des Verbandstages fest, daß Japp mit seiner Anschauung allein steht.

Die Forderungen des Referenten wurden dem Vorstand als Richtlinien überwiesen. Sie sollen der Regierung eingereicht werden.

Verbandsvorsitzender Vitsin begründete dann kurz nachfolgende Resolution, die den Standpunkt des Verbandstages zu der wirtschaftlichen Lage des Gastwirtsberufes nach der Reichsfinanzreform präzisiert:

Der 7. ordentliche Verbandstag des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, welcher am 8. Juli 1912 und folgende Tage in Frankfurt a. M. tagt, erhebt erneut Protest gegen die Gesetzgebung in Reich, Staat und Kommune. Die beschlossenen einzelnen Steuerarten, Biersteuer, Branntweinsteuer, Tabaksteuer, Kaffee- und Teezoll, Rindholzsteuer, Glühkörpersteuer, Schaumweinsteuer, belasten in ihrer Gesamtheit keinen Beruf in solch hohem Maße, wie den Wirteberuf. Zu dieser Belastung durch die Finanzgesetze kommt die Erhöhung der Preise aller Verkaufsartikel durch die Zollgesetzgebung. In der kurzen Zeit des Bestehens dieser Finanzgesetze sind weit über 10 000 Wirte existenzlos gemacht und dem Hunger und Elend preisgegeben worden. Die Zahl dieser Existenzlosen bildet aber noch keineswegs den Gradmesser des durch diese Steuern hervorgerufenen Elends. Der größte Teil der Wirte hat heute nur noch eine Scheinerexistenz. Trotz eifrigem Bestreben ist es den Wirten nicht möglich, das Notdürftige für den Unterhalt der Familie zu beschaffen. Die Abhängigkeit wächst durch Vermehrung der Schuldenlast immer mehr. Viele sind bereits völlig kreditlos. Die Familien darben, einen anderen Beruf zu ergreifen ist oft infolge der Tätigkeit, welche die Wirte in ihrem Gewerbe ausüben und wegen des vorgerückten Alters nicht möglich.

Eine weitere Verschlechterung der Lage der Wirte ist durch die Stempelsteuergesetzgebung der einzelnen Staaten, insbesondere Preußens, herbeigeführt worden. Auch in vielen Gemeinden sind Steuern eingeführt, welche die Wirte besonders schwer belasten. So ist denn das Elend beim größeren Teil der Wirte unbeschreiblich geworden. Eine weitere Folge ist die durch die Not erklärliche Vermehrung strafbarer Vergehen.

Die Gesetzgebung zeigt bisher kein Seitenstück einer solchen unerhörten Steuerpolitik, welche einen einzelnen Beruf in solcher Art belastet hat.

Der Verbandstag stimmte der Resolution einstimmig zu.

Aus Industrie und Handel.

Zwangsviehversicherung.

Wie eine Korrespondenz erfährt, hat der preussische Landwirtschaftsminister die Landwirtschaftskammern angewiesen, die Frage einer allgemeinen Viehverversicherung zum Gegenstand von Beratungen zu machen. Zur Prüfung der ganzen Frage sind inzwischen Erhebungen über den gegenwärtigen Stand der örtlichen Viehverversicherungsvereine angestellt, nach denen in allen Provinzen zusammen 7362 Vereine vorhanden sind, die sich indessen außerordentlich ungleich auf die einzelnen Provinzen verteilen. So hat die Provinz Hannover 2033 Vereine, die Provinz Westpreußen dagegen nur 6. Diese örtlichen Viehverversicherungsvereine leiden nun an einer Reihe von Mängeln, die ihre Ursache in der Beschränkung des Risikos auf einen zu kleinen Kreis haben. Die Vereine finden in normalen Zeiten ihr Auskommen, sie geraten aber sofort in Schwierigkeiten, wenn irgend eine Seuche oder ein besonderer Entschädigungsfall eintritt und die geringen vorhandenen Mittel nicht ausreichen.

Marktbericht von Berlin am 11. Juli 1912, nach Ermittlung des 100g. Polyzetpreiskurses. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—32,00. Bohnen 40,00—42,00. Kartoffeln (Kleinh.) 8,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Sommerfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,20—4,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,20. Lachs 1,20—3,20. Jander 1,60—3,50. Hechte 1,20—2,80. Barsche 0,70—2,40. Schleie 1,20—3,20. Hele 0,80—1,00. 60 Stück Krebse 2,00—4,00.

Unser Saison-Ausverkauf beginnt mit einer Hosen-Woche

Dauer vom 13. bis 20. Juli

Ausverkauf von ca. 24 000 Hosen aus unserem Bestande, zu sehr billigen Preisen

- Herren-Hosen dunkelgestreifte Zwirnbuckskins, sehr haltbar . . . 2 95 M.
Herren-Hosen Streichgarn-Cheviots in vielen Streifen und Farben 4 95 M.
Herren-Hosen Cheviots und Kammgarnarten, ganz aparte Muster 7 20 M.
Herren-Hosen Kammgarn m. fein. Streif., sehr vornehmer Geschmack 9 20 M.
Herren-Hosen Aachener Kammgarne, hell und dunkelgestreift . . 11 15 M.

Sport-Hosen glatte und gemusterte Cheviots . . . 4 95 M.

Hosen aus Resten von guten Maßstoff hergestellt sehr billig

Weißer Strand-Hosen elegantes Aussehen mit Umschlag . . . 2 90 M. u. 5 70 M.

Knaben-Hosen blau Satin, gut waschbar, für 3 bis 15 Jahre Einheitspreis 1 55 M.

BaerSohn

Kleider-Werke □ BERLIN □ Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 □ □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntags nur von 3-10 geöffnet.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenfrei

Jeglicher Nachdruck verboten.





Abrechnungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham Kaul-Messing u. Römertrank-Koll.

Bestes alkoholfreies Getränk

S. S. Berliner O. Schellig.

Arbeiter Bekleidung

F. Falk Lützowstr. 22

Bäckerwaren Konditor

J. Kastner Lützowstr. 22

Blotter's Großbäckerei

Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Adlershofer Bäckerei

Max Becker, Kienbergstr. 36.

Brot-Fabrik „Vorwärts“

Hermann Ulrich, Köpenick.

„Brotfabrik“

R. Zimmer, Lindenstr. 25

Buehl & Sohn

Willy Döler, Prenzlauer Allee 42.

W. Engel

Verkauf in Milchgeschäften

Engel's Landbrot

Heinrichsberger Mühle

W. Engel

Verkauf in Milchgeschäften

Oskar Hanke's Brotbäckerei

75 Geschäfte in allen Stadtteilen

Bäckerei „Nordstern“

Inh. Gust. Möller

Richard Reinke

Paul Rißmann, Turinerstr. 34.

Otto Szillat

Schweidterstr. 48

Schütt, G.

Berlin O. NO.

Rich. Schenk

Markus-Str. 38.

O. Vogt, Wellensee

Waldstr. 106

Volkbrot E. G. m. B. H.

Fehrmannstr. 10

Heinrich Wittler

Papestr. 11

Badeanstalten

Arka-Bad, Anklamer-Str. 34.

Bad

Angusta-Bad, Köpenick-Str. 6001

Bürgerbad

Landbergerstr. 107

Canitz

Waldstr. 41.

Central-Bad

Neukölln

Erstes Lohthannin-Bad

Sel. G. Altkönig, Kiebitz-Str. 11

Bad Frankfurt

Gr. Frankf. Str. 126

Bad Friedrichshagen

Landstr. 111

Badenanstalt

Neukölln

Kur-Anstalt „Löser“

Rosenstr. 70.

National-Bad

Brunnenstr. 9.

Bad Ostend

Lief. an Kasern

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Out-Bad, Pallasstr. 76.

Passage-Bad

Kottbuser Damm 79.

Kuranstalt W. Schutz

Elisabethstr. 71

Römer-Bad

Kottbuser Damm 75

Silesia-Bad

Schlesische Str. 31.

Victoria-Bad

Kottbuser Damm 75

Bandagen, Gummie

H. Hauke, Stralauer Str. 54.

Wende, A.

Reiche, A.

Gebrüder Groh

40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holtz

Kosten, Gebr. Wörther-Str. 33

Kosmalla, E.

Paul Lidaer, Stollbergstr. 65

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R.

Schulz, Arth. Mllk, Hermannstr. 35

Uhy & Wolfram

Verkaufsstellen

Vereinte Pommersche Meiereien

48 Verkaufsstellen

Stettiner Butterhalle

Invalideustr. 123

Cacao, Chocolate

Althaus, Krieger-Str. 12

Cylix, G.

Ferd. Hehn, Berlin, Pergamenerstr. 172

Die Fabrikate der „Sarotti“

Chokoladen u. Cacao-Industrie

Neu: Simpli-Schokolade

Schütz, Warschauerstr. 82

G. Senff

Baszorgu. f. Händler

STOLWERK

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

In drei Preislagen

Ferdern Sto

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Die verschiedenen Sorten sind

Cigarrenhandlungen

Fr. Behrend, N. Frankstr. Allee 17

Klein, Wiht

Müllerstr. 134

Ferdern Sto

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Die verschiedenen Sorten sind

Damenkonfektion

Cohn, Geschw., Dargmannstr. 9

Ballmann

Neukölln, Bergstr. 193

Dampfwäscher MERKUR

W. Hoffmann, Schönb. Allee 160

Ernst Machnow

Wilmersd. 14

Klein, Wiht

Müllerstr. 134

Ferdern Sto

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Die verschiedenen Sorten sind

Damenkonfektion

Cohn, Geschw., Dargmannstr. 9

Bezugsquellen-Verzeichnis.

G. Laurent Brunnenstr. 16

Gustav Mal, Schönhauser Allee 177

M. Strätzke, Neukölln, Hermannstr. 134

F. Müller, Danzigerstr. 37

G. W. Rutschke, Neukölln, Hermannstr. 134

Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 9

C. Sommer, Wraselstr. 4

Topfplanzen aller Art

Brüderhändler

J. F. Assmann

29 Filialen in Berlin O.

Oskar Beck

Dresdenstr. 37

Reichenbergerstr. 18

Vororte, Vorzugsgeschäfte

Bunirock, W.

Drei Kronen

Fried. Göseke, 7 Filialen

Gebrüder Groh

40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holtz

Kosten, Gebr. Wörther-Str. 33

Kosmalla, E.

Paul Lidaer, Stollbergstr. 65

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R.

Schulz, Arth. Mllk, Hermannstr. 35

Uhy & Wolfram

Verkaufsstellen

Vereinte Pommersche Meiereien

48 Verkaufsstellen

Stettiner Butterhalle

Invalideustr. 123

Cacao, Chocolate

Althaus, Krieger-Str. 12

Cylix, G.

Ferd. Hehn, Berlin, Pergamenerstr. 172

Die Fabrikate der „Sarotti“

Chokoladen u. Cacao-Industrie

Neu: Simpli-Schokolade

Schütz, Warschauerstr. 82

G. Senff

Baszorgu. f. Händler

STOLWERK

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

In drei Preislagen

Ferdern Sto

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Die verschiedenen Sorten sind

Cigarrenhandlungen

Fr. Behrend, N. Frankstr. Allee 17

Klein, Wiht

Müllerstr. 134

Ferdern Sto

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Die verschiedenen Sorten sind

Damenkonfektion

Cohn, Geschw., Dargmannstr. 9

Ballmann

Neukölln, Bergstr. 193

Dampfwäscher MERKUR

W. Hoffmann, Schönb. Allee 160

Ernst Machnow

Wilmersd. 14

Klein, Wiht

Müllerstr. 134

Ferdern Sto

Kakao und Schokolade

Wesenberg

Wagner, P., Mllk, Bergstr. 42

Paul Ziemann

Kaufmann - Chausseestr. 88

Damenkloiderstoffe

Adolf Daubermann

Oranienstr. 180

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie, O. Müggelstr. 8

Artel, Kurt, Mllk, Reuterstr. 43/44

Apoth. Paul Frank, Bräunestr. 41

Apoth. Lindberg, Str. 74

Becker, C. Lithauerstr. 6

Gustav Bergug, Weidenweg 80

Hch. Bocallius, Fank, Seilerstr. 44

Sämtl. hygienische Bedarfartikel

Central-Drogerie, Brühlstr. 21

A. Diepew, Taugenestr. 12

Drogh. B. Kühn

Allee 187

Ebert, Max

Kopernikusstr. 17

Edison-Drogerien, O. Schöneberg

Franz Fischer, Frank, Chausseestr. 148

Sämtl. Genesmittel u. Drogen

Friedrich, Paul, O. Gärtnerstr. 23

Germania-Drogerie, Frankfurter Allee 17

Göting, G.

Gäthner, „Lava-Drogerie“, Strahlstr. 37

Hachsel, L. Treppe, Gratz-Str. 10

Hansa-Drogerie, N. Rauerstr. 35

F. Hofop, Ullas-Str. 15

Klähn, H., Mllk, Kaiser-Friedrich-Str. 134

Knesbeck-Drogerie, Hermannstr. 119

Kronprinz-Drogerie, Reuterstr. 7

P. Lebrück, Kottbuser-Damm 79

Max Lierke, O. 24, Ebertstr. 35

Alfr. Marsch, Culmstr. 37

Nellie, Felix, Meißnerstr. 16a

Oehmke, Heinrich, Preussenstr. 82

Ramien, Otto, Landstr. Platz 1

Rathaus-Drogerie, Mllk, Danzigerstr. 24

Arno Reif, Weberstr. 30

Apoth. Meyer, vorm. Lemcke

M. K. Friedr. Str. 243

Prinzenstr. 103

Alfred Hoffmann

Franz Schöneck, Oberländerstr. 22

Fr. Schömann, Linienstr. 22

Hugo Schütz, Mllk, Danzigerstr. 156 a

H. Gummert, Fotograf-Artikel

P. Böhmer, Kottbuser-Damm 79

Herrn-Vincent, Mllk, Bergstr. 131

Weider-Drogerie, Britz, Reuterstr. 57

Wedding-Drogerie, Genterstr. 97

Welsch, G. Fischer, Döllingstr. 21

Zobel, Georg, N. Ackerstr. 20

Eisen- u. Stahlw. Waff.

Alu. O. Mllk, Kaiser-Friedrich-Str. 6

Otto Anders, Kottbuser-Damm 6

W. Almer, Mllk, Danzigerstr. 24

Beutel, C., Boxh. Neue Bahnh. Str. 25

Herrn-Braun, Landstr. Allee 149

Brenneke, C.

Wraselstr. 94

G. Brenneke, Schönb. Allee 144

G. Brucklacher

Oranienstr. 11

F. Beutel, Mllk, Kaiser-Friedrich-Str. 77

Willy Epkel, Turmstr. 29

V. K. Spandau, Schönebergstr. 14

H. Richter, Haus u. Kohnen

Rich. H. u. Neukölln, Schönebergstr. 48

Carl Jung, Stromstr. 31

Junghuth, Hermannstr. 172

Kantner M. O. Schöneberg, Ebertstr. 19



Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Berliner Reichstagswahlkreis. Sonna, den 14. Juli: Großes Sommerfest in den Gesamträumen der Berliner Wodbrauerei, Tempelhofer Berg. Konzert, Gesang, Kinetograph, Ball (Herren zahlen 50 Pf. nach). Jedes Kind erhält einen Bon zur Stocklaterne gratis. Die Kaffeelücke ist von 2-8 geöffnet. Vorverkauf: Vikett 20 Pf., an der Kasse 30 Pf.

Der Vorstand.

Charlottenburg. Die Genossen und Genossinnen der 7. Gruppe veranstalten am Sonntag, den 14. Juli, einen Ausflug nach Bickelsberge und treffen sich um 2 Uhr nachmittags im Restaurant Freund.

Johannishof. In den Monaten Juli und August werden die sonntäglichen Bibliothekstunden nur alle 14 Tage abgehalten und ist die Bibliothek am Sonntag, den 14. und 28. Juli sowie am 11. und 25. August geschlossen.

Reinickendorf-West. Dienstag, den 16. Juli, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet in den Eichbornsälen (Znh. D. Schiller), Eichbornstraße 60, die Generalversammlung des Bezirkswahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht und Wahl sämtlicher Funktionäre. 3. Anträge zum Parteitag. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Ohne Mitgliedsbuch oder Aufnahmechein kein Zutritt. Die Bezirksleitung.

Bezirk Vorkogel-Wittenau. Sonntag, den 14. Juli, findet im Wittenauer Gesellschaftshaus ein Sommerfest, veranstaltet vom Wahlverein Vorkogel-Wittenau, statt. Für Unterhaltung ist reichlich gesorgt. Anfang nachmittags 2 Uhr.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Morgen Sonntag, den 14. Juli, findet im Lokale von Ledemitz, Inhaber Perle, an der Kirche ein großes Sommerfest statt, verbunden mit einem großen Gartenkonzert, ausgeführt vom Gewerkschaftsorchester (Dirigent Perlewitz) und unter Mitwirkung des Schwanenischen Männergesangsvereins (Mitglied D. A. S. V.), des Berliner Humorquartetts; Turnerische Aufführungen von Mitgliedern des Arbeiter-Turnvereins Rankow. Für Kinderspiele ist bestens Sorge getragen. Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr ab geöffnet. Eintritt 25 Pf.

Buch. Deute. Sonnabend, den 13. Juli, abends pünktlich 1/8 Uhr, 8 ab, 1 ab, findet bei Paul Starke, Bahnhofstr. 8, ein Friedrichsfelder. Die Teilnehmer an der Landagitation treffen sich Sonntag früh 1/7 Uhr bei Brunt.

Rudow. Der Wahlverein hält Sonntag, den 14. Juli, nachmittags 5 Uhr, bei Paul seine alljährliche Generalversammlung mit wichtiger Tagesordnung ab.

Herzfelde. Eine Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins, in der wichtige Punkte der Tagesordnung stehen, findet Sonnabend, den 13. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zum goldenen Stern“ statt.

Alt-Landsberg. Sonntag, den 14. Juli, findet im Lokale von Thomas Schmidt, Alt-Landsberg-Süd, das Sommerfest der hiesigen Parteigenossen, bestehend aus Konzert, Tanz und Kinderspielen, statt.

Waltersdorf. Der Bezirkswahlverein Ortner-Waltersdorf hält am Sonntag, den 14. Juli, von nachmittags 3 Uhr ab in den Räumen des Restaurants „Dampfbad“ (Znh. Scholz) in Waltersdorf ein Sommerfest unter Mitwirkung der Arbeitervereine der beiden Orte ab. Eintritt 25 Pf.

Berliner Nachrichten.

300 Akademiker für die Erhaltung der Grunewaldseen.

Der Berliner Waldschutzbund hat dem Verband Groß-Berlin eine Petition überreicht, die von rund 300 der angesehensten Vertreter der deutschen Wissenschaft unterzeichnet worden ist. Die Petition lautet:

„Die unterzeichneten Mitglieder der medizinischen und philosophischen Fakultät der königlichen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin und Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege sehen in der dauernden Entwässerung der Grunewaldseen — Nikolajsee, Schlachtensee, Krumme Laake, Niemeistersee — und der dadurch bedingten Verlandung ihrer Ufer und Vernichtung einer eigenartigen Flora und besonders schöner landschaftlicher Reize, sowie der damit verbundenen schweren direkten und indirekten Fährdung der öffentlichen Hygiene eine schwere Schädigung der Volkswohls, durch welche unerlässliche Werte für jetzt und die Zukunft verloren gehen.

Sie bitten den Zweckverband von Groß-Berlin, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln der drohenden Gefahr entgegenzutreten zu wollen, insbesondere eine Kommission einzusetzen, die unter Heranziehung von Sachverständigen die Mittel und Wege ermittelt, deren schnelle Anwendung die Rettung der gefährdeten Seen sichert.“

Kürzert den 300 Unterschriften finden sich neben dem Vorsitzenden des Waldschutzbundes, Geh. Medizinrat Professor Frowald, auch der derzeitige Rektor der Universität, Geheimrat Professor Lenz, Gustav Schmoller, sowie viele bekannte Namen, wie Hans Delbrück, R. du Bois-Reymond, Rudolf Eberstadt, E. Brande, Johannes Orth, Max Sering sowie die Geologen Erdmannsdorffer, Potonie, Wahnschaffe und viele andere.

Notdürftiges.

Sehr notwendig sind die Einrichtungen für des Publikums Notdurft auf den Bahnhöfen in Berlin. Das tritt nicht nur zur jetzigen Zeit des starken Verkehrs hervor, das ist eine regelmäßige Erscheinung, die der große Reiseverkehr nur besonders deutlich macht. Ein Wort der Kritik ist da einmal am Platz, um so mehr, als gerade der Teil des Publikums sich beschwert fühlt, der nicht für jede Gelegenheit einen Groschen ausgeben kann und mag: das Publikum der dritten und vierten Klasse, das den Bahnen die größten Einnahmen bringt. Man hat in den letzten Jahren die verschlossenen Klosetts vermehrt und die freien dadurch vermindert, die gerade eine Vermehrung nötig hatten; man preist die Verschönerung mit der Aufschrift an, daß „Spiegel und anstehungs-freies Toilettenpapier“ zur Verfügung steht, aber — einen Groschen her! Wenn nun ein armer, schwerbedrängter Mann eine bessere Verwendung für seine Groschen hat und der Meinung ist, seine Notdurft frei verrichten zu dürfen, dann muß er eben warten, denn die freien Klosetts sind in der Regel besetzt, und gewöhnlich warten schon einige andere Leute in gleicher Lage. — Von freier Waschgelegenheit für die Reisenden ist keine Rede, das kostet manchmal noch mehr wie einen Groschen.

Schlamm ist es auf den Bahnhöfen der Hoch- und Untergrundbahn bestellt, für das Publikum wie für die Angestellten. Da stellt man sich ganz unschuldig und weiß auf allen 27 Bahnhöfen überhaupt nichts von einer Notdurft des Publikums, weder für große noch für kleine Bedürfnisse, weder für Männer noch für Frauen; sonst ist wenigstens immer noch etwas für die Männer gesorgt. Verspüren die Angestellten einen unabweisbaren inneren Drang, so müssen sie nach bestimmten Zwischenstationen fahren. Das Publikum erbt auf Befragen die Auskunft, daß es sich nach der nächsten Anhalt auf der Straße umsehen müsse. — Wird es auf den Bahnhöfen der Hoch- und Untergrundbahn, die jetzt im Bau begriffen sind, anders werden? Schwerlich, wenn das Publikum es nicht energisch verlangt.

Ueber die Bedürfnisanstalten auf den Straßen und Plätzen herrscht die alte Klage, daß auf die Frauen zu wenig Rücksicht

genommen ist. Die Frauen finden wenig Gelegenheit und müssen immer bezahlen. „Nur ein Sechser“, sagen manche Leute, aber sie bedenken nicht, daß arme Frauen ihre „Sechser“ lieber anders verwenden. Uebrigens haben die Frauen oft große Not, in einer Notunde ein Unterkommen zu finden, selbst wenn sie sogar einen Groschen bezahlen wollen. An Sonntagen und in verkehrsreicher Gegend sieht man nicht selten, wie die Einlaß begehrenden Frauen vor den Notunden Reihen bilden. Das macht einen sehr peinlichen Eindruck, um so mehr, als manche Leute es sich nicht verneinen können, schlechte Witze darüber zu machen.

Und wieder Beelitz.

Der Vorstand der Landesversicherung macht uns darauf aufmerksam, daß die zweite Hälfte der Beelitzer Heilstätten vor 4 1/2 Jahren eröffnet worden sei. Anfangs zählte die Heilstätte 600 Betten. Seit Ende 1907 ist die Zahl der Betten auf über 1200 gestiegen. Mit dieser großen Zahl der Betten sei allmählich die Zahl der Besucher gestiegen, die zurzeit an einem Sonntag auf 1200 geschätzt wurden.

Durch diese Zuschrift wird lediglich dargetan, daß unser getrigger Hinweis auf die Zeit der Eröffnung des zweiten Teiles der Heilstätten einer Korrektur bedarf, mehr auch nicht. Die Patienten wie deren Angehörigen können aber doch nicht verantwortlich gemacht werden dafür, daß die Beelitzer Heilstätten so umfangreich sind, daß sie über 1200 Patienten beherbergen können. Man kann doch nicht in Rücksicht auf die Größe einer Anstalt Patienten wie deren Angehörigen die Besuchserlaubnis beschränken. Der Besuch ist sehr oft geeignet, einen kranken Menschen wieder Lebensfreude und Erheiterung zu bringen und somit auf das körperliche Wohlbefinden günstig einzuwirken. Und deshalb bleibt die Maßnahme des Vorstandes schickands und kleinlich.

Professor Dr. Hugo Neumann ist gestern im Alter von 55 Jahren gestorben. Mit dem Verstorbenen ist ein Mann dahingegangen, dessen Haupttätigkeit der Sorge um Mutter und Kind galt. Von Haus aus vermögend, widmete sich Neumann in besonders hervorragendem Maße der Fürsorge der Säuglinge und des unehelichen Kindes in der unermüdeten Weise. Mit großen Mitteln rief Neumann das Kinderhaus in der Blumenstraße ins Leben und arbeitete hier mit großer Opferbereitschaft an seiner Lebensaufgabe.

Zu der Einrichtung der Säuglingsfürsorge in Berlin hat Neumann viel beigetragen. In seinem Kinderhaus wurde die erste Fürsorgeeinrichtung errichtet. Die verschiedensten Abteilungen im Kinderhaus, die Kinderpoliklinik, das Wächnerinnenheim, die Abteilung für kranke Säuglinge zeugen von der außerordentlichen Tätigkeit Hugo Neumanns. Daneben unternahm der Verstorbene eine Reihe Untersuchungen der Berliner Schulkinder und Veröffentlichungen über die in Berlin geborenen unehelichen Kinder.

Professor Neumann war ein prächtiger Mensch, dem ein soziales Empfinden eigen war.

Drei Schulkinder ertrunken.

In der Nähe der Stadt Gamburg an der Saale hat sich Donnerstag gegen Abend ein schrecklicher Vorgang abgespielt. In der Ortschaft Keuengödda verbrängen seit Anfang dieses Monats etwa vierzig Berliner Schulkinder unter Aufsicht ihres Lehrers ihren Ferienurlaub. Die Kinder gingen wie alle Tage in die Saale baden. Der Fluß ist an dieser Stelle ziemlich leicht, und das Wasser fließt nur sehr langsam dahin, da sich unmittelbar daneben eine Landzunge befindet, die fast bis in die Mitte des Flusses hineinragt. Ueber Nacht müssen sich im Flußbett tiefe Löcher gebildet haben, von denen niemand etwas wußte. Dies sollte den Kindern zum Verhängnis werden. Als die Knaben ins Wasser stiegen, ließ sie der die Aufsicht führende Lehrer sich gegenseitig die Hände reichen, so daß eine lange Kette gebildet wurde. Kaum waren die Kinder ein Stück in den Fluß hineingegangen, als sich plötzlich ein lautes Geschrei erhob. Der vorderste Teil der Kette war in einen Strudel geraten und riß die anderen Kinder hinter sich her. In den nächsten Augenblicken verschwanden einige der Kinder unter der Oberfläche. Der Lehrer, der am Ufer stand, sprang sofort ins Wasser und konnte zwei der Knaben retten. Außer ihm waren auch noch einige andere Erwachsene in das Wasser gesprungen, sie mußten sich aber darauf beschränken, die in großer Aufregung befindlichen Kinder an das Land zu führen. Man glaubte jetzt allgemein, daß sämtliche Kinder geborgen seien. Als man aber die Kinder abzählte, stellte es sich heraus, daß drei fehlten. Sofort stiegen der Lehrer und einige andere hilfsbereite Personen wieder ins Wasser hinein und suchten die ganze Strecke ab. Sie fanden aber keinen der ertrunkenen Knaben. Erst in den späten Abendstunden konnten Fischer ein Stück weiter flussabwärts die Leichen der beiden Schüler Erich Borsdorf und Otto Kublanz ans Land bringen. Der dritte ertrunkene Schüler, Otto Kublanz, ist noch nicht geborgen.

Gehändnis des Kassenboten Haase.

Der Kassenbote Max Haase hat gestern nachmittags seinem Bekleidiger, dem Rechtsanwalt Paul Friederich auf längeres, einbüchliches Zureden hin, das Geständnis abgelegt, daß seine erste Angabe, daß ihm das Geld von einem Straßenmädchen in dem Hotel am Anhalter Bahnhof gestohlen worden sei, nicht zuträffe. Er habe vielmehr das Geld an einer bestimmten Stelle auf dem Tempelhofer Felde vergraben. Weil Haase bei seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Gage, seine Behauptung aufrecht erhielt und er sich bereit erklärte, die Stelle genau zu bezeichnen, ging man der Sache gleich auf den Grund. Gegen 4 Uhr fuhr in zwei Kraftradmaschinen der Kassenbote Haase in Begleitung mehrerer Kriminalbeamter, der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Gage, Kriminalkommissar Fritsch und zwei Chefs der American Express Co., der bekanntlich Haase die Summe unterschlug, nach dem Tempelhofer Felde. Nicht weit vom Bahnhof Tempelhof in der Richtung nach Neudölln zu entfernt, bezeichnete Haase dicht neben dem Bahngänge zwei Stellen, wo er das Geld vergraben haben wollte. Kaum hatte man den ersten Spatenstich getan, da stieß man, ungefähr 30 Zentimeter tief, auf einen harten Gegenstand, eine eiserne Kassette, die bare 55 000 M. in Tausendmarktscheinen barg. Einige Fuß weiter fand man ebenfalls nur etwa 30 Zentimeter tief vergraben, einen Wachsleinenbeutel, der das übrige Geld in Hundertmarktscheinen und Goldrollen enthielt. Die 94 000 M. konnten sogleich der American Express Co. zurückerstattet werden. Sonderbar ist es, wie unvorsichtig Haase bei seinem Versteck war. Er hatte das Gras zwar vorsichtig abgehoben und wieder heraufgelegt, so daß man eine frische Stelle nicht sah, doch hätte der Spatz sehr leicht von spielenden Kindern gehoben werden können, da diese doch an allen Stellen des Tempelhofer Feldes, und gerade am liebsten an den Jäunen „buddeln“.

Ein Falschmünzer verhaftet. Durch die Kriminalpolizei wurde Donnerstag abend in Tempelhof der am 8. März 1890 in Oberhausen geborene Techniker Albert Habenith wegen Falschmünzerei verhaftet. Die Polizei hatte vor einigen

Tagen schon einen Arbeiter Wilhelm J. bei der Herausgabe eines falschen Zwanzigmarkstückes abgefaßt. Weitere Falschstücke wurden bei ihm nicht vorgefunden. In Begleitung des Verhafteten wurde ein anderer Mann gesehen, der später in einer Herberge in der Kopenstraße ermittelt wurde. In seinem Besitz wurden noch mehrere gefälschte Goldstücke vorgefunden. Als Falschmünzer kam aber auch dieser Verhaftete nicht in Betracht. Dagegen fand man bei ihm einen Zettel, der die Adresse des Technikers Sadenith trug. Dieser wurde jetzt längere Zeit beobachtet, und schließlich wurde zu einer Hausdurchsuchung geschritten. In der Wohnung des Verdächtigen in der Strausberger Str. 19 fand man ein vorzügliches, zur Herstellung von falschen Zwanzigmarkstücken dienendes Handwerkzeug, außerdem noch zahlreiche aus Kupfer hergestellte Falschstücke, die den alten Zwanzigmarkstücken täuschend ähnlich sahen. Wie festgestellt wurde, sind eine Anzahl dieser gefälschten Zwanzigmarkstücke von Habenith nach dem Rheinland geschickt worden. Das ganze Werkzeug und die Falschstücke hatte Habenith schon in einen Koffer gepackt, um damit abzureisen. Er war erst zwei Monate in Berlin, und da er mehrere Sprachen beherrschte, war es ihm ein Leichtes, sich überall durchzufinden. Die Falschmünzerei muß er auch schon außerhalb Berlins betrieben haben. Hier hatte er, um seinen Verdacht zu erregen, die Stelle eines Monteurs bei der Privattelephonengesellschaft angenommen. Als er für diese in Tempelhof tätig war, wurde er von der Kriminalpolizei verhaftet. Habenith war bei der Präfektur Beliaustellung als Polizeibeamter tätig. Angesichts des schwerwiegenden Belastungsmaterials konnte er bei seinem Verhör die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nicht bestreiten.

Gestern nachmittags wurde Habenith dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Bei seiner eingehenden Vernehmung gab der junge Mann an, daß er lediglich das Opfer seiner Wühlgierde geworden sei. Schon in seiner frühesten Jugend habe er mit großem Interesse Bücher über chemische und galvanische Experimente gelesen. Zuerst sei er auf den Gedanken gekommen, sich einen Anhängsel für die Uhrkette in der Form eines Zwanzigmarkstückes herzustellen. Dies sei ihm auch zu seiner Zufriedenheit gelungen. Nach und nach habe er es so weit gebracht, daß seine Medaillons von echten Goldstücken nicht zu unterscheiden gewesen seien. Daraufhin habe er das Strafrecht studiert und darin gelesen, daß das Anfertigen dieser Nachahmungen nicht strafbar sei, wenn sie nicht in den Verkehr gebracht würden. Er suchte sich damit herauszubringen, daß er dies auch nicht gemacht habe, vielmehr nur seinen Freunden Wilms und Gittlau die von ihm angefertigten Zwanzigmarkstücke zur Ansicht übergeben habe. Wenn diese nun gegen sein Wissen die nachgemachten Goldstücke in den Verkehr gebracht hätten, so sei das nicht seine Schuld.

Zwei tödliche Straßenunfälle ereigneten sich gestern nachmittags. Gegen 5 Uhr wurde der 16 Jahre alte Straßenteiler Bernhard Jander aus der Straße 10b Nr. 19, als er mit seinem Karren vom Spittelmarkt kommend in die Grünstraße einbiegen wollte, an der Ecke der Gertraudenstraße von einem Kraftomnibus der Linie 53 erfaßt und umgerissen. Er geriet hierbei unter das linke Hinterrad, das ihm den Brustkasten völlig eindrückte. Auf dem Transport nach der nächsten Unfallstation verfiel der Unglückliche.

Beim Spielen verunglückt ist die 5 Jahre alte Tochter Waldo des Arbeiters Wunderlich aus der Körlitzer Str. 66. Das Kind spielte gegen 3 Uhr vor dem elterlichen Hause. Dabei kam es unter einen mit zwei Pferden bespannten Bierwagen der Berliner Wodbrauerei. Ehe der Kutscher, der nur im Schritt fuhr, das Fuhrwerk zum Stehen bringen konnte, war das rechte Hinterrad des schweren Wagens über den Kopf der Kleinen gefahren, so daß sie auf der Stelle verfiel.

Töblicher Unfall einer Greisin. Als die 72 Jahre alte Frau Wilhelmine Naujok, geborene Koch, ihre im Hause Falkenluisenstraße 9 belegene Wohnung verlassen wollte, glitt sie auf der untersten Stufe der Treppe zum 1. Stock aus und fiel so unglücklich hin, daß sie dabei einen Schädelbruch erlitt. Ein sofort benachrichtigter Arzt konnte nur noch den Tod der alten Frau feststellen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Freitag um 10 Uhr an der Reichsallee. Dort sprang eine Frau Pauline Kummer, Alt-Modell 55 wohnhaft, trotz der Warnung des Schaffners während der Fahrt vom Hinterrad des Motorwagens 2395 der Linie 14 ab, kam zu Fall und erlitt einen Bruch des linken Oberschenkels. Die Verunglückte wurde nach der Charité übergeführt.

Beim Tanz gestorben. Einen traurigen Abschluß nahm eine Kremsperpartie, welche mehrere im Prenzlauer Stadtviertel wohnende Familien nach dem Müggelsee unternommen hatten. Auf dem Rückwege lernte man abends in einem Tanzlokal in Hirschgarten bei Köpenick ein, um noch ein wenig zu tanzen. Unter den Teilnehmern befand sich auch der 36 jährige Pferdehändler Jidoro Kach aus Berlin, der diesem Vergnügen lebhaft huldigte. Plötzlich, in den Armen seiner Tänzerin brach Kach zusammen. Ein sofort aus Köpenick hinzugerufener Arzt konnte nur noch den infolge Herzschlag eingetretenen Tod feststellen. Die Leiche des K., der schon seit längerer Zeit leidend gewesen sein soll, wurde nach der Friedrichshagener Leichenhalle übergeführt.

Schwere Brandwunden im Gesicht erlitt bei der Arbeit der 30 Jahre alte Rohrleger Joseph A. aus der Keltower Straße 28. Als er in einem Neubau in der Düsselbacher Straße in Berlin-Wilmersdorf die Gasröhren prüfte, schlug aus der Gasleitung eine große Stichflamme heraus, durch die der Rohrleger im Gesicht verbrannt wurde. Der Bewußtlose erholte sich auf der Unfallstation am Olibaer Platz die erste Hilfe und wurde von dort mittels Krankenwagen dem Neudöllner Krankenhaus zugeführt.

Zu dem Mordversuch in der Fehrbelliner Straße wird mitgeteilt, daß die Frau sich soweit erholt hat, um eingehend vernommen werden zu können. Ihre Aussage bestätigte die Ermittlungen, die die Kriminalpolizei inzwischen gemacht hatte. Der Täter ist danach der am 28. August 1878 in Berlin geborene Maler Willy Reinelt, der zuletzt in der Weissenburger Straße 82 wohnte. Reinelt war mit den Eheleuten Gärtle bereits seit zwei Jahren bekannt. Er erregte, da er angeblich Witwer und Vater von sieben Kindern zu sein, das Mitleid der Familie. Es wurden ihm deshalb Gelegenheitsarbeiten überwiesen, für die er Entschädigung erhielt. Das Verhältnis zwischen Reinelt und der Familie Gärtle gestaltete sich mit der Zeit immer freundlicher. In letzter Zeit wurden ihm auch Darlehen gewährt. Diese freundschaftlichen Beziehungen der Familie Gärtle beendete er damit, daß er vor sechs Monaten die Frau mit Liebesanträgen verfolgte. Verschiedentlich versuchte er Frau Gärtle zu verlocken, das Geld aus ihrem Gehalts herauszuziehen und mit ihm zusammen nach einer Provinzstadt zu ziehen und dort gemeinschaftlich zu leben. Frau Gärtle nahm den Vorschlag Reinelts aber nicht ernst, weil dieser im Einverständnis mit ihrem Mann ganz zu ihnen gezogen war. Vor acht Tagen unterschrieb Frau Gärtle dem Maler einen Zettel, indem sie sich damit einverstanden erklärte, daß sie mit ihm aus dem Leben scheiden wolle, ohne aber auch diesen ernst zu nehmen. Die Verhandlungen Reinelts nach der Frau Gärtle waren in der letzten Zeit so arg geworden, daß diese am Tage der Tat ihrem Mann in Gegenwart des Malers von dessen Aufdringlichkeit Mitteilung machte. Es kam hier zu einem Aufritt, der damit endete, daß Reinelt die Wohnung der Eheleute Gärtle auf Veranlassung des Mannes verließ, mit der Drohung, Frau Gärtle und J. er-

Schießen zu wollen. Beide Eheleute legten der Drohung aber keinen Wert bei und gingen ruhig ihrer Arbeit nach. Gegen Mittag erschien der Mörder, als er wahrte, daß der Mann auf seiner Arbeitsstelle war, bei der Frau und versuchte, diese zu veranlassen, daß ihr Mann ihn wieder aufnehme. Frau Garthe wies ihn aber zurück. Darauf zog Reinelt einen Revolver, feuerte drei Schüsse auf sie ab, von denen, wie wir mitteilen, der eine traf, die beiden anderen gegen die Wand schlugen. Reinelt ist 1,70 Meter groß, hat blondes Haar, einen blonden, starken Schnurrbart, ein blaßes, dickes Gesicht, eine dicke Nase und dicke Lippen, vollständige Zähne und einen schlottrigen Gang und spricht Berliner Mundart. Geht mit einem schwarzen Koller, einer hellgrünen Hose mit hellen Streifen und einem schwarz-weiß gestreiften Schloß. Besondere Kennzeichen sind noch, daß er infolge von Karbunkeln im Gesicht geschneitten worden ist, und die Narben noch ziemlich frisch sind. Die Polizei ersucht alle Personen, die über den jetzigen Aufenthalt Reinelts etwas mitteilen können, unter Hinweis auf die ausgeübte Belohnung von 500 M. dies umgehend zu tun.

Wer sind die Toten? Aus dem Landwehrkanal wurde vorgestern abend vor dem Hause Salzwer 2 die Leiche eines unbekannt, ungefähr 18 bis 20 Jahre alten Mädchens gelandet, dessen Persönlichkeit sich nicht feststellen ließ. Die Tote kann erst ganz kurze Zeit im Wasser gelegen haben. Sie war bekleidet mit einer rosa Bluse, einem blauen Rock mit gelben Blumen, einer blauen Umhängeschürze und weiß-schwarz-rot gestreiften Strümpfen. In der linken Hand hatte sie einen Ring mit einem roten Stein. Ihr Taschentuch ist B. gezeichnet. — Aus dem Tegeler See gelandet wurde ein unbekannt, ungefähr 50 Jahre alter Mann, der 1,70 Meter groß und kräftig ist, blondes, welltes Haar, einen blonden Schnurrbart und ein volles, rotes Gesicht hat. Er trug einen braunfarbenen Anzug, ein Kriothelmb, ein weißes Chemisett und eine bunte Krawatte. Die Leiche des Mannes wurde nach der Friedhofstraße in Tegel, die des Mädchens nach dem Schanensee in Berlin gebracht.

Kordwädel im Werte von etwa 300 M. sowie ein neuer Anzug wurden gestern früh gegen 7 Uhr aus dem Kordwädelgeschäft von Johann Lorenz, Goldschmiedstr. 1, gestohlen. Der Täter benutzte zum Transport der gestohlenen Gegenstände den Geschäftswagen der Firma, der jedoch auf dem Wege zusammenbrach. Wo die Sachen hingeliefert wurden, konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, S. O., Adalbertstr. 41. Gedruckt wöchentlich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 Uhr. In dem Lesesaal liegen z. B. 541 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Erben gesucht. Im Jahre 1911 ist in Charleston S. C. in Amerika ein gewisser Louis Friedrich Meyer gestorben. In seinem Testamente hat er zu Witwen die Kinder seines Bruders Heinrich Meyer in Berlin eingesetzt. Bestenfalls soll vor circa 60 Jahren von Mündel (Kreis Heine, Hannover) nach Berlin gekommen sein und bis vor circa 40 Jahren in der Belle-Alliancestraße ein großes Tischlereigebäude betrieben haben. Er soll mehrere Kinder gehabt haben, von denen eine Tochter einen gewissen Engel geheiratet haben soll. Als weitere Miterben nach dem verstorbenen Louis Friedrich Meyer sind in jenem Testamente die Kinder von Christian Meyer und Frau Minna Crumme in Mündel, Kreis Heine, Hannover, eingesetzt. Personen, welche über die Familie des Heinrich Meyer oder seiner Niddmalinge Auskunft geben können, oder mit denselben verwandt sind, wollen sich bei dem kaiserliche deutsche Konsulat in Charleston S. C. U. S. A. schriftlich melden. Personen, welche im Landespolizeibezirk Berlin wohnen und Anspruch an den Nachlaß erheben, können ihre Meldungen unter Darlegung ihrer verwandtschaftlichen Verhältnisse zu dem Erblasser auch bei dem königlichen Polizeipräsidium Berlin zum Aktenzeichen M. 370 II. R. 12, einreichen. Die erforderlichen Urkunden, die das Verwandtschaftsverhältnis nachweisen, müssen beigelegt werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Neulöbn.

Den Tod auf den Schienen suchte in der Nacht zum Freitag die 66jährige Rentiere Alara Kollert, Stuttgarter Straße 40 wohnhaft. Gegen 2 Uhr nachts warf sie sich auf dem hiesigen Bahnhof auf die Schienen und wurde von einem einfahrenden Zuge schwer verletzt.

Die 66jährige Frau, die Witwe eines Lehrers, wohnt schon seit längerer Zeit in dem obenbenannten Hause. Bis vor kurzem wohnte ihr Sohn, ein Handwerker, dort, an dem die Mutter mit zärtlicher Liebe hing. Vor einiger Zeit teilte der junge Mann seiner Mutter mit, daß er sich zu verheiraten gedente und deutete an, daß sie in Zukunft allein werde leben müssen, da er mit seiner jungen Frau eine in der Nähe belegene Wohnung beziehen werde. Daraufhin kam es zwischen der Mutter und ihrem Sohne zu heftigen Zwischenfällen, da die alte Frau sich nicht damit einverstanden erklären wollte, ohne ihren Sohn zu leben. Vor einigen Wochen heiratete der junge A. und seitdem zeigte Frau A. ein verächtliches, erbittertes Wesen. Sie schloß sich zuweilen in ihre Wohnung ein und verkehrte mit keinem der Hausbewohner mehr. Donnerstag nachmittag verließ die Frau das Haus und irrte bis nachts gegen 1 Uhr in den Straßen umher. Dann begab sie sich nach dem Ringbahnhof, wo sie ihr Korhaben ausführte. Ein Bahnbeamter entdeckte gegen 2 Uhr nachts Frau A. zwischen den Schienen, bewußtlos liegend. Ein hinzugerufener Arzt stellte einen schweren Schädelbruch, eine tiefe Wunde am Hinterkopf und eine schwere Gehirnerschütterung fest. Die schwerverletzte Frau wurde nach dem Krankenhaus in Budau übergeführt, wo sie in hoffnungslosem Zustande daniederliegt.

### Johanniethal.

Samstag, den 14. Juli, veranstaltet der Gesangsverein „Lieberfreunde-Johanniethal“ gegenüber dem Parkrestaurant, Studienrauchstraße ein großes Waldfest. Für Musik und Unterhaltung ist bestens gesorgt. Neben Spielen für Jung und Alt werden gesangliche Darbietungen und turnerische Aufführungen das Fest verschönern. Da der Gesangsverein „Lieberfreunde“ bei allen Arbeiterfestlichkeiten bereitwillig mitwirkt, machen wir die Parteigenossen mit ihren Familien besonders auf das Waldfest aufmerksam.

### Karlshorst.

Sonntagvormittag begeht der Arbeitergesangsverein „Vorwärts III“ sein Waldfest an der Waldallee. Da der Verein sich stets zu den

Veranstaltungen der organisierten Arbeiterschaft unseres Ortes bereitwillig zur Verfügung stellt, werden die Parteigenossen um zahlreiche Beteiligung ersucht.

### Reinickendorf.

Die Gemeindevorsteher-Ergebniswahl für den vergangen Sonntag findet am kommenden Sonntag, den 14. Juli, nachmittags von 1 bis 5 Uhr in der Aula der 4. Gemeindegemeinschaft, Doppelstr. 7, statt. Gewählt wird im 3. (östlichen) Bezirk, umfassend: Seestr. 18 bis 45 von der Justusstraße bis zur Benfestrade, Auguststr. 8 bis 53, Gesellschafts-, Regier-, Reptun- und Benfestrade, Pantower Allee 26 bis 59, Albert-Freitagstraße, Epensteinstraße, Schwarz-, Provinz-, Holz- und Papierstraße, Grüner Weg, ausschließlich 2 und 11, Granatenstraße, Hausdörferstr. 20 bis 87, Jarstraße, verlängerte Kolonienstraße, Bürger-, Winter- und Doppelstraße, Hausdörferplatz, Kamele-, Herbst- und Sommerstraße, verlängerte Sommerstraße, Nordbahn-, Seede- und Frühlingstraße, Schönholzer Weg 20 bis 31, Wilschstraße 11 bis 50, Raschdorffstr. 15 bis 68 und Amendestr. 18 bis 94. Mandat des Wahlvereins ist der Genosse Expediteur Paul Gursch, Granatenstr. 34.

Parteigenossen und -genossinnen! Eure Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß am Wahltag jeder seine Schuldigkeit tut. Mühe die kurze Frist bis zum Sonntag, alle Säumigen aufzurütteln, damit unser Kandidat, Genosse Gursch, mit imposanter Stimmzahl gewählt wird. Versäume niemand, seine Legitimation mitzubringen. Als solche dient die den Wählern zugesandte amtliche Legitimationskarte, der letzte Steuerzettel, Militärpapiere usm.

Auf zur Wahl!

Der sozialdemokratische Wahlverein.

### Königs-Wusterhausen und Wildau.

Turnspiele für Kinder veranstaltet der hiesige Arbeiter-Turnverein in seinem Vereinslokal (Witte Weidhorn). Die Spiele finden Sonntag, nachmittags von 2—4 Uhr, statt. Treffpunkt der Kinder von Königs-Wusterhausen am Marktplatz, für Wildau beim Turnverein Kadaneck, Wildauer Hof, wo die Kinder um 2 Uhr von Turngenossen abgeholt und abends wieder zurückgebracht werden.

### Kallberge-Müdersdorf.

In der Müdersdorfer Gemeindevorsteherwahl wurde zunächst die Wahl der Vereinstätigungs-Kommission für die Amtsperiode 1912/1915 vorgenommen. — Danach teilte der Vorsitzende, Gemeindevorsteher Glemens, mit, daß die Gasanstalt, die bisher von der Firma Tempel verwaltet wurde, laut Gemeindevorstand vom 1. Juli d. J. ab in eigene Regie übernommen werden soll. Die Administration des Werkes liegt in den Händen des Gasmeisters Franke, der auch schon früher die Gasanstalt leitete. — U. a. wurde noch der Vorsitzende beauftragt, in der Angelegenheit Beitr. Realisationsabteilung von Müdersdorf und Zusammenlegung des roten Luchs und Königsbruchs die Vertretung der Gemeinde zu übernehmen.

Mit dem Bahnhof Kallberge-Schnucke-Friedrichsdorf geht es jetzt erfreulicherweise flott vorwärts. Die Gleisanlage ist bereits zum größten Teil fertiggestellt. Es steht zu hoffen, daß der Betrieb wenigstens zu Beginn des nächsten Jahres eröffnet werden kann. Ursprünglich sollte die Eröffnung bereits Mitte Mai dieses Jahres erfolgen.

## Aus aller Welt.

### Sieben Opfer einer Mehlstaubexplosion.

Die von uns bereits gemeldete Explosion in dem Hildebrandtschen Mühlenwerk in Magdeburg hat verheerendere Folgen gehabt, als zunächst angenommen wurde. Gegen 120 Uhr nachts wurde in Budau, Fernersleben, Cracau und einem großen Teile der Altstadt eine gewaltige Detonation gehört, die von einem starken Luftdruck begleitet war. Der Knall rührte von der Explosion der im Mittelpunkt der Hildebrandtschen Schälwerke befindlichen Graupenmühle her, von der nichts weiter übrig geblieben ist, als einige Mauerreste. Gleich darauf schoß eine turmhohe Flamme gen Himmel, die den vielen Tausenden von Menschen, die durch die Explosion aufmerksam gemacht worden waren, den Weg zur Brandstätte wies. Durch die mit enormer Gewalt auseinandergeprengten Mauern der Graupenmühle wurden auch die massigen Mauern der übrigen Fabrikgebäude ebenso wie die des Kontors eingedrückt und augenblicklich stand die große, teilweise aus siebenstöckigen Gebäuden bestehende Fabrikanlage in Flammen.

Das Dunkel der Nacht weithin erleuchtend, schossen furchtbare Feuergeraden aus den Gebäuden des Werkes zum Himmel empor. Das Stöhnen der Schwerverletzten ertönte aus den Trümmern der vom Erdboden wie weggeblasenen Graupenmühle. Es galt vor allen Dingen, diese Unglücklichen zu bergen. Durch Krankenwagen, Privatautomobile und andere Fahrzeuge wurden zehn Schwerverletzte in das Sudenburger Krankenhaus übergeführt. Einige von diesen waren halbnaht nach der nahen Feuerwache Budau gelaufen, wo ihnen von einem zufällig anwesenden Arzte Notverbände angelegt wurden. Vier von ihnen erlagen den Verletzungen.

Drei von den im Nachtdienst beschäftigten Arbeitern wurden nicht aufgefunden, so daß leider angenommen werden muß, daß diese Unglücklichen Opfer der Katastrophe wurden.

An eine Rettung der brennenden Gebäude war nicht mehr zu denken, vielmehr hatte die Feuerwehr vollauf zu tun, um die benachbarten Speicher, Gebäude und Lager vor den Flammen zu schützen. Besonders stark gefährdet war ein Gasometer der Maschinenfabrik Budau, jedoch gelang es, ein Explodieren desselben zu verhindern. Vier Dampfstrahlen, welche 16 Stahlrohre lieferten, waren die ganze Nacht hindurch in Tätigkeit. Erst nach 6 Uhr früh war die Gefahr als beseitigt anzusehen, so

daß einige Löschzüge die Brandstelle verlassen konnten. Ein Löschzug war jedoch noch den ganzen Tag beschäftigt.

Die Ursache der furchtbaren Katastrophe wird sich wohl nie genau feststellen lassen, höchstwahrscheinlich kommt eine Mehlstaubexplosion in Frage. Mit welcher ungeheurer Kraft die Explosion erfolgte, ist daraus zu ersehen, daß im großen Umkreis der Fabrik sämtliche Fensterscheiben eingedrückt wurden.

### Die sozialdemokratische Badeanstalt.

Es sollen ihn nicht haben, den freien und — was in diesen Tagen der Julihege noch wichtiger ist — kühlen deutschen Rhein! entschied die Stadtvertretung des rheinischen Städtchens Godesberg. Die wackeren Väter dieses Städtchens hatten sich mit einer Eingabe des Godesberger Gewerkschaftsverbandes und des dortigen sozialdemokratischen Vereins zu beschäftigen, die ersuchten, man möge während der Sommermonate zu bestimmten Tagesstunden (vorgeschlagen war von 6—9 Uhr abends) die städtische Badeanstalt am Rhein unentgeltlich offen halten. Die Eingabe führte begründend aus, ein tägliches Bad sei in diesen heißen Tagen auch für die ärmeren Bevölkerungsschichten ein Bedürfnis. Der hohe Eintrittspreis von 50 und 30 Pf. hindert aber den weitestgehenden Teil der Einwohnerschaft, dieser Wohltat teilhaftig zu werden.

Als der Antrag verlesen wurde, ging ein Raunen des Unwillens durch die versammelte, aus lehrdeutschen Patrioten bestehende Körperschaft. Der freie deutsche Rhein war zum zweitenmale zu verteidigen, — diesmal gegen den bössartigen inneren Feind. Und der gefährliche Augenblick fand ein großes unerschrockenes Geschlecht. Die Philister formierten sich in Schlachtlordnung und brachten den andringenden Feind zur Flucht. Wegen die Stimme eines Schmiedemeisters wurde der Antrag abgelehnt. Unter den Gegnern des Antrages befanden sich nicht weniger als drei Männer, die der Herr in seinem Jorne zu — Ärzten gemacht hat. Einer der wackigen Stadtvertreter glaubte noch ein übriges tun zu müssen und er tat den demütigen Auspruch: „Wir wollen keine sozialdemokratische Badeanstalt!“ Damit war die Gefahr beseitigt, daß durch den Ansturm der roten Kotten der deutsche Rhein eines schönen Tages sich den Sommerdummlern, die jetzt seine Ufer unsicher machen, etwa in roter Färbung hätte präsentieren können. Wenn so ein Roter in die heiligen Fluten des trüben Stromes untertauchen will, möge er vorher seinen fünfziger Eintrittspreis zahlen! So wollen es die Gerechtigkeit und die Väter der Stadt Godesberg am freien deutschen Rhein!

### Der Apotheker als weiße Frau.

Ein neuer Sittenskandal, durch den auch mehrere Damen der Pariser Gesellschaft stark kompromittiert erscheinen, beschäftigt augenblicklich, wie aus Provinz gemeldet wird, die dortige Polizeibehörde. In Provinz verhaftete gestern die Kriminalpolizei den Apotheker Donnesou, der angeklagt wird, sich in zahlreichen Fällen des Verbrechens gegen das leibende Leben schuldig gemacht zu haben. Die ganze Angelegenheit kam durch einen Wirtshausstreit zu Ohren der Polizei. Vor einigen Tagen geriet in einer Schänke der Apotheker mit einem Arbeiter, dessen Braut sich von dem Verhafteten hatte behandeln lassen und an den Folgen der Behandlung gestorben war, in Streit, in dessen Verlauf der Arbeiter auf den Apotheker mehrere Revolvergeschosse abfeuerte. Die Polizei stellte nun umfassende Ermittlungen an, die zu dem Ergebnis führten, daß zahlreiche Frauen und Mädchen, selbst aus den „besten“ Gesellschaftskreisen, zu den Patientinnen des Apothekers gehörten.

### Kleine Notizen.

Eine Familientragödie. Aus Mainz wird vom Freitag gemeldet: Schriftsteller Geiß, der von seiner Frau geschieden ist, drang in die Wohnung seiner Schwiegermutter ein und gab auf sie und seine geistliche Frau verschiedene Schüsse ab. Während seine frühere Frau unverletzt blieb, wurde die Schwiegermutter durch drei Schüsse schwer verwundet. Der Täter, der sich hierauf die Pulsader durchschnitten, wurde verhaftet.

Geheimnisvoller Leichenfund. Aufmerksam um eine Morbtat handelt es sich bei einem Leichenfund, der heute morgen bei der Scharle auf der Beddel in Hamburg gemacht wurde. Man jagt dort aus dem Kanal die Leiche eines unbekanntes Mannes, dessen Hals mit einem Strick umgeben war, an dem sich ein Leichenkissen mit einem Mauerstein befand. Das Gesicht wies starke Verletzungen auf. Ueber die Persönlichkeit des Unbekanntes fehlt jeder Anhalt.

Kampf zwischen Schmugglern und Zollwächtern. Bei Le Touquet bei Lille kam es zwischen Schmugglern, die in einem Automobil Tabak über die Grenze zu bringen suchten und mehreren Zollwächtern zu einem regelrechten Kampf. Die Schmuggler feuerten ihre Revolver auf die Zollwächter ab ohne zu treffen und liehen schließlich ihr Automobil im Wald, in dem 1500 Pakete Tabak vorgefunden wurden.

Die drohende Hygiewelle. Aus New York wird vom 12. gemeldet: Die Hyge nimmt von Tag zu Tag merkwürdiger Formen an. Gestern waren hier 11 neue Todesfälle an Diphtherie zu verzeichnen. Die Zahl der durch die Einwirkung der Blut wahnung Gewordenen nimmt ständig zu. Die Hyge war gestern noch furchtbarer als am vorhergehenden Tage, die Luft ist außerordentlich trocken. Nach den Ansichten verschiedener Meteorologen soll leider die Gefahr bestehen, daß sich auch in diesem Jahre die amerikanische Hygiewelle bis nach Europa fortpflanzt und uns einen ähnlichen tropischen Sommer besetzt wie Anno 1911 schweißtreibenden Angedenkens!

Hygiewelle, Krankheiten und Sterbefälle der Metallarbeiter zu Hamburg. (S. 9.) Illale Baumfchulenweg. Der Wiltgier, die in Tepton wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 13. Juli, abends von 8 1/2—10 Uhr, im Lokal von Jul. Schmidt, Kiehlstraße 22, feiert wird. — Illale Canio u. Sonnabend, den 13. Juli, abends 9 1/2 Uhr: Verammlung bei Schröder, Altonaer Str. 5—6.



Selbstkostenpreis  
+ 10%

## Wissenschaftliche Täuschung!!

Die Art und Weise, das Publikum durch „Ausnahme-Tage“ und „billige Sonder-Angebote“ oder dergl. anzulocken, während die Preise genau dieselben sind wie an anderen Tagen, betrachten wir als eine wissenschaftliche Täuschung! — Erst kürzlich ist es uns gelungen, bei einer grösseren Firma zwei derartige Fälle festzustellen. — Nach unserem System Selbstkostenpreis + 10% ist jede unlautere Manipulation ausgeschlossen, da alle Waren, auch Gelegenheitskäufe, jederzeit zum Selbstkostenpreis abgegeben werden, und als einziger Nutzen nur 10% Umsatzprovision erhoben wird.

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.  
Nur Neue Schönhauser Strasse 1 Ecke Weinmeister- und Münz-Strasse  
Spezial-Haus grösst. Stils für fertige Herren- u. Knaben-Bekleidung

Vorort - Nachrichten.

Schöneberg.

Selbstmord an der „Blauen Hölle“. An der „Blauen Hölle“ hat sich gestern früh der 56 Jahre alte Schuhmachermeister Emil Erbe erhängt. Er, der seit mehreren Jahren nervenleidend war, wurde von einem Schutzmänn und einem Friedhofswärter aufgefunden. Die angefertigten Wiederbelebungsvorläufe blieben ohne Erfolg und so wurde denn die Leiche nach der städtischen Leichenhalle in Schöneberg übergeführt.

Das Stiftungsfest des Arbeiterturnvereins findet heute Sonntagabend im Garten des „Schwarzen Adler“ statt. Ein reichhaltiges Programm verspricht gute Unterhaltung. Eintritt 30 Pf. Kinder frei. Da dem Verein, weil er dem Arbeiterturnerbunde angehört, noch immer die Benutzung der städtischen Turnhallen nicht gestattet wird, wird um rege Unterstützung ersucht. Der Ueberblick dient zur Anschaffung von Turngeräten.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevertretung. Aus der Feststellung des Jahresberichts 1910 ist zu entnehmen, daß die direkten und indirekten Gemeindesteuern mehr gebracht haben, wie veranschlagt war. Die Gewerbesteuer hingegen brachte einen Ausfall von 20.000 M. Die Volksschulen erforderten 15.000, die Straßenreinigung 6.000 und die Armenverwaltung 9.100 M. mehr. Die Jahresrechnung für 1910 schließt mit einem Ueberschuß von 69.724 M. ab. Dazu kommen noch 24.000 M. aus der Wertzuwachssteuer, welches Kapital zur Verbesserung der Ortsteile besonders verwaltet wird. Von den auf dem neuen Ortsteil „Tempelhofer Feld“ zum 1. Oktober bezichtbaren 128 Wohnungen sind bis jetzt 40 vermietet. Wo aber preußische Untertanen ihre Wohnungen aufschlagen, darf Polizei nicht fehlen. Trotzdem nun in Tempelhof bereits 8 Polizeiergänzungen, 1 Wachenmeister, 2 Nachtwächter, 3 Kriminalbeamte und 4 Gendarmen (einkl. 2 Polizeihunde) in den öffentlichen Sicherheitsdienst gestellt werden, soll diese Zahl nicht ausreichen. Erst in diesem Jahre war die merkwürdige Tatsache zu verzeichnen, daß die Vertretung einen Polizisten mehr bewilligte, als die Verwaltung haben wollte. Und schon werden wiederum drei neue Polizeiergänzungen verlangt! Eine Wache, bestehend aus vier Männern zum Preise von 1.000 M. wird auf der Straße 1, der Parallelschneise der Chauße, eingerichtet. Gewiß ist ein größerer öffentlicher Sicherheitsdienst notwendig. Die Beamten sollen aber nicht zu allen möglichen Polengängen benutzt und nur zweckmäßig verwendet werden. Bei Ausperrungen und Streiks sieht man, wie Genosse Schmidt guttunend bemerkt, die Beamten sofort herumschicken. Den Seitenstreifen, die Herr Tennert den sozialdemokratischen Vertretern anlässlich der damaligen Vermehrung der Polizeibeamten erteilen wollte, trat Genosse Frank entgegen. — Einige Verbesserungen des neuen Schulhausprojektes (Marxplatz) in bezug auf Anordnung der Treppe und Vergrößerung der Turnhalle wurden gutgeheißen. Durch die Verbesserungen soll eine Ersparnis von 30.000 M. erzielt werden. Die Turnhalle wird eine Größe von 13x26 Meter haben. — Nachdem die Schwierigkeiten behoben sind, die sich dem Ausbau der Schöneberger Straße entgegenstellten, soll nunmehr mit dem Ausbau dieser Straße bis zur Vorstadtstraße begonnen werden. Die Lehneisen Erden treten das gesamte Straßenland kostenlos ab. Die Straße wird eine Breite von 12 Meter und Steinpflaster dritter Klasse erhalten. Die Kosten werden von den Anliegern erhoben. — Ebenso wurde dem Industriegebiet Schöneberg die Ermächtigung erteilt, auf eigene Kosten und Uebernahme des Risikos der späteren bebauungsplanmäßigen Festlegung, die Durchgangstraße 12e anzulegen.

Die Verantwortung einer Anfrage des Genossen Schmidt über Sommerurlaub der Gemeindearbeiter lehnte der Syndikus Wiedner rundweg ab.

Potsdam.

Beim Baden ertrunken. Hinter dem Grundstück Neue Königsstraße 28 badete gestern abend der Bootsmann Ernst Brenndie von hier. Er wagte sich wohl zu weit hinaus und ehe ihm Hilfe zuteil werden konnte, ging er unter. Seine Leiche ist bisher noch nicht geborgen worden.

Der geplante Rathausneubau hat den städtischen Körperschaften schon manchen Kopfschmerz gemacht. Zuerst handelte es sich um die Platzfrage. Es kamen hier drei Plätze in Betracht: der jetzige Rathausplatz, der Vossplatz und der Platz am Brandenburger Tor, wo zurzeit die Kaserne der Leibgarderie steht. Der letztere Platz scheidet bald aus, weil er unverkäuflich war und die beiden anderen Plätze bildeten schon manche Streitfrage im Rathaus. Der Magistrat war anfangs für den Vossplatz, scheint sich aber doch noch und nach den Stadtvorordneten zu fügen, die in überzogener Wehrheit das neue Rathaus auf dem jetzigen Platz erbaut wissen wollen, schon weil dieser Platz so historisch sein soll und am historischen halten nun einmal die Potsdamer „Patrioten“ mit allen Fasern fest und wehe dem, der es wagt, nicht mitzumachen. Da man mit dem Bau nun gar nicht von der Stelle kam, hat man zunächst die Platzfrage erwogen und der Magistrat hat ein Raumprogramm aufgestellt, das allerdings, wäre es angenommen worden, den jetzigen Rathausplatz von vornherein ausgeschlossen hätte. Dies durfte aber nicht sein und die Stadtvorordneten setzten einen Ausschuß ein, der kräftig an dem Raumprogramm itreuen und es dem Rathausplatz anpassen

musste. Zurzeit stehen dem Magistrat sowohl innerhalb als außerhalb des Rathauses für Dienstzwecke 2000 Quadratmeter zur Verfügung. Das vom Magistrat entworfene Raumprogramm sieht 5212 Quadratmeter vor, wurde jedoch von dem Stadtvorordneten-Ausschuß auf 4353 Quadratmeter reduziert, womit sich der Magistrat schließlich auch einverstanden erklärte. Trotz dieser Reduzierung reicht der Platz noch nicht zu und es müssen, soll der Rathausplatz beibehalten werden, nochmals Zeichnungen vorgekommen werden, oder man kann irgendeine Abteilung in dem zukünftigen Rathaus nicht unterbringen. Für die Räume des Magistrats sind 815 Quadratmeter gefordert, vom Ausschuß jedoch auf 600 Quadratmeter gestrichen worden. Der Stadtvorordnertersitzungsaal, der eine Größe von 220 Quadratmeter erhalten sollte, ist auf 200 Quadratmeter gekürzt und eine Garderobe von 25 Quadratmeter ganz gestrichen worden. Gegenwärtig ist der Sitzungsaal 69 Quadratmeter groß und nimmt auf die Öffentlichkeit fast gar keine Rücksicht, denn von einem Hörsaalraum kann man bald gar nicht sprechen. Für die Stadthauptkasse waren 235 Quadratmeter vorgezogen, bewilligt wurden 185, die Sparkasse erhält statt 280 nur 190, das Schulbureau statt 120 nur 115, das Gewerbebureau statt 150 nur 145, das Standesamt statt 140 nur 115, das Steuerbureau statt 320 nur 170, das Stadtbauamt statt 905 nur 800, die Armenverwaltung und Krankenhausverwaltung statt 330 nur 240, die Stadtbücherei statt 190 nur 130 Quadratmeter usw. Der Gang der Verhandlungen war bisher ein recht langsamer und wenn nicht bald ein schnelleres Tempo angeschlagen wird, werden noch Jahre vergehen, bis man zum Schluß kommt.

Der Konsumverein hatte zum Montagabend nach dem Volksgarten eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, um über die Abtretung des Bädergrundstücks an die Potsdamer Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ und die durch den Zusammenschluß notwendige geordnete Liquidation Beschluß zu fassen sowie die Wahl von Liquidatoren vorzunehmen. Während der erste Punkt zur Zufriedenheit erledigt werden konnte, mußten die beiden anderen Punkte für eine nochmalige Versammlung zurückgestellt werden, weil die zur Vorschlußfassung erforderliche Zahl von Mitgliedern (ein Drittel gleich etwa 400) nicht aufreid war. Bei der Wichtigkeit der Sache ist zu erwarten, daß die am Montag, den 22. Juli, im gleichen Lokale stattfindende Versammlung, die über die Liquidation endgültig beschließen soll, von den Mitgliedern besser besucht sein wird.

Die englische Invasion in Deutschland. Von einem französischen Generalstabsoffizier. Mit einer Karte. Preis 80 Pf. Politik, Verlagsanstalt, Berlin SW. 48.

Der Rheinischbayerische am deutschen Rhein und in den Niederlanden. Von Theodor Mey. Mit zahlreichen Tabellen und vier Karten. Preis 3 M. J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf., Stuttgart.

Rachtraag zu Staudinger-Schmitt, Strafgesetzbuch, enthaltend die Strafgesetznovelle vom 19. Juni 1912. Preis 10 Pf. C. F. Beck'sche Verlagshandlung, München.

Kleine Bibliothek Langen. Kirchweil, Simplicissimus-Gedichte von Ludwig Thoma (Peter Schlemihl), Band 111. — Barbara Ring, Drei Jahre später, Erzählung, Deutsch von Kläre Njden, Band 112. — Hermann Wagner, Sieg der Dummheit und andere Geschichten, Band 113. — Bruno Wolfgang, Herzensang und andere Geschichten, Band 114. — Joseph Conrad, Das Dick und andere Erzählungen, Deutsch von G. B. Günter, Band 115. Geheftet pro Band 1 M., geb. 1,50 M. — Bruno Frank, Die Schatten der Dinge, Gedichte, Geheftet 1,50 M., geb. 2,50 M. — Dr. Max Kemmerich, Aus der Geschichte der menschlichen Dummheit, Geheftet 3,50 M., geb. 5 M. — Alfred Polgar, Fiob, Ein Novellenband, Geheftet 2 M., geb. 3 M. Verlag von Albert Langen in München.

Simplicissimus-Kalender 1913. Preis 1 M. Verlag von Albert Langen, München.

Der Naturarzt. 40. Jahrgang, Nr. 7. Red.: Dr. med. Schönenberger und B. Siegel. Preis jährl. 3 M., Probenummer frei. Exped.: Berlin SW. 11.

Berwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1911. Vereinigte Ortskrankenkasse Darmstadt.

Neue Männerkleidung. 35 Seiten. Preis 75 Pf. Verlag von Felix Dietrich, Gauhß bei Leipzig.

Ideales Wahlrecht. Ein Appell an das denkende Deutschland von H. Junger. Preis 1 M. Carl Georgi, Universitäts-Buchdruckerei und Verlag, Bonn.

2777,55 M. abgeführt. Am Schluß des letzten Quartals betrug der Kassenbestand 49 M. Der Abonnentenstand der Parteipresse war Ende Juni folgender: „Vorwärts“ 424, „Scandenburger Zeitung“ 598. Während sich die Lesergahl der letzteren um 103 gegen das Vorjahr hob, verringerte sich die des „Vorwärts“ um 18. Anfang September soll eine kräftige Agitation einsehen, um neue Leser zu gewinnen. — Nach Erledigung der Kommissionsberichte fand eine längere Debatte statt, in der mit wenigen Ausnahmen die Tätigkeit des Vorstandes und der Funktionäre allgemeine Anerkennung fand. Bemängelt wurde von einigen Rednern außer dem langsame Anstieg der Mitglieder- und der Abonnentenzahl vor allem der geringe Umsatz an Raifondsmarken. — Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Krohnberg, Kassierer Adolf Richter, Karl Gruhl, stellvertretender Vorsitzender, Schlichter, Schriftführer, Otto Richter und Frau Gering, Beisitzer. Die bisherigen Mitglieder der Kassenkommission, Bibliotheks- und Lokalkommission sowie die Revisioner wurden wiedergewählt. — Unter „Verfälschendes“ gab Genossin Bathe bekannt, daß die weiblichen Mitglieder am Sonntag, den 28. Juli, nachmittags, einen Ausflug nach Vorstriedt machen werden. Nach einem Hinweis auf das am kommenden Sonntag im Schmidtschen Lokal stattfindende Sommerfest des Vereins schloß Genosse Heidenreich die gutbesuchte Versammlung.

Der Konsumverein hatte zum Montagabend nach dem Volksgarten eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, um über die Abtretung des Bädergrundstücks an die Potsdamer Konsumgenossenschaft „Hoffnung“ und die durch den Zusammenschluß notwendige geordnete Liquidation Beschluß zu fassen sowie die Wahl von Liquidatoren vorzunehmen. Während der erste Punkt zur Zufriedenheit erledigt werden konnte, mußten die beiden anderen Punkte für eine nochmalige Versammlung zurückgestellt werden, weil die zur Vorschlußfassung erforderliche Zahl von Mitgliedern (ein Drittel gleich etwa 400) nicht aufreid war. Bei der Wichtigkeit der Sache ist zu erwarten, daß die am Montag, den 22. Juli, im gleichen Lokale stattfindende Versammlung, die über die Liquidation endgültig beschließen soll, von den Mitgliedern besser besucht sein wird.

Potsdam.

Beim Baden ertrunken. Hinter dem Grundstück Neue Königsstraße 28 badete gestern abend der Bootsmann Ernst Brenndie von hier. Er wagte sich wohl zu weit hinaus und ehe ihm Hilfe zuteil werden konnte, ging er unter. Seine Leiche ist bisher noch nicht geborgen worden.

Der geplante Rathausneubau hat den städtischen Körperschaften schon manchen Kopfschmerz gemacht. Zuerst handelte es sich um die Platzfrage. Es kamen hier drei Plätze in Betracht: der jetzige Rathausplatz, der Vossplatz und der Platz am Brandenburger Tor, wo zurzeit die Kaserne der Leibgarderie steht. Der letztere Platz scheidet bald aus, weil er unverkäuflich war und die beiden anderen Plätze bildeten schon manche Streitfrage im Rathaus. Der Magistrat war anfangs für den Vossplatz, scheint sich aber doch noch und nach den Stadtvorordneten zu fügen, die in überzogener Wehrheit das neue Rathaus auf dem jetzigen Platz erbaut wissen wollen, schon weil dieser Platz so historisch sein soll und am historischen halten nun einmal die Potsdamer „Patrioten“ mit allen Fasern fest und wehe dem, der es wagt, nicht mitzumachen. Da man mit dem Bau nun gar nicht von der Stelle kam, hat man zunächst die Platzfrage erwogen und der Magistrat hat ein Raumprogramm aufgestellt, das allerdings, wäre es angenommen worden, den jetzigen Rathausplatz von vornherein ausgeschlossen hätte. Dies durfte aber nicht sein und die Stadtvorordneten setzten einen Ausschuß ein, der kräftig an dem Raumprogramm itreuen und es dem Rathausplatz anpassen

Die englische Invasion in Deutschland. Von einem französischen Generalstabsoffizier. Mit einer Karte. Preis 80 Pf. Politik, Verlagsanstalt, Berlin SW. 48.

Der Rheinischbayerische am deutschen Rhein und in den Niederlanden. Von Theodor Mey. Mit zahlreichen Tabellen und vier Karten. Preis 3 M. J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf., Stuttgart.

Rachtraag zu Staudinger-Schmitt, Strafgesetzbuch, enthaltend die Strafgesetznovelle vom 19. Juni 1912. Preis 10 Pf. C. F. Beck'sche Verlagshandlung, München.

Kleine Bibliothek Langen. Kirchweil, Simplicissimus-Gedichte von Ludwig Thoma (Peter Schlemihl), Band 111. — Barbara Ring, Drei Jahre später, Erzählung, Deutsch von Kläre Njden, Band 112. — Hermann Wagner, Sieg der Dummheit und andere Geschichten, Band 113. — Bruno Wolfgang, Herzensang und andere Geschichten, Band 114. — Joseph Conrad, Das Dick und andere Erzählungen, Deutsch von G. B. Günter, Band 115. Geheftet pro Band 1 M., geb. 1,50 M. — Bruno Frank, Die Schatten der Dinge, Gedichte, Geheftet 1,50 M., geb. 2,50 M. — Dr. Max Kemmerich, Aus der Geschichte der menschlichen Dummheit, Geheftet 3,50 M., geb. 5 M. — Alfred Polgar, Fiob, Ein Novellenband, Geheftet 2 M., geb. 3 M. Verlag von Albert Langen in München.

Simplicissimus-Kalender 1913. Preis 1 M. Verlag von Albert Langen, München.

Der Naturarzt. 40. Jahrgang, Nr. 7. Red.: Dr. med. Schönenberger und B. Siegel. Preis jährl. 3 M., Probenummer frei. Exped.: Berlin SW. 11.

Berwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 1911. Vereinigte Ortskrankenkasse Darmstadt.

Neue Männerkleidung. 35 Seiten. Preis 75 Pf. Verlag von Felix Dietrich, Gauhß bei Leipzig.

Ideales Wahlrecht. Ein Appell an das denkende Deutschland von H. Junger. Preis 1 M. Carl Georgi, Universitäts-Buchdruckerei und Verlag, Bonn.

10 Mark Monatszahlung oder 25.- M. vierteljährlich liefert elegante Herrengarderobe nach Maß unter Garantie für tabellosen Sitz. Goldstein Seit 1892: Nord-Str. 51. Wollschneiderei - gr. Stofflager.

Zöpfe. Wirklich reelle Ware. Größte Auswahl zu den allerbilligsten Preisen. Otto F. Kafka, Neukölln, Erkstr. 3. Zöpfe- und Perückenfabrik.

Feine Würst- u. Fleischwaren Spezialität: Landhäufchen. Oskar Klähn, Kottbusser Damm 3. a. P. B. Dtsch. Landhäufchen . . . 1,20 ff. Kollhäufchen . . . 1,35 ff. Delikatendhäufchen . . . 1,20 ff. Kollhäufchen . . . 1,65 Schinkenpfe . . . 1,15 Landpfe, fett u. mager . . . 0,85 Gmiedelwürst . . . 0,65 Fleischwürst . . . 0,65 Pommerische Landheerwürst . . . 0,95 Fleischwürst . . . 0,95 ff. Kalbsleberwürst . . . 1,05 Holsteiner Schinkenwürst . . . 1,35 Salami . . . 1,35 ff. Teewurst . . . 1,20 Bei Abnahme von 5 Pfd. Würstwaren 5 Pf. pro Pfund Preisermäßigung.

Möbel Kluge, Wilmersdorferstr. 19. lassen Sie gegen bar am billigsten nur bei

Ansichtskarten vom Harz, Riesengebirge, Sächsische Schweiz, Berlin, Dresden usw. Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden).

7 Noch billigere Tage! Nutzen Sie die Gelegenheit aus. Sie schaffen sich einen grossen Vorteil, wenn Sie die zum Saisonverkauf gestellten Waren erwerben. — Es handelt sich um einzelne Piecen und Bestände moderner Anzüge, Ulster, Knaben-Anzüge, Leichter Kleidung, Bekleider etc. die teilweise noch unter der Hälfte des bisherigen Preises abgegeben werden. — So z. B.: Jackett-Anzüge z. T. def. früher bis 42,00 . . . . . jetzt 26,50 Coul. Rockanzüge früher bis 75,00 . . . . . jetzt 36,00 Knaben-Anzüge z. T. def. früher bis 18,00 . . . . . jetzt 7,00 Bekleider z. T. def. früher bis 16,00 . . . . . jetzt 6,50 Gottlieb Weiß Schöneberg, Hauptstraße 161 Ede Stubenrauch-Strasse

# Louis Neumark vormals Gebr. Leyser

Gräfestraße 21.

**95 Pf.**  
Tage

Beginn unserer 95 Pf. Tage

**Sonnabend, den 13. Juli 1912**

**95 Pf.**  
Tage

Große Posten in allen Lägern.

**Louis Neumark.**

Bitte die Schaufenster  
:: zu beachten ::

Auf alle Artikel  
:: Rabattbons ::

**Schuhwarenhaus „Kottbuser Damm“ 12a** eine Treppe  
gibt Lesern dieser Zeitung 5 Proz. in bar!  
Bietet reichhaltigste Auswahl reeller Schuhwaren zu festen aber auffallend billigen Preisen.  
Herrenstiefel von 675, Damenstiefel von 575 an  
Großes Lager in Sandalen und Turnschuhen.

## Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Dabitzsch, Auguststr. 50, Eingang Kochstr. 14.  
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Altdammstr. 14, Hochparterre. S. und SW.: Hermann Berner, Greifenaustr. 72.  
3. Wahlkreis: St. Frik, Brinjenstr. 31, Hof rechts port.  
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 190. — Richard Hadelbush, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaulsdorferplatz 14/15.  
5. Wahlkreis: West: August, Annamuelstr. 12 (Hof).  
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8.  
Wedding: F. Hühlich, Rosenthalerstr. 42.  
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.  
Gesundbrunn: F. Krapp, Poststr. 6, Laden.  
Schönhauser Vorstadt: Karl Wars, Greifenhagener Str. 27.  
Adlershof: Karl Schwarziog, Hofmannstr. 9.  
Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Köpenickerstr. 6.  
Hausschulweg: D. Dornig, Varienbakerstr. 13, I.  
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Bräse, Mühlent. 5, Laden.  
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Paul, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.  
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seelenheimerstr. 1.  
Friedrichshagen: E. Hölzelbarth, Petershagen.  
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: D. Bernice, Kienstr. 5 in Steglitz.  
Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 18.  
Grünau: Franz Klein, Friebrichstr. 10.  
Johannisthal: Helene, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.  
Karlshorst: Richard Käfer, Köpenickerstr. 9, II.  
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.  
Köpenick: Emil Böhler, Friebrichstr. 6, Laden.  
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Bartenbergstraße 1 (Laden).  
Mahlsdorf, Kaulsdorf: F. Heßberg, Kaulsdorf, Ferdinandstr. 17.  
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.  
Nieder-Schöneweide: Gehrt, Friebrichstr. 6.  
Nowawes: Wilhelm Japke, Friebrichstr. 7.  
Ober-Schöneweide: Alfred Sader, Wilhelmminnenhofstr. 17 II.  
Pankow-Niederschönhausen: Rihmann, Mühlent. 30.  
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: F. Wurst, Beringstr. 56, Laden.  
Rixdorf: W. Heinrich, Redaerstr. 2, im Laden; Köhr, Stegriedstr. 29/30.  
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.  
Schöneberg: Wilhelm Baunier, Martin Lutherstr. 60, im Laden.  
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Stöppen, Breitestr. 64.  
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Märkischestr. 10.  
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.  
Tempelhof: Joh. Krohn, Bornholmerstr. 62.  
Tropow: Joh. Gramenz, Riechholzstraße 412, Laden.  
Weißensee: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, Partier.  
Wilmsdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubarl, Weilmannsstr. 27.

**35** Verkauf nur im Fabrikgebäude! **35**  
**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
**35** Permanente Musterzimmer-Ausstellung. **35**

## Ein Hansbuch für jede Arbeiterfamilie!

Vielfachen Wünschen folgend, hat sich der unterzeichnete Verlag entschlossen, die im Rahmen der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erscheinenden Hefte zu Bänden zu vereinigen. Vorerst ist erschienen:

### Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Band I.

Der erste Band enthält die ersten zwanzig Hefte der mit so großem Beifall aufgenommenen Bibliothek. Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält viele Illustrationen, und präsentiert sich in einem schmunzigen Einband. Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. — Das erste Lebensjahr. — Gesundheitspflege des Nervensystems. — Der Kutschentag. — Alkoholfolge und Arbeiterklasse. — Das Schulkind. — Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten. — Nahrung und Ernährung. — Wie sollen wir uns kleiden? — Der Arbeiterhahn. — Frauenleiden und deren Verhütung. — Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. — Vom medizinischen Aberglauben. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. — Verhütung und Heilung des Stotterns. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. — Säug- und Jahrspflege. — Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. — Der Geschlechtstrieb. — Die Krankenpflege im Hause. — Die Proletarierkrankheit.

Preis 4,50 Mark.

Buchhandlung Vorwärts, SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Immer noch **Pichelswerder**,  
an der neuen Meerstraße beim **Alten Freund**.

**Vorwärts-Bibliothek**  
Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen  
Sieben neu erschienen:  
Band II  
**Der Ausweg**  
Erzählung von Ernst Prezzang  
Preis: gebunden 1 M.  
Band I  
**Erweckt**  
Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger  
Preis: gebunden 1,25 M.  
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden)

**Tarif-Zigarren.**  
Erstklassige Ware. Rein überseeisch.  
Preisliste: Nr. 36-150.  
**Heinrich Holsing, Zigarrenfabrik**  
Blasheim bei Lübeck (Westfalen).  
Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:  
**Fr. Fehrensen, Berlin N.,**  
Kopenhagener Straße 15. 39782\*

# Die letzten Serien-Tage

**1.95** **2.95** Beachten Sie meine Fenster **95 Pf.** Jeder Artikel eine Ersparnis **3.95** **4.95**

Zu den allbekanntesten „Serien-Tagen“ habe ich diesmal seit Monaten die sorgfältigste Vorbereitung getroffen, und staunenswerte Sortimente jeglicher Art Waren zusammengestellt, die alles bisher gebotene weit in den Schatten stellen. Ein Gang durch die Verkaufsräume, der ohne Kaufzwang gern gestattet wird, ist von unbedingtem Interesse.

**Ein Verkaufs-Ereignis ohnegleichen.**

**Kaufhaus Wilhelm Joseph** Berlin, Großgörschenstr. 1  
Schöneberg, Hauptstr. 163.